

Abonnements-Bedingungen:
Abonnement - Preis: 30 Mark jährlich, 1.10 Mark monatlich...

Vorwärts

Die Insertions-Gebühr
Betragt für die sechsgehaltene Kolonnenzeile oder deren Raum 60 Pfg. für politische und gesellschaftliche...

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt Morisplatz, Nr. 1983.

Dienstag, den 18. März 1913.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt Morisplatz, Nr. 1984.

Des Volkes Befreiungskrieg.

Der Schlachtendonner der Freiheitskriege war verstummt. Die Fürsten, denen die Faust ihres großen Bedrängers so lange an der Gurgel gefessen...

Der Artikel 13 der Bundesakte hatte den Stämmen in allen Bundesstaaten eine landesständische Verfassung und der Artikel 18 volle Pressefreiheit...

Wie ein Jahrhundert später waren es russische Einflüsse, die die preussisch-habsburgische Reaktion vorwärtspeitschten: der russische Staatsrat Stourza...

Aber allen Verfolgungen zum Trotz rebellierten die Geister und die wirtschaftlichen Interessen des Bürgertums weiter. Und als die Pariser Juli-Revolution den staatsstreichelusternen Bourbonen Karl X. zum Teufel jagte...

auch schirmend seine Hand über jede reaktionäre Schandtat verbündeter Despoten. Als der König von Hannover, Ernst August, schändlichen Verfassungsbruch verübte...

Zu all diesen Verhöhnungen und Verfolgungen kamen die läppiichen Streiche der Zensur. Wo ein Buchdrucker existierte, mußte dem von der hohen Behörde bestellten Zensor jede Drucksache vorgelegt werden...

Dieser Zustand schamlos-lächerlicher Volksentredung blieb auch der gleiche, als Friedrich Wilhelm IV. 1840 den Thron bestieg. Wieder einmal nährte das gutgläubige Philistertum die Illusion von dem „liberalen“ Thronerben...

Der März brachte den Triumph des Volkes, den Sieg der Freiheit, den heißersehnten Völkerrückzug. Aber leider war — wie wir's ja unzählige Male am Gedenktag der deutschen Revolution gezeigt haben — das siegreiche Volk nicht politisch reif...

Wie Wellen braust's an uns heran, was sich begab im Lande: Der Überwieg des Dänekriegs, die letzte Polensünde; Das rüde Loben der Vendée in stöckigen Provinzen; Der Soldateska Wiederkehr, die Wiederkehr des Prinzen; Die Schmach zu Mainz, die Schmach zu Trier; das Händeln, das Entwaffnen...

Die selber uns, die selbst das Grab noch zu begeistern dachte; So weit es Barricaden gab, der Druck auf Schrift und Rede; Mit der Versammlung freiem Recht die täglich frechere Fehde; Der Kerkerlore dumpf geknarr im Korden und im Säden; Für jeden, der zum Volke steht, das alte Ketterschmieden...

So Freiligrath im Juli 1848, und bereits im November 1848 knatterte in der Brigittenau bei Wien die Salbe, die Robert Blum in das Standrechtsgab schleuderte. Brollends die erste Hälfte des Jahres 1849 erstikte durch die Riederwerfung der Volkserhebungen in Sachsen, Hessen und Baden das letzte Aufblühen der Freiheit im Märtyrerblute...

Damit war das Heldenzeitalter der deutschen Bourgeoisie vorüber. Noch einmal weiterleuchtete es in den Konfliktjahren der Verfassungskämpfe — aber es war eben nur ein Weiterleuchten, ein elektrisches Feuerwerk ohne Blitz und Donner. Und dann ließ sich die besitzende Bürgerklasse pazifizieren. Die wirtschaftliche und formal politische Einigung war ja vollzogen...

So ist die deutsche Arbeiterklasse zur Vollstreckerin alles Freiheitsstrebens, aller Volkssehnsucht geworden. Die einst das Bürgertum heldenmütig verfolgte und Kerker, Not und Tod ertragen ließ. Die deutsche Arbeiterklasse aber wird sich nicht unwert zeigen des großen historischen Erbes!

Ihr Blöden, wohn' ich denn nicht auch, wo eure Nacht ein Ende hat? Bleibt mir nicht hinter jeder Stirn, in jedem Herzen eine Statt? In jedem Haupt, das trotzig denkt? das hoch und ungebeugt sich trägt? Ist mein Axt nicht jede Brust, die menschlich fühlt und menschlich schlägt? Nicht jede Werkstätt, drin es pocht? nicht jede Hütte, drin es ächzt? Bin ich der Menschheit Obem nicht, die rastlos nach Befreiung lechzt?

Die französische Presse über die elsässischen Friedensfreunde.

Paris, 15. März. (Eig. Ber.) In Mülhausen i. E. fand dieser Tage eine große Versammlung statt, die sich für den Frieden, wie für eine deutsch-französische Verständigung aussprach. Diese Kundgebung ist bezeichnenderweise der Depresse sehr unangenehm. Wie die deutschen Worts- und Profitpatrioten immerzu das in seiner ungeheuren Mehrheit durchaus friedliebende französische Volk auf dem Sprung zeigen, über Deutschland herzufallen, so zeigt die nationalstiftische und imperialistische Presse Frankreichs wiederum alle Kräfte des deutschen Volkes von feindseligen Absichten gegen Frankreich und von freudiger Nachgiebigkeit gegenüber den Ansprüchen des deutschen Militarismus erfüllt...

Schrieben. Heute fügt dasselbe Blatt hinzu, die „Bevölkerung“ sei gegenüber der Demonstration gleichgültig geblieben. So schamlos wie der „Temps“, der sich überhaupt zum insamsten Lügenblatt von Paris entwickelt hat, ist natürlich das alte solide „Journal des Debats“ nicht. Es gibt zu, daß die Rundgebung, wenn man auch ihre Bedeutung nicht überschätzen dürfe, in der jetzigen ersten Stunde eine gewisse Bedeutung habe: „Mülhausen war immer ein günstiger Boden für die Friedenspropaganda. Verschiedene seiner namhaftesten Industriellen sind lebenslangliche Anhänger der internationalen Schiedsgerichts- und der Abrüstung.“ Nur hätten, meint das Blatt, diese Notabilitäten, wenn sie Inspiratoren der Versammlung gewesen seien, an ihrer Organisation nicht teilgenommen und dort nicht das Wort ergriffen.

Bemerkenswert sind die Berichte und Artikel der linksrepublikanischen Presse. Die „Lanterne“ schreibt: „Katholiken, Liberale und Demokraten Elsas-Lothringens haben eine bedeutsame Demonstration gegen den Krieg veranstaltet und unter großer Begeisterung jeden Gedanken eines kriegerischen Konflikts zwischen Frankreich und Deutschland zurückgewiesen. Die Rundgebung zeigt durch ihren spontanen Charakter und die Qualität ihrer Teilnehmer, daß sie einem tiefen Gefühl der Mülhausener Bevölkerung entsprach. Die angenommene Resolution genügt ebendieser Weise, um zu beweisen, daß die deutschen Behörden dieser Volkskundgebung völlig fremd geblieben sind. Mag man auch über solche lokale Bewegungen noch so skeptisch denken, so muß man doch gerechtfertigterweise feststellen, daß viele Elsas-Lothringer, die ihre Sympathie für Frankreich bewahrt haben, doch jedem Gedanken eines Kriegs ausgesprochen feindselig sind und die Differenzen, die zwischen unseren Nachbarn und uns auftauchen könnten, einem Schiedsgericht unterwerfen möchten. Dieser neue Geist, der sich in Elsas-Lothringen etwas unermuteter Weise verkündigt, soll binnen kurzem andere Meetings hervorrufen, auf denen über die Mülhäuser Kundgebung gesprochen werden wird. Wird die gleiche Einstimmigkeit zwischen den Anhängern der verschiedenen Parteien wie in Mülhausen sich kundgeben? Es ist sehr wahrscheinlich. Die Idee, die diese Entente beherrscht, ist die einer menschlichen, methodischen und überlegten Friedenspolitik. Sie ist durchaus edel und von großem Interesse. Ein Pastor hat Verfall geweckt, als er den Wunsch nach einem offenen, ehrenhaften deutsch-französischen Einvernehmen aussprach. Wir wollen die Tragweite dieser isolierten Worte nicht beurteilen. Aber die einzige Tatsache, daß sie in einem wenig vorbereiteten Kreis, vor einer zahlreichen und enthusiastischen Versammlung ohne Widerspruch ausgesprochen werden konnten, zeigt zur Genüge, daß sich eine beachtenswerte Entwicklung von Tag zu Tag in der internationalen öffentlichen Meinung vollzieht, mit entschiedenem Friedentendenzen, die die Aufmerksamkeit aller Regierungen fordern.“

Die „Petite République“, die für gewöhnlich eine getreue Briand'sche Politik macht, hat einen Berichterstatter nach dem Elsas geschickt, der auf Grund seiner Gespräche mit den Unterzeichnern des Mülhausener Versammlungsaufsatzes dem Märdchen von der Regierungsmache entgegentritt. Einer von ihnen, ein ehemaliger protestantischer Reichstagsabgeordneter und Redakteur des „Reformateur“, sagte ihm: „Woher rühren diese Infamien, die man über uns bei Ihnen verbreitet? Wer diktiert und wer bezahlt sie? Nicht ich, nicht wir verdienen den Krieg — ganz Elsas will ihn nicht. Manche von uns haben Söhne in Frankreich, andere in Deutschland. Soll der Bruder auf den Bruder schließen? Aber es gibt noch einen höheren Grund. Wir wollen nicht, daß um Elsas zwei große Nationen, vielleicht alle Nationen Europas, Krieg miteinander führen. Lieber wollen wir noch eine Zeitlang leiden und unterdrückt werden. Eine Zeitlang, sage ich. Wir finden uns nicht feig mit dem Korporalismus ab, der uns erdrücken will. Wir werden weiter kämpfen, wir wollen sogar, daß man für uns kämpft — aber auf dem Boden des Friedens. Die elassische Frage kann geregelt werden. Man gebe ihm seine Autonomie.“ Und der Berichterstatter hört weiter die Worte: „Republikanisches Regime — vereinigte Staaten von Europa.“

Die vorstehenden Zitate aus durchaus bürgerlichen Blättern zeigen, wie frech die deutschen Jüngablätter liegen, wenn sie von einer feindseligen Stimmung des französischen Volkes gegen Deutschland sprechen. Gerade im Gegenteil kann man sagen, daß die Ueberspannung des Chauvinismus, die die Militärkreise und die Presse des an den Heereslieferungen interessierten Kapitalisten-Kingels betreiben, leicht umschlagen und in der ausgereiften Demokratie zu einer Ueberwindung des deutsch-französischen Gegensatzes führen könnte, wenn die Annahmen des deutschen Militarismus auf den gleichen Widerstand stießen. Darum ist die Agitation der deutschen Sozialdemokratie gegen die Militärforderungen in diesem Augenblick von wahrhaft geschichtlicher, für die europäische Politik der Zukunft entscheidender Bedeutung. Der prachtvollen Energie, womit das französische Proletariat, von Doh und Buis der Feinde begeistert, den Kampf aufgenommen hat, wird die deutsche Arbeiterschaft eine nicht geringere Entschlossenheit an die Seite zu setzen wissen.

Eine sozialistische Friedenskundgebung.

Gegen die Kriegshetze diesseits und jenseits der Vogesen beschloß die sozialdemokratische Landtagsfraktion in Elsas-Lothringen in ihrer letzten Sitzung vor den Osterferien (am Donnerstag, den 13. März) diese Erklärung, die am Sonntag, den 16. März, bei der Massenkundgebung des Pariser Proletariats gegen Krieg und Kriegsrüstung auf dem Bré-Saint-Gervais zur Kenntnis der französischen Parteigenossen gebracht wurde und welche unsere beiden reichslandischen Parteiblätter diesen Montag an leitender Stelle abdrucken:

Liebe Genossen!

Als elsas-lothringische Sozialisten haben wir uns bei Eurer heutigen Manifestation, die sich in erster Linie gegen die Wiedereinführung der dreijährigen Dienstzeit in Frankreich richtet, nicht über das Projekt der republikanischen Regierung ausgesprochen: wir müßten allzusehr befürchten, daß uns diejenigen, die sich Patrioten nennen, als „Verfaulte“ und vor allem als „Fremde“ behandelten, wenn wir es wagen würden als Betrüder einer Provinz, die zum Deutschen Reich gehört, mit Euch in den Ruf einzustimmen: Gegen die dreijährige Dienstzeit!

Wir ziehen es vor, heute und zu dieser Stunde zu rufen: Nieder mit der deutschen militaristischen Reaktion! Gegen die Mülhäuser Kundgebung! Gegen die deutschen Nationalisten und Kriegshetze! Für die französisch-deutsche Verständigung!

Was uns veranlaßt, das Wort zu ergreifen auf dieser Manifestation des Pariser Proletariats, ist

die besondere Rolle, die Elsas-Lothringen spielt,

und die Tatsache, daß seine im Jahre 1871 erfolgte Annexion durch das neue Deutsche Reich den Hauptquell jener konfliktstimmigen bildet, die nun seit über vierzig Jahren zwischen Frankreich und Deutschland herrscht, beiden Ländern und vor allem auch Elsas-Lothringen zum Schaden, dem Weltfrieden zur beständigen Gefahr. Die gegenwärtigen Umstände fordern nicht von uns, daß wir Euch

von den Kämpfen erzählen, die wir um die Erringung unserer Autonomie im Rahmen des Deutschen Reiches führen, und vom Widerstand, dem wir bei den Behörden in Berlin begegnen.

Die gegenwärtigen Umstände stellen uns lediglich brutal vor eine große, alle anderen überragende Frage:

Wollen die Elsas-Lothringer noch einen Krieg?

Und darauf antworten wir im Namen der elsas-lothringischen Arbeiterschaft, auf Grund der genauesten Kenntnis ihrer Wünsche und ihrer Stimmung:

Nein! Nein! Dreimal Nein!

Dabei wissen wir, daß auch in der elsas-lothringischen Bourgeoisie nur verhältnismäßig wenige Elemente vorhanden sein können — wenn es überhaupt solche gibt —, die eine andere Antwort erteilen würden. Wir wissen — weil wir sie zahllose Male in Versammlungen und in Privatgesprächen gestellt haben —, daß man auf die Frage: „Wollt Ihr Elsas-Lothringen, daß Euer Ländchen ein Teil des Deutschen Reiches bleibt oder nicht, wenn Ihr wißt, daß diese Sachlage nur durch einen Krieg vielleicht geändert werden könnte?“ stets die Antwort erhält: „Keinen Krieg — nur keinen Krieg!“

Das berührt weder, noch vermindert es — im Gegenteil — die tiefe Liebe der Elsas-Lothringer für jene Seiten der französischen Kultur, die das Volk Frankreichs zu einem der ersten der ganzen Welt machten, und für seine revolutionären Traditionen, seine republikanischen Einrichtungen.

Jene Elemente in Frankreich, die zur Rechtfertigung ihrer nationalstolischen-reaktionären Tätigkeit sich auf die „Hoffnungen“ der elsas-lothringischen Bevölkerung berufen, um zu verhindern, daß das Verhältnis Frankreichs und Deutschlands aus dem Stadium verfesteter Feindseligkeit oder fühl-mißtrauischer Juridikalität heraustritt und durch eine ehrliche, offene und entschiedene Verständigung ersetzt wird, mißverstehen unsere wahren Hoffnungen arg und mißbrauchen sie in der schlimmsten Weise, um ihren eigentlichen Wünschen zuwider.

Was Elsas-Lothringen vor allem hofft,

daß ist gewiß nicht seine Rückeroberung infolge eines neuen Krieges zwischen Frankreich und Deutschland, der an Einseitigkeit alles überbieten würde, was das menschliche Gehirn sich ausdenken kann — sondern das ist die Erhaltung des Friedens, die den Elsas-Lothringern sowohl über Frankreich als über Deutschland steht.

Wir hoffen ferner, daß man in unserm Land endlich jene republikanische Konstitution

gibt, die Bismarck schon im Jahre 1872 einer elassischen Delegation versprochen hat, jene Autonomie, die uns, vom internationalen Standpunkt aus beurteilt, als eine sichere Garantie erscheint, um die Verständigung Frankreichs und Deutschlands vorzubereiten. Hat doch selbst der Führer jener elsas-lothringischen Nationalisten, deren Bewegung die Fortsetzung der ehemaligen protestantischen bildet, am 17. Februar 1913 in einer Verlesung zu Paris erklärt, daß die Erfüllung der Autonomieforderungen auch den letzten Widerstand der einheimischen Bevölkerung gegen die Annexion zum Schweigen bringen würde.

Andererseits müssen wir sagen, daß Frankreich uns helfen kann, das Ziel zu erreichen, indem keine seiner politischen Parteien eine Aktion betreibt, die gewissen zur Hege stets bereiten Elemente Deutschlands erlaubt, Frankreich noch Revanchegedanken zuzuschreiben, und der Regierung ermöglicht, diese zum Wort zu nehmen, um Elsas-Lothringen immer noch in einer Ausnahmestellung zu halten.

Beziehungen zwischen Frankreich und Deutschland, in denen die gegenseitige Vereinnahmung zum Ausdruck käme, die in ihrem Charakter voneinander so verschiedenen und gleichmäßig kostbaren wirtschaftlichen und kulturellen Kräfte der beiden großen Länder sich ergänzen zu lassen, würden sowohl den Interessen der zwei Völker dienen, als die Verständigung aller europäischen Staaten untereinander erleichtern.

Die Heger diesseits und jenseits der Vogesen sind uns gleich verhaßt. Die Reaktion bekämpfen wir, ob sie sich der deutschen oder der französischen Sprache bedient. Den Militarismus halten wir für eine die menschliche Kultur bedrohende Gefahr, in einem Lande wie in dem andern.

Und jenen wissen wir heißen Dank, die in Deutschland wie in Frankreich erkennen, daß den

fortwährenden Anstrengungen in der schärfsten Weise entgegengeordnet

werden muß, weil sie schließlich sonst einen Krieg unermesslich machen —, jenen, die unbekümmert um die schamlosen Verleumdungen, die von den falschen Patrioten, den Kriegsfreunden, gegen sie geschleudert werden, sich nicht abhalten lassen, im Augenblick der Gefahr offen und laut ihrer Meinung Ausdruck zu verleihen.

Elsas-Lothringen hat lange genug in Deutschland wie in Frankreich den Feinden einer ruhigen Orientierung, den Schürern des Rassenhasses, den Kriegspfehlern als Vorwand für ihre verwerfliche Aktion gedient. Wir haben genug davon! Als Feinde Elsas-Lothringens betrachten wir ebensogut jene Deutschen, die uns die Autonomie verweigern, als jene Franzosen, die uns so sehr an ihr Herz drücken möchten, daß das Blut von ganz Europa dabel verfließen wird.

Was wir fordern, ist der Friede — in dem genug wirtschaftliche und politische Kämpfe zwischen den Massen angefochten werden müssen, daß die Arbeiterschaft, d. h. die Mehrheit der Völker, ein Interesse an seiner Erhaltung hat. Was wir fordern, ist die ehrliche Verständigung Frankreichs und Deutschlands, der durch die Solidarität der Arbeiterklassen beider Länder vorgearbeiten ist, wie wir die Verständigung mit England fordern, nicht um die Oberherrlichkeit einer Staatsgruppe über eine andere herbeizuführen, sondern zur Sicherung des Weltfriedens.

Wir wir von der deutschen Regierung schließlich genügend Verständnis für unser Wesen erwarten, daß sie uns die Autonomie gewährt, so erwarten wir von Frankreich, daß es Elsas-Lothringen stark genug liebt, um vorzugeben, es als Provinz eines anderen Staates zu wissen, eher als es noch einmal zerrissen und von Leichen bedeckt zu sehen.

Um das zu sagen, glauben wir keine bessere Gelegenheit finden zu können, als die heutige Manifestation des Pariser Proletariats, dem wir unsere herzlichsten sozialistischen Grüße senden und die Versicherung, daß es der heilige Wille der elsas-lothringischen Arbeiterschaft ist, mit der Arbeiterschaft Deutschlands und Frankreichs zusammen

gegen alle Reaktion — gegen den Krieg anzukämpfen.

Die sozialistische Fraktion des elsas-lothringischen Landtags:

Verhard Böhle (Straßburg V), Leopold Emmel (Mülhausen I), Richard Fuchs (Schiltigheim), Michel Geysch (Schirmer-Saales-Rosheim), Charles Hindelang (Kolmar), Eugen Imbs (Straßburg III), Jean Martin (Mülhausen-Land), Laurent Meyer (Marck-Schierler), Jacques Petrot (Straßburg VI), Josef Schilling (Mülhausen II), Georg Wolfer (Straßburg VI).

Der Balkankrieg.

Eine Aeußerung der Großmächte über die Friedensbedingungen liegt noch nicht vor, aber die internationale Presse ist einmütig in der Verurteilung der Maßlosigkeit dieser Forderungen. In der Türkei wirkt das Vorgehen des Balkanbundes erst recht aufreizend und gibt der Kriegspartei Anlaß, die Fortsetzung der Feindseligkeiten zu verlangen. Vor allem wird aber die Zerrissenheit des Offizierkorps dadurch gefördert, denn eine große Zahl der früheren Anhänger der Offizierliga treten jetzt gegen die jungtürkische Regierung auf, weil dieser weit demütigendere Friedensbedingungen geboten werden, als

man sie der Regierung Kiamils zu bieten wagte. Aber gerade diese Uneinigkeit im türkischen Offizierkorps beweist, wie wenig die Türkei in der Lage ist, den Krieg mit Aussicht auf Erfolg fortzuführen. Ein schneller Friedensschluß würde nicht allein der in ihren Grundfesten erschütterten Türkei, sondern auch den vollständig erschöpften Staaten des Balkanbundes zugute kommen.

Die Unbilden der Bitterung, die bisher alle Feindseligkeiten an den Befestigungslinien von Tschataldscha und Bulair unmöglich machten, haben nachgelassen und aus beiden Lagern kommen jetzt Nachrichten von Kämpfen. Es kann sich aber nur um lokale Gefechte ohne größere Tragweite handeln. Wie üblich schreiben sich beide Parteien den Sieg zu.

Die Friedensvermittlung.

London, 17. März. (Privattelegramm des „Vorwärts“.) Nach einer Meldung der „Times“ aus Konstantinopel ist die türkische Regierung bereit, einen Frieden unter vernünftigen Bedingungen zu schließen; sie wolle die Enos-Midiallinie als Grenze Thraciens anerkennen, die Frage der Ägäischen Inseln der Entscheidung der Mächte überlassen und selbst in der Frage der Kriegsschadigung in Verbindung mit der Uebernahme der Staatsschuld der eroberten Gebiete mit sich reden lassen. Die „Times“ schreibt heute, daß ein starker Druck Europas nötig sei, um den Krieg zu beenden. Es sei Pflicht der Mächte, sofort die Erörterung der Friedensbedingungen in Angriff zu nehmen. Es heißt dann weiter in dem Blatt des Auswärtigen Amtes: „Wir meinen, der natürliche Weg würde der sein, daß sie Friedensbedingungen formulierten, die allen Umständen und in Betracht kommenden Interessen Rechnung tragen und ihnen als vernünftig und gerecht erscheinen; sie würden dann ihre Bedingungen den kriegsführenden Parteien empfehlen und sie der Welt mitteilen.“

Auch in anderen Blättern finden sich ähnliche Gedanken, so glaubt „Daily Telegraph“, daß die Mehrheit der Verbündeten am letzten Samstag dafür war, die Antwort der Verbündeten als Annahme der Mediation anzusehen und sofort den Friedensschluß zu entwerfen, der dann den Parteien aufgenötigt werden würde. Diese englischen Vorschläge hätten größeren praktischen Wert, wenn man sicher wäre, daß die Mächte sich über die Art des Vorgehens einig sind, das scheint aber allem, was verlautet, nicht der Fall zu sein. „Times“ schreiben zwar heute, daß sich Europa über die Unannehmlichkeit der Vorschläge der Balkanstaaten in jetziger Gestalt einig sei, was aber wenig zu bedeuten hat. In gewissen Hauptstädten würde man es zweifelsohne nicht ungern sehen, wenn die kriegsführenden Parteien zu Tode verblühten.

Die türkische Regierung und die Friedensbedingungen.

Konstantinopel, 16. März. (Meldung des Wiener L. L. Telegr.-Korresp.-Bureaus.) Die Pforte hat noch keine offizielle Mitteilung der Friedensbedingungen der Verbündeten erhalten. Sowohl die leitenden türkischen als auch die diplomatischen Kreise halten die Bedingungen für unannehmbar und eine Mediation auf dieser Grundlage für unmöglich. In Kreisen, die der Pforte nahe stehen, nimmt man an, daß die Mächte diese Bedingungen der Türkei nicht einmal mitteilen, sondern trachten werden, sie zu ändern und für die Pforte annehmbar zu machen. Nach sicheren Informationen von dieser Seite seien die Mächte entschlossen, eventuell den Balkanstaaten Bedingungen aufzuerlegen, die sie selbst aufstellen werden. Die Großmächte würden für eine Grenzlinie San Stefano—Maritsa—Enos intervenieren.

Die Haltung der türkischen Presse.

Konstantinopel, 16. März. Die gesamte türkische Presse nimmt die Friedensbedingungen der Balkanstaaten mit Entrüstung auf. Sie zeigt sich besonders erbittert über die Forderung nach Kapitulationen für die Angehörigen der Balkanstaaten und nach Garantien für die Privilegien der orthodoxen Kirche in der ganzen Türkei. „Tanin“ sagt, es wäre besser, die Annexion der ganzen Türkei zu verlangen. Selbst wenn die gesamte Armee vor Tschataldscha und vor Bulair vernichtet, die letzte Patrone verschossen und der letzte Centime aufgegeben wäre, würde die Türkei niemals solche Bedingungen annehmen. Das Friedenskapitel müsse endlich geschlossen werden, und man müsse den Frühling benutzen, um mit allen nationalen Kräften bis zum Tode zu kämpfen. „Sabah“ erklärt, die Türkei bedürfe in Europa eines hinlänglich großen Gebietes, damit sie gegen jede äußere Gefahr geschützt und damit die Sicherheit von Konstantinopel gewährleistet sei.

Die Blätter melden, besuchte sich der gestrige Ministerrat auch mit den Friedensbedingungen der Verbündeten und übermittelte den türkischen Vertretern im Auslande Instruktionen.

Eine englische Mahnung an den Balkanbund.

London, 17. März. Die „Times“ schreiben: Die Erwidrerung der Balkanverbündeten an die Mächte zeigt, daß ein stärkerer Druck von Seiten Europas notwendig sein wird, um den Krieg zu beenden. Die Erwidrerung nimmt die Vermittlung im Prinzip an, knüpft sie aber an Bedingungen, die gänzlich unzulässig sind und daher ihre Annahme in der gegenwärtigen Form illusorisch machen. Auf allen Seiten empfindet man, daß der Friede eine europäische Notwendigkeit geworden ist. Der Krieg ist eine ernstliche Bedrohung für die guten Beziehungen der Mächte gewesen, und wenn auch die Gefahr nicht mehr akut ist, so vermehrt doch die Fortsetzung des Konflikts die schweren Sorgen der Minister von Wien bis London. Europa kann nicht dulden, daß seine Interessen für eine weitere Zeit von unbestimmter Dauer präjudiziert werden durch die Fortsetzung des Konflikts, dessen grundlegendes Ergebnis unwiderruflich feststeht. Der Friede ist für Europa ebenso notwendig wie für die kriegsführenden Parteien, und offenbar ist der einzige Weg, ihn zu sichern, daß es mit Festigkeit auf der Annahme der Vermittlung besteht.

Ein Offizierprotest gegen die jungtürkische Regierung.

Konstantinopel, 16. März. Eine Gruppe von Offizieren hat dem Großwesier ein Memorandum überreicht, in dem er unter Hinweis darauf, daß der jungtürkische Putz und der Regierungswechsel nichts genügt, sondern die Wiederaufnahme der Kämpfe zur Folge gehabt habe, um derentwillen der Pforte schlimmere Friedensbedingungen auferlegt werden sollen, zum letztenmal aufgefördert wird, sich zurückzuziehen und das Schicksal des Landes einer vertrauenswürdigen Regierung zu überlassen. — Gesien wurden in Stutari (Asien), Proklamationen gegen das Komitee gefunden.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 17. März 1913.

Verteilte Rollen.

Zwischen der Hertlingschen „Bayerischen Staatszeitung“ und dem Reichskanzleramt haben sich schon seit mehreren Wochen — nicht erst seit der Deflorierung des Merikalen bayerischen Ministerpräsidenten mit dem preussischen Keten Adler erster Güte — ganz eigenartige Beziehungen herausgebildet. Die „Bayerische Staatszeitung“ ist zur „Nordb. Allg. Ztg.“ ein miniatur geworden, die heute, was Reichsangelegenheiten anbetrifft, ungefähr zum Berliner Kanzler-Blatt dieselbe Stellung einnimmt, wie die „Märkische Volkszeitung“ zur „Germania“. Was nach den diplomatisch-politischen Erwägungen in der Wilhelmstraße nicht gut in die „Norddeutsche Allg. Ztg.“ hineinpaßt, sei es, weil es zu sehr nach Eigenlob oder Beweihräucherung der eigenen Genialität riecht, sei es, weil man ihm aus gewissen Gründen nicht den offiziellen Charakter geben möchte, der Neufierungen des Kanzlerblattes gewöhnlich zugeschrieben wird, das erscheint in der „Bayerischen Staatszeitung“ als Meinung aus bayerischen Regierungskreisen und wird dann sofort vom Wolffschen Telegraphen-Bureau telegraphisch als beachtenswerte Stimme aus Bayern verbreitet, gewöhnlich auch in der „Nordb. Allg. Ztg.“ abgedruckt — natürlich nicht an erster Stelle, sondern in der Rubrik „Deutsches Reich“. Man kann dieses sonderbare Spiel, wie schon oben erwähnt wurde, bereits seit vielen Wochen beobachten, besonders seit die Bethmann-Hollwegsche Regierung dem Drängen der militärischen Interessentengruppen nach einer starken Vermehrung des Heeres nachgegeben und dann zur Bestreitung der nicht ständigen Kosten die Aufbringung einer einmaligen Vermögensabgabe vorgeschlagen hat. So bringt heute die „Bayer. Staatsztg.“ wieder folgende von dem Wolffschen Bureau und der „Nordb. Allg. Ztg.“ sofort weiterverbreitete Empfehlung des „Bedenkens der Reichsleitung“:

„Seit Wochen beschäftigt sich die öffentliche Meinung Deutschlands mit der Vermögensabgabe. Deutschland hat bei diesen Erörterungen wahrhaftig nicht schlecht abgeschnitten. Es ist Pflicht und Freude, dieses festzustellen. Rein irgendwie ernst zu nehmender Widerspruch hat sich gegen den Gedanken erhoben, die im Interesse unserer Weltstellung unumgänglichen Kosten einer außerordentlichen Schwere durch außerordentliche Mittel zu decken, und zwar durch Beiträge aufzubringen. Im Gegenteil, dieser Gedanke der Reichsleitung hat überall in deutschen Landen verständnisvolle Zustimmung gefunden, nicht zuletzt in den Kreisen, in denen sich Besitz und Vermögen konzentriert. Mit der verstandesmäßigen Anerkennung der Notwendigkeit, daß eine außerordentliche Maßregel außerordentliche Mittel erheischt, verband sich warmes vaterländisches Empfinden.“

Diese Gefälligkeit der Zustimmung aus allen bürgerlichen Kreisen des Reichs hat ihren Eindruck auf das Ausland nicht verfehlt. Jagdaffe Gemüter hatten gerade nach dieser Richtung hin eine ungünstige Wirkung der in Aussicht genommenen Vermögensabgabe befürchten zu müssen geglaubt. Sie sahen Deutschlands finanzielles Ansehen gefährdet, seinen Kredit erschüttert, das Geständnis eigener Leistungsunfähigkeit vor einer ganzen Welt des Reiches abgelegt. Die so dachten, haben sich gründlich darüber getäuscht, wie hoch die Volks- und Finanzkraft des Deutschen Reiches im Ausland tatsächlich eingeschätzt wird. Die fremden Völker wissen ganz genau, was Deutschland mit seiner rastlosen und unerschöpflichen Arbeitskraft, mit seiner die gesamte Kulturwelt an sich ziehenden Industrie, mit seinem gäh und machtvoll sich durchsetzenden Handel wert ist. Sie haben daher, wie dies die Anführer ihrer Presse erkennen lassen, die Vermögensabgabe, die Deutschland sich für Rüstungszwecke auferlegen will, durchaus nicht etwa als Ausschlag einer irgendwie gearteten Schwäche, sondern als Merkmal kraftvoller nationaler Betätigung gedeutet, und sie haben damit recht gehabt.

Keine der beteiligten Parteien oder Mäße vergesse, daß bei der Erörterung dieser Fragen das Ausland auf uns schaut, und daß die achtungsvolle Aufnahme, der der Gedanke der deutschen Vermögensabgabe bei den anderen Nationen begegnet ist, rasch einer unserer Ansehen abträglichen Beurteilung Platz machen würde, wollten Krümer, oder Philistergeist an ausschlaggebender Stelle im deutschen Volk zu Wort kommen. Wenn Deutschland diese wahrhaft großen Opfer auf sich nehmen will, dann kann und darf es sie nur würdig auf sich nehmen.“

Es ist ja verständlich, wenn man zuerst im Reichskanzleramt beim bayerischen Ministerium Unterstützung sucht und findet; aber allzu die sollte man doch den haben nicht spinnen, sonst merkt die Öffentlichkeit die Absicht — und wird verstimmt, zumal sich doch wohl die meisten Politiker fragen dürften: „Was wird später dafür der Merikalismus als Gegenleistung fordern?“

Konservative Präliminarien für den Landtagswahlkampf.

Schon der vor einigen Tagen abgehaltene konservative Parteitag hat gezeigt, wie die Konservativen ihren Landtagswahlkampf zu führen gedenken. Die trotz aller Jubiläumsherausartikeln noch immer recht geringe patriotische Begeisterung soll durch phrasenhafte Reden, Fadelzüge, Janitscharen-tantum und Surragefahre möglichst gesteigert, dann das Gespenst der blutigen Revolution heraufbeschworen und der durch die Patriottis genügend infizierte Bürger zum Kampf gegen den Umsturz für die hehren preussischen Ideale aufgefordert werden, für die angeblich „unsere Ahnen vor 100 Jahren ihr Blut auf den Schlachtfeldern veripritzt haben“. Diese Taktik lag bereits den Reden der Westorp und Seydebrand auf dem konservativen Parteitage zugrunde, und nach dieser Taktik verfährt jetzt auch die konservative Presse, voran natürlich die „Kreuzzeitung“, das ehrfame Organ der Strauchritterepigonen. In seiner letzten Sonntagsnummer schreibt es:

„Alle Parteien, die Konservativen voran, haben gewetteifert in dem Bestreben, allen nur irgend berechtigten Wünschen der Arbeiterschaft gerecht zu werden, und die gestiegenen Löhne, die gehobene Lebenshaltung der Arbeiter zeigen die Erfolge der sozialpolitischen Vorsehung. Die Illusion, es könne durch vermehrte Wohlthaten die Unzufriedenheit vermindert werden, es könne der sozialdemokratischen Propaganda Abbruch geschehen, haben die Konservativen früh aufgegeben, und nach Grundrissen der christlichen Nächstenliebe, nicht nach Rücksichten der Politik gehandelt. Uns mutet es wie ein Abatismus an, wenn wir die abgetane Illusion noch antreffen.“

Die Ziele der Sozialdemokratie sind rein politisch, ihre Organisationen sind auf den politischen Machtkampf geschult und ihre Agitation ist revolutionär, sozial., kirchen- und königsfeindlich schlechthin. Wenn die Sozialdemokratie ihre Ernste gereift glaubt, wird sie keinen Augenblick zögern, sie zu schneiden. Ihre Ziele sind nur gewaltsam zu erreichen, und da nicht ein Anzeichen vorhanden ist, daß sie selbst ihre politischen Ziele nicht ernst nimmt, gibt es nicht ein einziges Recht für die Annahme, daß sie auf die Anwendung von Gewalt verzichten wird. Eine Regierung, die einer solchen Entwicklung mit verwehrten Armen zuließe, tut ihre Pflicht nicht.“

Wir wollen eine Regierung, die die Autorität des Staates gegenüber allen staatsfeindlichen und aufrührerischen Ver-

wegungen aufrechter wie einen rocher de bronze. Wir glauben, daß nur vor einer starken Regierung, die rücksichtslos den aufgezwungenen Kampf aufnimmt, die Sozialdemokratie schwächer wird, daß sie aber immer stärker werden wird, wenn die Regierung abwartend und untätig verharret. Was der geniale Analyst der französischen Revolution Hippolyte Taine von der Zeit sagte, in der der Umsturz vollzogen war, das hat mit geringen Modifikationen immer seine Wahrheit: „Je schwächer die gesellschaftliche Regierung wird, desto stärker wird die ungeschickliche und desto fester organisiert sie sich, bis sie schließlich ihrerseits geschicklich wird und an die Stelle der ersten tritt.“

Die Melodie ist recht alt. Sie ist schon bei so manchem Reichstagswahlkampf gesungen worden; aber die konservativen Strategen sind allem Anschein nach der Ansicht, daß die Gemeinverfassung des ehrfamen kleinstädtischen Bürgers und Familienvaters sich seitdem nicht wesentlich verändert hat.

Diese niedrige Meinung der „Kreuzztg.“ von der Verstandeskraft des kleinen Bürgers kann um so weniger befremden, als das konservative Blatt in demselben Artikel die eigenen Parteiführer selbst als Ochsen charakterisiert, auf die die geplante Erbschaftsteuer wie das rote Tuch wirkt. In seinem Uebereifer erklärt nämlich das Schröterische Blatt:

„Die konservative Partei wird nicht nur der einmaligen großen Vermögensabgabe zustimmen, sie wird auch in eine Heranziehung des Besitzes zur Deckung der fortlaufenden Ausgaben willigen. Dem Liberalismus ist aber scheinbar die Erbschaftsteuer zur fixen Idee geworden. Nun, in diesem Punkte ist die konservative Partei zum Nachgeben nicht bereit. Sind es doch auch gar nicht sachliche Gründe, finanztechnische Erwägungen, die den Liberalismus veranlassen, wieder und wieder das rote Tuch der Erbschaftsteuer zu schwingen. Es ist platter parteipolitischer Machtkampf, den der Liberalismus versucht, dem er bereit ist, nationale Interessen und das nationale Ansehen vor dem Auslande zu opfern. Dies Spiel machen wir nicht mit.“

Wir finden den Vergleich der Erbschaftsteuer mit dem bekannten roten Tuch, vor dem die Ochsen zurückweichen, ganz angebracht und wagen aus angeborener Höflichkeit in diesem Falle nicht zu widersprechen.

Wer ist bedürftiger?

Die Zweite heftige Kammer hatte, wie wir berichteten, vor kurzen einen Antrag des Abg. Adlung (Soz.) angenommen, der 40 Proz. der schlechtbezahlten Schreibgehilfen zur Anstellung und somit zu besseren Gehaltsverhältnissen verhelfen wollte. Die Erste Kammer lehnte den Antrag mit der Begründung ab, die Kosten der bevorstehenden Wehrvorlage gestatte dies nicht. Die schwarzblaue Mehrheit der Zweiten Kammer fiel darauf vor dem Votum der „Herren“ um und reduzierte ihre Vorlagen auf 25 Proz. Während die Erste Kammer eine ausreichende Besserstellung der armen Schreibgehilfen hintertrieb, akzeptierte sie gleichzeitig einen Antrag, der von fünf „hohen und erlauchten Herren“ (u. a. dem Fürsten von Jülich-Berg, dem Grafen von Stolberg-Rosla) gestellt war und die Erhöhung der Zivilliste des Großherzogs um 25 000 M. forderte. Die „drohende“ neue Militärvorlage machte es der Ersten Kammer also unmöglich, die Rot der Schreibgehilfen zu lindern, hielt sie aber nicht davon ab, die Zivilliste des Großherzogs, die gegenwärtig — unter Zurechnung eines Zuschusses von 75 000 zur Besoldung der Hofbediensteten — insgesamt 1 840 000 M. beträgt, erhöhen zu wollen.

Die Erste Kammer nahm den Antrag zwar nicht im Wortlaut an, beschloß aber einstimmig, daß die Zivilliste zunächst für das Rechnungsjahr 1913 „angemessen“ erhöht werde.

Was sich Offiziere gestatten dürfen.

Ohne Rücksicht auf die Nachtruhe der Bürgerschaft zog vorige Woche das gesamte Offizierkorps des 8. Dragoner-Regiments in Dels mitten in der Nacht unter voller Marschmusik vom Offizierkasino nach der Wohnung des Kommandeurs, der im Jagdwagen in Gesellschaft eines Herrn aus den höchsten Spigen der Zivilverwaltung des Kreises dem Aufzuge folgte. Hinterdrein gingen Herrschaften aus den besten Kreisen der Stadt. Sogar ein leibhaftiger Pfarrer, der sonst sehr streng über das ausschweifende Leben zu urteilen weiß, befand sich darunter. Alle waren Teilnehmer am Abschiedessen für den nach einem anderen Ort versetzten Regimentskommandeur des 8. Dragonerregiments. Vor seiner Wohnung hielt der Kommandeur vom Jagdwagen aus noch eine Ansprache an die Teilnehmer des nachtschlammigen Umzuges, worauf er von den Offizieren in seine Wohnung gefahren wurde. Dann setzte sich der Jag unter Vorantritt der Kapelle wieder in Bewegung nach dem Offizierkasino. Alle Teilnehmer waren in der heitersten Stimmung, nur die Bürgerschaft nicht, die durch den nächtlichen Störschrei aus dem Schlafe gerüttelt wurde.

Genau denselben Unfug verübte das Offizierkorps eines Infanterie-Regiments in Bries aus Anlaß der Jahrhundertfeier. Hier brachten die Offiziere in der dritten Morgenstunde ihren Vorgesetzten unter Vorantritt der Regimentskapelle nach dessen Wohnung, um von dort wieder mit klingelndem Spiel nach dem Offizierkasino zurückzukehren.

Arbeitsnachweis für Offiziere.

Die sich fortgesetzt häufenden vorzeitigen Pensionierungen kräftiger, gesunder Offiziere haben in diesen Kreisen eine gewisse Rostlage hervorgerufen. Ihre Vorbildung und die Art ihrer bisherigen Tätigkeit befähigt sie nur selten zu den bürgerlichen Berufen. So kommt es, daß z. B. im Statistischen Amt pensionierte Offiziere für 250 M. pro Tag diätarisch mit dem Abschreiben von Tabellen beschäftigt werden. Die Offiziere geben allerdings an, daß sie solche Arbeiten nur übernehmen, um ihre freie Zeit auszufüllen; man weiß aber, wie es sich in Wirklichkeit verhält. Das Kriegsministerium hat nun eine Anstaltsstelle eingerichtet, der Private und Behörden mitteilen sollen, ob sie verabschiedete Offiziere brauchen können.

Viel Besser und für die Steuerzahler dienlicher wäre es freilich, man würde die Tätigkeit der großen Säge bei der Armee etwas einschränken.

Belgien.

Eine Politik der Provokation.

Brüssel, 14. März. (Fig. Ber.) So überschreibt eines der gemäßigtesten liberalen Blätter Belgiens, die „Etoile Belge“, der man eher Sympathien für den Broquevilleschen Konservatismus nachsagen kann, ihre Kritik der Ministerrede vom Mittwoch. Und: Provokation, Dupere, Zweideutigkeit, Betrug — in diesen Worten klingt in der ganzen Presse, so fern sie nicht in diesen Worten der Regierung und des doktrinärsten Merikalismus steht, das Urteil über die schmähliche Taktik der Zweideutigkeit oder des Juristweichens des Ministers zusammen.

Aus den nun immer klarer hervortretenden Fakten und den durch kein Geheimnis mehr gebundenen veröffentlichten Dokumenten zeigt sich, daß Herr v. Broqueville im vollen Bewußtsein der Bedeutung des Beschlusses des Generalkomitees war. Die Bürgermeister verlangten vom Ministerpräsidenten eine „Geste des Entgegenkommens“. Der „Peuple“ schreibt heute dazu: Herr von Broqueville hat diese nicht „zugefagt“,

aber er hat die Bürgermeister „ermächtigt“, den Führern der Arbeiterpartei mitzuteilen, daß sie aus den Unterhandlungen mit dem Minister den Eindruck empfangen hätten, daß die Regierung sich zu dieser Geste verstehen werde, wenn die Generalkomitee zurückgezogen wird. Hat Herr von Broqueville bis zur Beratung der Rechten die ehrliche Absicht für ein solches Entgegenkommen gehabt? Oder sind die Bürgermeister durch eine bewußt zweideutige Sprache zu irrigen Hoffnungen veranlaßt worden? Es würde nicht schwer fallen, für ein solches Vorgehen eines Regierungschefs das einzig richtige Wort zu finden. Oder hatte Herr von Broqueville die ehrliche Absicht, den erwarteten Schritt zu tun — eine Kommission zu ernennen, die das Revisions- und Wahlrechtsproblem „studieren“ sollte — und ist er in dem Kampf mit den Leuten um Boesie unterlegen? Was man über die der betreffenden Kammer-sitzung vorangegangenen Beratung der Rechten hört, zeigt allerdings, daß die Gegner der Revision Oberwasser hatten und allem Anschein nach der Rabinetschef von den Kampf-tähnen der Mehrheit der Rechten in diese, wie die „Etoile“ sagt, zweideutige, rücksichtslose, provokatorische und gefährliche Politik hineingestoßen wurde. Beide Schlußfolgerungen sind für den Minister weder ehrenvoll noch schmeichelhaft. Ob Herr von Broqueville aus dem Dilemma seiner moralischen Situation den honetterten Ausweg suchen wird, ist zur Stunde nur durch höchst bage und auch schon wieder dementierte Gerüchte beglaubigt.

Die Erregung in der Arbeiterschaft ist nicht gering, wie man sich leicht vorstellen mag. Im Centre bei den Bergarbeitern herrscht größte Erbitterung und Empörung und die Arbeiter betrachten sich als schmählich Getäuschte. — Sonntag ist in La Louvière eine große Demonstration, in der Vandervelde über die Situation berichtet wird. — In Gent hat eine große Parteiverammlung die Entscheidung des Streikkomitees gebilligt. In der Resolution wird aber in Hinsicht auf die letzte Erklärung der Regierung, die trotz der Zurückziehung der Generalkomitee ihre Unnachgiebigkeit aufs neue bekundet habe, den Delegierten für den Osterkongreß empfohlen, am Datum des 14. April festzuhalten, wenn der Kongreß sich neuerdings für dieses Kampfmittel des Generalkomitees entscheidet.

Der Generalkstreik.

Brüssel, 17. März. (Privattelegramm des „Vorwärts“.) Das Generalkstreikomitee, das heute im Volkshaus unter dem Vorsitz des Deputierten Furnemont seine Beratungen wieder aufnahm, hat mit großer Majorität beschlossen, dem Osterkongreß den Generalkstreik mit dem Datum des 14. April zu empfehlen. Anseele wird dort den Vorschlag vertreten. Die Vertreter der Federationen charakterisierten die Antwort der Regierung auf das Entgegenkommen der Arbeiterpartei als Däpierung und begründeten in der Hauptsache damit ihr Mandat, für den Streik einzutreten. Es waren circa 200 Delegierte anwesend. In einem Riesenmeeting im Centre, an dem 20 000 Personen teilnahmen, mahnte gestern Vandervelde zu kaltblütiger Auffassung. Die Revision sei so oder so auf dem Marsch, die Generalkstreikvorbereitungen haben ihre Wirkung bereits getan, alle Zeichen sprechen dafür. Die Rede wurde gleichwohl mit stürmischen Rufsen „Es lebe der Streik!“ applaudiert. Der liberale „Petit bleu“ erklärte heute, daß ein eventueller Streikbeschluss die Billigung aller anständigen Menschen finden würde und fordert die Wohlhabenden auf, falls es zum Streik kommt, reichlich zu unterstützen. Das Blatt stellt dem Streikkomitee während der ganzen Streikdauer einen allwöchentlichen Betrag von 100 000 Frank zur Disposition.

Rußland.

Eine Begnadigung.

Kait schreibt uns aus Petersburg: Mit Höchstgeschwindigkeit verbreitete sich in Petersburg die Nachricht von der Begnadigung des ehemaligen Direktors des Polizeidepartements A. A. Lopuchin. Er ist von der Verbannung befreit und hat alle seine Rechte wiedererlangt.

Ebenso wie seinerzeit die Aburteilung, entbehrt auch die Begnadigung jeglicher rechtlichen Grundlage. Er wurde auf Lebenszeit nach Sibirien deportiert nach § 102 des Strafgesetzbuchs wegen politischer Verbrechen, und zwar war für das Verbrechen, daß Lopuchin Mitglied der sozialrevolutionären Partei war. Sein Verbrechen bestand darin, daß er — nachdem er längst aus dem Amt geschieden war — den Vertretern der sozialrevolutionären Partei auf ihr Drängen bestätigte, daß Aseff Agent der russischen Polizei sei. Daraus allein wurde seine Zugehörigkeit zur sozialrevolutionären Partei konstruiert. Begnadigt wurde er auf Grund der Amnestie, in welcher aber ausdrücklich betont ist, daß Delikte nach § 102 — wie auch mildere politische Verbrechen — von der Amnestie ausgeschlossen seien. So sieht die rechtliche Seite dieser Affäre aus. Aber das höchste Gesetz ist der Wille der Höflinge und von diesem „Gesetz“ auch ist Lopuchins Geschick leicht begreiflich: Abgeurteilt (anfänglich sogar zu 6—8 Jahren Zwangsarbeit) wurde er auf Drängen des damaligen Premierministers Stolypin. Sie waren beide nah verwandt, Schulkollegen und Jugendfreunde, getrieben aber später auseinander und waren in den letzten Jahren arg verfeindet. Und Stolypin mußte seine Nachstellung aus, den ihm verhassten Lopuchin ins Unglück zu stürzen. Gegenwärtig gelang es Lopuchins einflussreichen Freunden, ihm bei der Kamarilla den Gnadenakt zu erwirken. Es muß noch gesagt werden, daß Lopuchin seinerzeit keineswegs aus Gründen politischer Natur der sozialrevolutionären Partei einen Dienst erwies; er tat dies nur aus schwächlicher Nachgiebigkeit. Wäre er wirklich freilich gefürchtet, hätte er — als er seine Beamtenstelle verließ und den Liberalen spielte — aus eigenem Antrieb die politischen Spittel (besonders solche Figuren wie Aseff, Kaplinsky u. dergl.) entlarvt, er hat dies aber keineswegs getan.

Verhaftung von amnestierten Gefangenen.

Wideten schon die umfangreichen Verhaftungen unmittelbar vor der Veröffentlichung der sogenannten Amnestie eine treffliche Illustration dieses schmählichen Jarenelasses, der die politischen Gefangenen fast völlig von der Amnestie ausschloß, so wird diese Kennzeichnung jetzt noch ergänzt durch die abermalige Verhaftung der wenigen Personen, auf die die Amnestie sich erstreckte. In Petersburg allein sind auf Befehl der Okrana oder des Stadthauptmanns unmittelbar nach der Jubiläumfeier 42 Personen verhaftet worden, darunter 28, die eben erst aus dem Gefängnis befreit worden waren. Ähnliche Mitteilungen kommen aus Grodno, Miew usw.

Steuerfragen.

Die Steuerberechnungen haben begonnen. Es ist deshalb zweckmäßig und entspricht vielfachen aus unserem Lebenskreise gewohnten Wünschen, wieder die wichtigsten Steuerbestimmungen zusammenzustellen.

Wann wird das Einkommen bemessen?

Nach § 23 des Einkommensteuergesetzes haben bekanntlich die Hausbesitzer die Verpflichtung, den Arbeitgeber und die Arbeitsstelle der Arbeiter, Dienstboten und Gewerbegehilfen, die als Mieter bei ihnen wohnen, anzugeben. Ferner müssen auf Erfordern Arbeitgeber den Arbeitsverdienst der von ihnen dauernd gegen Gehalt oder Lohn beschäftigten Arbeiter und Angestellten, sofern deren Einkommen jährlich 3000 M. nicht übersteigt, der Steuerbehörde mitteilen.

Das Einkommen der Arbeiter und Angestellten wird daher bis auf den letzten Pfennig zur Steuer herangezogen. Das Einkommen wird, soweit Arbeiter und Angestellte in Betracht kommen, nicht mehr als dem dreijährigen Durchschnitt, sondern nach den Ergebnissen des dem Steuerjahre unmittelbar vorhergehenden Kalenderjahres (also jetzt das Jahr 1912) bemessen. Bleibt aber ein Jahresergebnis nicht vor — ist der Steuerpflichtige z. B. länger als zehn Wochen krank oder arbeitslos gewesen —, so erfolgt die Veranlagung nach dem „maßhaltigen“ Jahresertrage des Steuerjahres. Für das Einkommen aus Handel, Gewerbe, Bergbau und aus Land- und Forstwirtschaft wird auch jetzt das Einkommen nach dreijährigem Durchschnitt bemessen, sofern der Steuerpflichtige in geordneter Weise Bücher führt.

Von der Besteuerung ausgeschlossen sind (wir geben hier die eventuell für Arbeiter und Angestellte in Betracht kommenden Vorschriften):

1. Das Militärverdienst der Personen des Unteroffiziers- und Gemeindeführergrades;
2. die auf Grund gesetzlicher Vorschriften den Kriegs- oder Friedensverdienst gewöhnlichen Beförderungsbeförderungen und Verhöhnungszulagen;
3. die mit dem Militärverdienst 1. Klasse und mit dem Militärverdienst 2. Klasse verbundenen Zulagen von monatlich 3 M. bis 9 M. sowie die Ehrenzulagen für Inhaber des Eisernen Kreuzes;
4. die aus einer Krankenversicherung dem Versicherten zustehenden Leistungen.

Als steuerpflichtiges Einkommen rechnet das Gesetz alle Einkünfte in Geld oder Geldeswert aus Kapitalvermögen, Grundvermögen, Pachtungen, Mieten (einschließlich des Mietzweckes der Wohnung im eigenen Hause), Handel und Gewerbe sowie aus gewinnbringender Beschäftigung und aus Rechten auf periodische Leistungen und Vorteile irgend welcher Art.

Danach gehört nicht zum steuerpflichtigen Einkommen: ein Gewinn aus Gewinnen, Lotterien, Spiel, Wetten, ebenso wenig eine Gewerkschaftsunterstützung. Wohl aber rechnen leider die Invaliden- und Altersrenten zum steuerpflichtigen Einkommen.

Das Einkommen der Ehefrauen sowie das aus dem Aufnahmereste an dem Vermögen der Kinder fließende Einkommen ist dem des Haushaltsvorstandes zuzurechnen.

Welche Abzüge sind zulässig?

Den Kapitalisten sind eine Reihe Abzüge bei Berechnung ihres Einkommens gestattet, denen ähnliche Abzüge der Arbeiterklasse gegenüber nicht zur Seite stehen. Die wichtigsten dieser gesetzlichen Steuerprivilegien zugunsten des Großkapitals und des Großgrundbesitzes sind folgende:

1. Die Beiträge zu öffentlichen Wasser- und Entwässerungsverbänden sowie zur Unterhaltung von solchen Wasserläufen, für welche besondere Gesetze zur Verhütung von Hochwassergefahren erlassen worden sind;
2. die von dem Grundeigentum, dem Gewerbebetrieb und dem Vergah zu entrichtenden direkten Kommunalsteuern bis zur Höhe der staatlich veranlagten Grund-, Gebäude- und Gewerbesteuer. Bis zur gleichen Höhe werden in den Ortsgemeinden die realen Kommunalsteuern und die neben ihnen bestehenden Grundlasten als abzugsfähige Werbungskosten angesehen; Die Grundlasten kommen dabei mit 30 Proz. der staatlich veranlagten Grund-, Gebäude- und Gewerbesteuer auch dann in Ansatz, wenn die Grundlasten erheblich niedriger sind;
3. die Beiträge zu den Berufskammern, z. B. die an eine Landwirtschafts-, Handels-, Handwerks-, Ärzte-, Anwalts-, Apothekerkammer zu zahlenden Beiträge (nicht aber die an Gewerkschaften oder Arbeitervereine zu entrichtenden Beiträge);
4. die auf Kirchen-Vorstandsverpflichtungen beruhenden dauernden Lasten;
5. die auf Grund rechtlicher Verpflichtung vom Steuerpflichtigen zur allmählichen Tilgung eines auf seinem Grundbesitz haftenden Schuldkapitals zu entrichtenden Beiträge, soweit sie 1 Proz. des Kapitals und den Betrag von 600 M. jährlich nicht übersteigen;

6. für die Besitzer von Waldstücken, welche nicht nach einem forstwirtschaftlichen Plane bewirtschaftet werden, trifft § 12 des Einkommensteuergesetzes das neue Privilegium, daß die Ergebnisse von Abtrieben aus diesen Waldstücken als steuerpflichtiges Einkommen nicht anzurechnen sind, wenn und soweit dieselben sich in einem Jahre auf mehr als den zehnten Teil des Wertes des vorhandenen Holzes erstrecken.

Neben diesen insbesondere dem Großgrundbesitzer seit dem Jahre 1907 zugute kommenden Gesetzen ist die Zulässigkeit der bereits früher für zulässig erklärten Abzüge aufrechtzuerhalten. Dahin gehören zum Beispiel die Deichlasten, die indirekt zu den Geschäftskosten zu rechnenden Ausgaben, die regelmäßigen jährlichen Absetzungen für Abnutzung der Gebäude, Maschinen und des sonstigen festen Inventars.

Rechtliche Abzüge zugunsten des Arbeiters bestehen nicht.

Dem Arbeiter sind nach wie vor Abzüge für die zur Erhaltung seiner Arbeitskraft gemachten Aufwendungen nicht gestattet: er kann weder für Lebensunterhalt, noch für Vorsehung, noch für Miete Abzüge machen. Für die Abzüge, die er vom Einkommen machen darf, gelten nur folgende allgemeine Bestimmungen.

Es sind abzugsfähig:

1. die von dem Steuerpflichtigen zu zahlenden Schulzinsen;
2. Renten und dauernde Lasten, die auf Privatverträgen (z. B. Vertrag, Versicherung, leibrentlicher Verfügung) beruhen;
3. die von dem Steuerpflichtigen für seine Person oder einen nicht selbständig zu veranlagenden Haushaltsangehörigen geleistet oder vertragsgemäß zu entrichtenden Beiträge zur Kranken-, Unfall-, Alters- und Invalidenversicherung, Witwen-, Waisen- und Pensionen, soweit diese Beiträge zusammen die Höhe von 600 M. nicht übersteigen (auch Beiträge zu einer Hilfskasse);
4. Versicherungsprämien, welche für Versicherung des Steuerpflichtigen oder eines nicht selbständig zu veranlagenden Haushaltsangehörigen auf den Todes- oder Lebensfall gezahlt werden, soweit die Prämien den Betrag von 600 M. jährlich nicht übersteigen.

In Betracht kommt noch folgende, durch Gesetz vom 26. Mai 1909 abgeänderte Bestimmung (§ 19 des Einkommensteuergesetzes): „Gewährt ein Steuerpflichtiger, dessen Einkommen den Betrag von 6500 M. nicht übersteigt, Kindern oder anderen Familienangehörigen auf Grund gesetzlicher Verpflichtung (§§ 1601 bis 1615 des Bürgerlichen Gesetzbuches) Unterhalt, so werden die im § 17 vorgeschriebenen Steuersätze ermäßigt um eine Stufe bei dem Vorhandensein von 2, um zwei Stufen bei dem Vorhandensein von 3 oder 4, um drei Stufen bei dem Vorhandensein von 5 oder 6 dergleichen Familienmitgliedern. Für je zwei weitere solcher Familienangehörigen tritt eine Ermäßigung um eine weitere Stufe ein.“

Bei der Feststellung der für die Ermäßigung maßgebenden Personenzahl werden nicht mitgerechnet die Ehefrau des Steuerpflichtigen und diejenigen Kinder und Angehörigen, welche das 14. Lebensjahr überschritten haben und entweder im landwirtschaftlichen oder gewerblichen Betriebe des Steuerpflichtigen dauernd tätig sind oder ein eigenes Einkommen von mehr als die Hälfte des ordentlichen Tagelohnes nach ihrer Altersklasse und nach ihrem Geschlecht haben.

Ist nach Absatz 1 Ermäßigung unter dem Steuerjahre von 6 M. begründet, so tritt Befreiung von der Staatssteuer ein.“

In Fällen, in denen jemand für uneheliche Kinder Unterhalt leistet, steht das Gesetz leider eine Ermäßigung nicht vor.

Der § 17 enthält den Steuerzins, den wir, soweit er für Rinderbestände in Frage kommt, unten abdrucken.

Durch die Abänderung des § 19 ist die Möglichkeit genommen, schon bei einem im Gesetz genannten Familienangehörigen den Betrag von 50 M. vom steuerpflichtigen Einkommen in Abzug zu bringen.

Der § 20 des Einkommensteuergesetzes gestattet dann noch eine Ermäßigung der Steuer um höchstens drei Stufen aus sogenannten Billigkeitsgründen. Als solche gelten außergewöhnliche Belastungen durch Unterhalt und Erziehung der Kinder, Verpflichtung zum Unterhalt mittellose Angehöriger, andauernde Krankheit, Verschuldung und besondere Unglücksfälle.

Für einen Arbeiter, der ein kleines Anwesen mit amortisierbarer Hypothek besitzt, ist nach von Erheblichkeit, daß ferner abzugsfähig ist:

Die auf Grund rechtlicher Verpflichtung vom Steuerpflichtigen zur allmählichen Tilgung eines auf seinem Grundbesitz haftenden Schuldkapitals zu entrichtenden Beiträge, insoweit dieselben 1 Proz. des Kapitals und den Betrag von 600 M. jährlich nicht übersteigen.

Neben diesen auf ausdrücklicher Vorschrift des Gesetzes beruhenden Abzügen oder Ermäßigungen kommen auf Grund von Entscheidungen des Verwaltungsgerichts, die auf Auslegung allgemeiner Vorschriften beruhen, und auf Grund der ministeriellen Anweisungen als abzugsfähig in Betracht:

Die von den einzelnen Arbeitern oder von der betreffenden Arbeiterkategorie zu leistenden und aus dem Lohne zu bestrichenden Ausgaben zur Beschaffung von Werkzeugen oder Rohmaterialien

riolen, Ausgaben für Fahrten zur Arbeitsstätte und dergleichen, sowie auch

angemessene Absetzungen auf Abnutzung des von den Arbeitern etwa herzuhaltenen Werkzeuges oder der Arbeitskleidung. Allerdings ist der Standpunkt der Steuerbehörden in der Frage der Abzugsfähigkeit des Fahrgeldes nicht einheitlich.

Welche Rechtsmittel stehen dem Veranlagten zu?

Seit dem Jahre 1907 ist den Steuerpflichtigen mit Einkommen von nicht mehr als 3000 M. der Rechtsweg gegen ungerechte Veranlagungen erheblich beschnitten. Es steht ihnen nur der Einspruch an die Veranlagungskommission und die Berufung an die Berufungskommission zu. Die Beschwerde an das Oberverwaltungsgericht ist als das Mittelband und dem Arbeiterstand genommen. Nur den mit Einkommen über 3000 M. Veranlagten steht der Weg an das von der arbeitenden Bevölkerung mit bezahlte Oberverwaltungsgericht noch offen.

Einspruch.

Der Einspruch ist an den Vorsitzenden der Veranlagungskommission zu richten. Er ist innerhalb 28 Tagen einzulegen und hat etwa wie folgt zu lauten:

Gegen die Steuerveranlagung vom 14. März (Kfz. Nr. 1403) lege ich Einspruch ein und beantrage Verabfolgung der Steuer von 21 auf 9 M. Mein Einkommen beträgt nicht 1500 bis 1850 M., sondern 1050—1200 M. Eine Verrechnung meines Einkommens im Jahre 1912 und der zulässigen Abzüge füge ich bei. Als Beweismittel beizubringen bin ich bereit (oder: als Beweismittel füge ich an usw.). Datum und Unterschrift.

Über den Einspruch entscheidet die Veranlagungskommission. Gegen deren Entscheid ist dann Berufung innerhalb 28 Tagen zulässig. Auch die Berufung ist bei dem Vorsitzenden der Veranlagungskommission anzubringen.

Steuertarif.

Die Einkommensteuer beträgt bei einem Einkommen

von mehr als 900 bis 1050 M.	6 M.
1050 „ 1200 „	9 „
1200 „ 1350 „	12 „
1350 „ 1500 „	15 „
1500 „ 1650 „	21 „
1650 „ 1800 „	26 „
1800 „ 2100 „	31 „
2100 „ 2400 „	36 „
2400 „ 2700 „	44 „
2700 „ 3000 „	52 „
3000 „ 3900 „	60 „

Die Steuerstufen von 1200 M. ab erleiden durch Gesetz vom 26. Mai 1909 rückwirkend vom 1. April 1900 folgende Zuschläge bei Einkommen

von mehr als 1200 bis 3000 M. 5 Prozent;
von mehr als 3000 bis 10 500 M. 10 Prozent.

Bei Gesellschaften mit beschränkter Haftung wird bei den genannten Steuerstufen ein Zuschlag von 7,5 bezw. 15 Proz. erhoben.

Steuerpflichtige, deren Steuerjahr wegen des sogenannten Familienangehörigenprivilegs oder aus Billigkeitsgründen (§§ 19 und 20 des Gesetzes) ermäßigt ist, entrichten den Steuerzuschlag derselben Einkommensteuertarife, die dem ermäßigten Steuerjahr entspricht. Soweit ihre politischen Rechte von der Steuerleistung abhängig sind, werden sie durch die Erhebung nicht verändert, wählen also so, als ob sie zu der höheren Stufe steuerlich wären.

Aus der Partei.

Lebensliste der Partei.

In seinem Elternhause zu Reiz starb am Sonnabend an der Schwindsucht der Genosse Walter Leopold im Alter von 28 Jahren. Der Verstorbene ist der Sohn des in weiten Parteikreisen bekannten Genossen Adolf Leopold, der jetzt als Geschäftsführer des Zeiger „Vollshottens“ tätig ist. Schon im zartesten Kindesalter lernte der junge Leopold die Parteien der Sozialistenverfolgung kennen, er war kaum zwei Jahre alt, als sein Vater aus Grund des Sozialistengesetzes aus Stettin ausgewiesen wurde. Nach mancherlei Wanderungen fand die Familie dann in Reiz eine bleibende Stätte. Walter Leopold erlernte das Buchbinderhandwerk, war aber mit emsigem Fleiß auf seine Weiterbildung bedacht, so daß er eine Stelle als Redakteur am „Vollshottens“ in Halle übernehmen konnte. Hier war er fünf Jahre tätig und mußte die in der Saalestadt übliche scharfe Disziplin in zahlreichen Prozessen über sich ergehen lassen. Neben Dufeln und hohen Geldstrafen wurde er auch zu 6 1/2 Monaten Gefängnis verurteilt. Die Strafe hatte seine ohnehin schwache Gesundheit derart erschüttert, daß er den aufreibenden Redakteurberuf aufgeben mußte. Er blieb aber im Dienst der Parteipresse und übernahm einen Buchhalterposten am Zeiger Parteiblatt, wo er bis zum Januar dieses Jahres getreulich seine Pflicht erfüllt hat; dann erkrankte er an der tödlichen Krankheit, die die Pflege des Elternhauses aufzuwachen. Die Partei wird das Andenken des in der Mitte seiner Jahre dahingegangenen Genossen in Ehren halten. Die schwergeprüften

Die erste Gedenkfeier für die Märzgefallenen.

Wer heute am 18. März die Ruhestätte der Berliner Freiheitskämpfer besucht und sich über die alte hier bare Begräbnisstätte wundert, vor allem aber über das politische Massenaufgebot und die unsägliche Schleifenzentur, dem wird es märchenhaft erscheinen, daß einstmalig ganz Berlin einschließlich aller offiziellen Kreise dem Gedächtnis dieser Freiheitskämpfer gedenkt hat — laut und feierlich und ohne polizeiliche Überwachung und Zensur!

Bekannt ist ja, wie feierlich und imponierend sich das Leichenbegängnis vollzog, wie der König selbst den Hut abnahm vor den Opfern seiner Soldaten. Weniger bekannt jedoch ist, daß mehrere Monate später, am 4. Juni 1848, eine erste Gedächtnisfeier veranstaltet wurde, an der sich die Bevölkerung Berlins nicht minder zahlreich beteiligte, wie an dem Begräbnis selbst. Welche Ehren damals den Hauptkämpfern erwiesen wurden, zeigt am besten der Bericht, den die „Voss. Zeitung“ über diese erste Feier veröffentlichte und den wir hiermit im Wortlaut abdrucken:

Berlin, 5. Juni 1848.

Der gestrige Zug nach dem Friedrichshain, zur Gedächtnisfeier der gefallenen Märzkämpfer, darf als eins der großartigsten und bedeutendsten Ereignisse angesehen werden, welche wir hier seit dem 18. März erlebt haben. Es war nicht bloß der Gegenstand der Feier, nicht bloß die umfangreiche Teilnahme ihr von nah und fern geschickt, was wir hier herausheben möchten. Es ist besonders die ruhige, aus dem Volksbewußtsein innerer Kraft und Sicherheit fließende Haltung der Tausende, die wahrhaft imponierend erschien. Unsere Leichenfeier am 22. März war etwas Schlimmes, aber sie fand noch unter dem Einfluß der erdichteten Leidenschaftlichkeit des Revolutionskampfes; es war damals in jeder Brust eine dumpfe Beforgnis vor neuen Stürmen vorherrschend, die Bürgerwehr mußte in ihrer ganzen Masse aufbehalten werden, um gleichsam die gegenseitigen Beforgnisse der Parteien zu paralysieren. Weshalb nichts von dem Allen! Ein klarer waffenloser Juniusthimmel lächelte auf den Zug hinunter, welcher sich ruhig und lautlos durch die Straßen bewegte. Die Anzahl der Teilnehmer muß auf viele Tausende geschätzt werden. Die Zuschauer eingeschlossen, waren

mindestens zwei Drittel der gesamten Berliner Bevölkerung auf den Beinen. Der Ausgangspunkt des Zuges war der Gensdarmenmarkt, woselbst sich von 3 Uhr ab die Teilnehmer — durchaus ohne Waffen — versammelten. Alle Klubs hatten sich verzerrt, sämtliche Gewerke und Arbeitervereine waren mit ihren Fahnen erschienen; die zahllosen Volkvereine hatten sich angeschlossen; die Bürgerwehr, sowohl Wehrmänner wie Offiziere, erstere an ihren Gefechtsnummern, letztere an den Uniformen kenntlich, wurden zahlreich erblickt; aus der Nationalversammlung waren etwa 150 Mitglieder erschienen; auswärtige Städte, wie Potsdam, Magdeburg usw., hatten Deputationen geschickt; die Universität, die Akademien und sonstigen höheren Lehranstalten wurden repräsentiert; endlich nahmen auch die Hinterbliebenen der gefallenen Märzkämpfer und eine Abteilung von Tamen am Zuge teil. Nachdem die einzelnen Klubs und Genossenschaften, so wie sie auf dem Sammelpunkt erschienen, von den dazu erwählten, durch eine schwarz-rot-goldene Armblende kenntlichen dreißig Ordern hintereinander aufgestellt waren, setzte sich die Masse gegen 4 Uhr in Bewegung. Die Eröffnung machten einige Wehrmänner der bestehenden Bürgerwehr, demnach folgte der Handwerkerverein und hierauf die übrigen Teilnehmer, je nach ihren besonderen Abteilungen, mit ihren Fahnen und zum Teil auch mit Musikchören; den Beschluß bildeten lange Jüge von Studierenden mit bunten Hüben oder Hüten mit Federn und Bändern. Der Zug bewegte sich vom Gensdarmenmarkt durch die Charlottenstraße nach den Linden, von hier um das Schloß herum durch die Königs- und Landberger Straße nach dem vor dem Landberger Tor belegenen Friedrichshain. Auf dem ganzen Wege bildete das Volk zu beiden Seiten dicht gedrängte Spalier oder füllte die Häuser, deren Fenster bis in die obersten Giebel mit Köpfen erfüllt waren. Alle Stände, alle Klassen waren durcheinander gemischt; die elegantesten Toiletten sah man neben der ärmlichsten Kleidung. Von einer bewaffneten oder sichtlich ordnenden Gewalt wurde nirgends eine Spur erblickt. Nur oben auf dem Friedrichshain, neben den Gräbern der Gefallenen, bemerkte man ein paar Wehrmänner des Maschinenbauvereins, welche beim Aufstellen beifällig waren, und am Landberger Tor war die Bürgerwehr ins Gewehr getreten. Hebrall ordnete und leitete sich das Volk von selbst. Kein Geschrei, kein Urgehr wurde vernommen. Befriedigte Ruhe herrschte durchweg; höchstens dann und wann von dem Braten des Volkes durchbrochen, wozu es einzelne Persönlichkeiten oder einzelne Abteilungen des Zuges begrüßte; z. B. die Kammermitglieder, die Studierenden und andere. Es war eine durchweg würdige und deshalb wahrhaft großartige Haltung! — Nachdem der Zug auf

der Friedrichshöhe angelangt war, wurde er in großen Umkreisen um die Gräber der Märzgefallenen gruppiert, die Fahnen, deren wir gegen zweihundert schätzte, in der Mitte. Es waren dies teils die bekannten Gewerkefahnen, teils neue, die erst dem 18. März ihre Entstehung verdankten. Durch kolossale Größe zeichnete sich besonders das schwarz-rot-goldene Banner der Buchdrucker aus. Die Juristen führten ebenfalls eine dreifarbige Fahne, in der Mitte im grünen Felde die Wäpfe: „Wahrheit, Recht“. Auch Fahnen der Erdarbeiter wurden bemerkt, eigentümlicherweise mit dem Namen des betreffenden Schachmeisters geziert. Eine dreifache weiße Fahne führte die schwarze Inschrift: „Den heldenmütigen Parteikämpfern des Frankfurter Vorbezirks am 18. März“, eine noch kleinere mit roten Buchstaben die bedeutungsvolle Aufschrift: „Die drohenden Arbeiter“. Nachdem alle die Tausende des Zuges sich auf der Höhe um die Gräber postiert hatten und der übrige Teil des Hains durch die unabherrschbaren Massen des teilnehmenden Volkes besetzt war, begannen auf einer kleinen Erhöhung unmittelbar an den Gräbern die Vorträge. Der erste Redner war der Abgeordnete zur Nationalversammlung, Graf Reichenbach aus Schlesien, welchem der Abgeordnete für Berlin, Herr Jung, folgte. Auf den ferneren Rednern bemerkten wir den Professor Bernatz, die Literaten Meise und Schaller, den Schriftsteller Born, den Studenten Salis und den Redakteur Heib, welcher letzterer den Beschluß machte. Es waren zum Teil begriffliche Vorträge, dem Andenken der Revolution und ihrer Kämpfer gewidmet, hinweisend auf die Bedeutsamkeit dieser großen Zeit, ernst aufrufend zur Wachsamkeit gegen Anechtung und Verfinstung, protestierend gegen die Verleugnung der Revolution und ihrer Konsequenzen, neue Gelübisse der Freiheit den Vätern der Gefallenen in dankbarer Erinnerung ihres dargebotenen Blutes darzubringen. Es machte einen mächtigen Eindruck, wenn der Beifall der erregten Menge durch die Lüste dralle, der Fahnenwald sich heulertentente und die Musikchöre ihre Fanfaren durch die Lüfte schmetterten. Die Sonne senkte sich über der ersten Feier; aber die Menge ward nicht müde, zu stehen und zu hören, bis endlich die neunte Stunde des Abends mit dem letzten donnernden Hurra für Volkrecht und Volkfreiheit zur Seimkehr trieb. Eine der Damen des Zuges überreichte dem Grafen von Reichenbach einen Lorbeerkranz, die übrigen bekränzten die Gräber. Leicht und rasch entwickelte sich der ungeheure Ansehn. Zu verschiedenen Toren hineinziehend, hatten sich die Massen bald zerstreut; um 10 Uhr war es stiller wie je auf den Straßen Berlins. Nicht von allen den Beforgnissen, die am Morgen des Tages eine anglische Panik sich vorpiegelte, war in Erfüllung gegangen.

Eltern sind um so mehr zu bedauern, als sie schon einen Sohn an der gleichen Krankheit verloren haben.

Eine Verschmelzung der Arbeiterbewegung Neufelands

Ist auf der Arbeiterkonferenz in Wellington beschlossen worden. Die bisherige Gewerkschaftsföderation und die Vereinigte Arbeiterpartei werden zu einer einheitlichen gewerkschaftlichen und politischen Organisation verschmolzen werden, deren Statut in den Grundzügen festgelegt wurde. Die Entscheidung, ob sie sich dem Schiedsamtgesetz unterstellen wollen, bleibt den einzelnen Organisationen überlassen. Keine darf eine andere in einen Streit verwickeln ohne Genehmigung der Zentrale.

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

Ein abgeblühter Major.

Im Oktober 1912 hatte das „Saalfelder Volksblatt“ unter Leitungen eines Versammlungsberichts gebracht über eine Versammlung, in der über das Thema: „Der Kampf um die Jugend“ gesprochen wurde. Der Führer der Ortsgruppe Weimingen vom Jungdeutschlandbund, ein Major, fühlte sich durch den Bericht beleidigt, da der Bund als „Korruptionsanstalt“ bezeichnet wurde. Nun wurde nicht etwa Privatklage, sondern Offizialklage gegen den verantwortlichen Redakteur, Genossen Jörn, erhoben, die am Freitag vor dem Saalfelder Schöffengericht zum Austrag kam. Genosse Jörn wurde freigesprochen und die Kosten der Staatskasse auferlegt. Der Staatsanwalt hatte 60 R. Geldstrafe beantragt.

Der Bericht begründete den Freispruch wie folgt: Die Bezeichnung „Korruptionsanstalt“ sei beleidigend und überschreite das Maß der zulässigen Kritik. Entscheidend sei aber für das Gericht, daß der Vorwurf hier nur gegen die Tätigkeit des Jungdeutschlandbundes als Kollektivseinheit sich richte. Jegliche spezielle Beziehung auf eine oder mehrere Personen sei nicht erkennbar. Angeklagter habe — das sei ihm nicht miderlegt worden — nur die Absicht gehabt, die gesamte politische Tätigkeit des Bundes zu charakterisieren. Die Mitglieder wie auch die Vorstandsmitglieder des Jungdeutschlandbundes seien als solche nicht beleidigt.

Ein korrigiertes Urteil.

In einem Privatbeleidigungsprozeß, den der Verleger und Redakteur Herr Reiter des in Jlmeneu erscheinenden bürgerlichen Blattes „Die Sonne“ gegen den früheren verantwortlichen Redakteur Genossen Röder von der „Tribüne“ in Erfurt angestrengt hatte, war Genosse Röder vom Schöffengericht Jlmeneu zu der außerordentlich hohen Strafe von einer Woche Gefängnis verurteilt worden. Selbstverständlich wurde gegen das von vornherein unbilligere Urteil Berufung eingelegt, die am Freitag vor der Strafkammer in Eisenach zur Verhandlung kam. Hier erfuhr das Urteil eine wesentliche Korrektur. Das Gericht erkannte freilich auf die immer noch recht hohe Strafe von 70 Mark Geldstrafe, aber selbst der Vorstehende des Gerichts führte bei Begründung des Urteils aus, daß die Sache wirklich nicht so tragisch zu nehmen gewesen sei, daß gleich auf eine Gefängnisstrafe hätte erkannt werden müssen, zumal auch auf der anderen Seite genügend worden sei in der dem Prozeß zugrunde liegenden Fehde.

In einem zweiten Privatbeleidigungsprozeß, den dasselbe Blatt gegen einen anderen Redakteur der „Tribüne“, den Genossen Fehold, aus gleichem Anlaß angestrengt hatte, erkannte dasselbe Schöffengericht erst ganz kürzlich auf Freisprechung, weil dem Angeklagten Bahrnehmung berechtigter Interessen zugesprochen werden mußte.

Jugendbewegung.

Der Kampf um die Jugend.

Unter diesem Titel ist soeben eine Broschüre erschienen, die den Untertitel „Ein Beitrag zur Jugendfrage“ führt. Der Verfasser ist der Genosse Heinrich Jacowig. (Verlag von Gerhard Karl Bergmann, Neufölla-Berlin, Alsterstr. 48. Preis 20 Pf.) Wiederholter Käufer und Ausschüsse erhalten entsprechenden Rabatt.)

Den erwachsenen Genossen sowohl wie den Jugendlichen, die bisher nicht in der Lage waren, sich eingehend mit dem Studium der proletarischen Jugendbewegung zu befassen, kann dieses kleine Schriftchen nur empfohlen werden. Der Verfasser sagt in seinem Geleitwort, daß die Broschüre keineswegs den Anspruch erhebt, etwas Neues zu sagen. Sie will denen, die nicht die nötige Zeit haben, die verschiedenen Zeitströme und das verstreute Material über das schwierige Gebiet der Jugendbewegung zu studieren, eine Unterstützung bieten. Der Verfasser hat denn auch durch Geschichte und interessante Anordnung des Stoffes seine Aufgabe glücklich gelöst. Es werden nicht nur die heutigen miserablen Wirtschaftsverhältnisse, das Volksschulwesen usw. eingehend behandelt, sondern es wird auch das Wichtigste über die christlichen und nationalen Jugendbewegungen gesagt. Mit all diesen Erscheinungen hält der Verfasser eine gründliche Abrechnung ab. Man kann nur wünschen, daß das kleine Werkchen, das sich auch sehr vorteilhaft durch seine Wohlfeilheit auszeichnet, weite Verbreitung findet. h. sch.

Aus Industrie und Handel.

Die vom Kriege leben.

Den Waffen- und Munitionsfabriken geht es augenblicklich ganz besonders gut. Krupp kann die Aufträge kaum bewältigen, und auch die anderen Unternehmen sind besser beschäftigt als je. Soeben hat die Vulkan-Gesellschaft in Berlin ihren Abschluß pro 1912 herausgebracht. Das Unternehmen vertritt zwar wieder dieselbe Dividende wie im Vorjahre (12 Proz.), kann aber infolge einer erheblichen Steigerung des Bruttogewinnes die Abschreibungen von 118 000 R. auf 157 000 R. erhöhen und ferner zwei neugebildeten Fonds 125 000 R. zuführen. Der Vortrag wird von 42 350 R. auf 46 953 R. erhöht. Ferner teilt die Verwaltung mit: „Der Aufsichtsrat hat beschlossen, das Kapital unseres Unternehmens um 500 000 R. durch Ausgabe von 500 neuer, auf den Inhaber lautender Stammaktien zu erhöhen. Durch diese Transaktion werden dann die Reservecapitalien unseres Unternehmens auf zirka 1 Milliarde gebracht werden. Auch der Geschäftsgang des laufenden Jahres hat sich durchaus günstig entwickelt und zeigt einen höheren Gesamtumsatz für die gleiche Periode des Jahres 1912.“ Das Unternehmen hat in den letzten Jahren mehrfach das Kapital erhöht, so im Jahre 1910 von 1,5 Millionen Mark auf 2,05 Millionen Mark. Die neue Kapitalerhöhung ist allem Anschein nach im Zusammenhang mit der guten Geschäftslage des Unternehmens vorgeschlagen worden. Die Waffen- und Munitionsfabriken rechnen eben damit, daß der Friedensengel sich noch für lange Zeit schon im Hintergrunde halten muß.

Staatshilfe für die Salinenindustrie?

Gleich dem Kalibergbau, der eine gesetzliche Abfrageordnung erfahren hat, erhebt nun auch die Salinenindustrie eine Beschränkung der Förderung von Speise- und Viehfalz. Der Norddeutsche Salinenverband hat eine Denkschrift nebst Bescheidentwurf ausgearbeitet, der eine Kontingentierung vorschlägt. In diesem Kontingent sollen die vor dem 1. Januar 1911 betriebsfertigen Werke nach dem Durchschnitt der Jahre 1911 und 1912 beteiligt werden, während die Werke, die am 1. Januar 1913 betriebsfertig waren, aber für 1911 und 1912 noch keinen regelrechten Absatz hatten, von der Reichsbehörde abgelehrt werden sollen. Diese Kontingente sollen von 1913 bis 1922 in Kraft bleiben, d. h. Werke, die nach dem 1. Januar 1913 in Betrieb treten, sollen erst 1923 ein Kontingent erhalten; aber auch dieses Kontingent soll sich nach dem Inlands-Mehrverbrauch richten. Die von der Kontingentierung ausgeschlossenen neuen Werke, die nach dem 1. Januar 1913 betriebsfertig werden, sollen zwar vom Absatz nicht ausgeschlossen

sein, aber für je 100 Kilogramm Salz ihres Absatzes eine Reichsabgabe von 1,50 R. zahlen. Diese Abgabe ist so berechnet, daß sie gerade den Unterschied trifft, um den die Salinenbesitzer, die Salinen als Nebenbetrieb haben, billiger liefern können als die Salinenwerke. Der Vorschlag wird damit begründet, daß die Salinenwerke durch das Kalifolge einen Vorzug erhalten hätten, der sie im Absatz sicherstelle und ihnen gestatte, Nebenbetriebe wie Salinen in großem Maße zu bauen. Die Erfahrungen, die mit dem Kalifolge gemacht worden sind, regen keineswegs dazu an, nun auch dem Kalibergbau eine staatliche Förderung zuteil werden zu lassen. Eine Regelung im Sinne der Salinenbesitzer wäre um so gefährlicher, als das Objekt ein unentbehrliches Genußmittel ist. Schon jetzt ist durch die staatliche Besteuerung Salz übermäßig teuer. Diskutabel ist der Vorschlag der Salinenbesitzer nur, wenn eine Verbilligung für die Konsumenten dabei herauszustrahlen würde.

Aufsichtsratsauflegung.

Das Abrechenbuch der Direktoren und Aufsichtsräte (Finanzverlag G. m. b. H., Berlin) ist soeben erschienen. Jahr für Jahr kann man aus diesem Buche erfahren, eine wie große Miswirtschaft auf Grund mangelnder Gesellschafterbestimmungen mit der Vergütung von Aufsichtsratsposten betrieben wird. Das Buch zählt in gewohnter Weise fleißig die Aufsichtsratsposten der Industriefirmen, Bankdirektoren usw. auf. Einer derjenigen, die am reichsten mit Aufsichtsratsposten ausgestattet sind, ist Karl Kürstner von der Berliner Handelsgesellschaft, der 40 Aufsichtsratsmandate inne hat. Herr Louis Hagen in Köln übertrifft ihn noch um 4 Mandate. Hugo Stinnes hat nur 38 Mandate. Dr. Walter Rathenau, der neben seiner industriellen Tätigkeit auch noch die deutsche Kultur lenkt, hat 36 Aufsichtsratsposten. So geht es weiter über die Größen und Großen bis zu den Kleinen und Kleinsten. Man hat häufig gesagt, diese lebendigen Aufsichtsratsposten seien die wahren Leberlebensgenies. Aber kein vernünftiger Mensch wird glauben, daß Herr Karl Kürstner in 40 Aufsichtsratsposten das leisten kann, was das Gesetz und die Verwaltungsmoral von ihm verlangen. Selbst ein so hoher Geist wie der des Dr. Walter Rathenau reicht kaum dazu aus, 36 Gesellschaften zu gleicher Zeit zu überblicken.

Soziales.

Das Fieber der Metallgießer.

Die „Hygiene“ (herausgegeben von Professor Dr. Sommerfeld) enthält folgende bemerkenswerte Aufklärung über das Gießerfieber: In den Gießereien, namentlich für Bronze und Zinn, werden zum Teil eigentümliche Erkrankungen beobachtet, die als Gießerfieber bezeichnet werden. Ihre Merkmale bestehen in Frostschütteln, Gliederzittern und häufigem Erbrechen; dazu kommt, daß der Speichel scheinbar eine süße Beschaffenheit annimmt. Die Störungen sind so arg, daß die Arbeit unterbrochen werden muß, und in manchen Fällen ist sogar ein Berufswechsel unvermeidlich, während sich die meisten Arbeiter allmählich eingewöhnen und von derartigen Anfällen verschont bleiben. Nach den Untersuchungen von Bergeron in den Annalen für Hygiene entsteht diese Krankheit ausschließlich durch Dampf von Zinkoxyd, der aus dem flüssigen Metall oder seiner Mischung aufsteigt. Im übrigen ist das Leiden nicht gerade schmerzhaft und geht namentlich unter dem Einfluß eines warmen Getränks und rechtzeitiger Ruhe bald vorüber, so daß überhaupt nur selten der Arzt dagegen befragt wird. Die Aufnahme einer großen Menge Flüssigkeit, die den Körper gleichsam durchspült, scheint auch das richtige und allein notwendige Mittel dagegen zu sein. Immerhin wäre es selbstverständlich besser, derartige Erkrankungen ganz zu vermeiden, und das kann leicht geschehen durch Aufstellung kräftiger Saugröhren, die den schädlichen Dampf über den Schmelzgefäßen in sich aufziehen und beseitigen. Außerdem ist häufiges Waschen ein vortreffliches Verhütungsmittel, und so kommt es, daß in gut geleiteten Werkstätten, wo die Grundregeln der Gesundheitspflege beobachtet werden, Fälle des Gießerfiebers überhaupt kaum noch eintreten.

Altenburger Schimpfrecht.

In der Zuerkennung einer Schimpffreiheit des Unternehmers haben einige Kaufmanns- und Gewerbegerichte schon Erledigtes geleistet. Den Reford an Gewährung der Schimpffreiheit dürfte aber das Gewerbegericht in Altenburg mit einer jetzt amtlich veröffentlichten Entscheidung erreicht haben. Der Klage erhebende Arbeiter hatte sich im Gespräch mit Kollegen darüber aufgehalten, daß die verlagte Firma in Zukunft ansehend an Lohn sparen wolle. Das betraf die den Arbeitgeber zu der Äußerung: „Die Roggnase haben überhaupt nichts zu sagen. Halten Sie die Schnauze, sonst schmeiße ich Ihnen das Eisen aufs Kreuz.“ Das Gewerbegericht wies den Arbeiter, der auf die Äußerung und Drohung hin sofort die Arbeit niederlegte, mit seiner Arbeitsforderung ab. Das Gericht, so heißt es in der Begründung, vermochte in den Äußerungen des Beklagten: „Die Roggnase oder Rogglöffel . . .“ usw. keine grobe Beleidigung zu erblicken. Solche Ausdrücke sind, obwohl von dem Arbeitgeber gebraucht, nicht höher einzuschätzen als ein gewöhnliches Schimpfwort. Auch eine Bedrohung war in den Worten: . . . „sonst schmeiße ich Ihnen das Eisen aufs Kreuz“ nicht zu finden, da die Äußerung hier nicht ernsthaft gemeint war. Selbst wenn es auch eine wirkliche Bedrohung war, dürfte Klager nicht sofort gehen.

Eine solche Rechtsprechung offenbart einen mit dem Gesetz unvereinbaren Tiefstand sozialer Empfindung der Richter, die das Urteil fällten.

Aus der Frauenbewegung.

Märtyrer und Märtyrer.

London, 16. März 1913. (Sig. Ver.) Es hat Männer und Frauen gegeben, die für ihre Ueberzeugung, für das, was sie als wahr und gerecht erkannten, ins Gefängnis und selbst in den Tod gegangen sind. Und es gibt deren auch heute; denn an diesen wahren Helden und Heldinnen der Menschheit ist unsere Zeit gottlos nicht arm. Sie finden Sympathien nicht nur bei ihren Freunden, sondern zwingen auch ihren Feinden Achtung ab. Sie begeben sich mit offenen Augen in die Gefahr und erleiden die Rache ihrer Gegner mit dem Stoizismus, der solchen Naturen eigen ist. Was soll man aber von den englischen Suffragettes sagen, die sich ein billiges Märtyrertum zu verschaffen suchen, indem sie strafbare Handlungen begehen und sich auf die Humanität ihrer Mitmenschen verlassen, um praktisch und effektiv zu bleiben? Nach der Ethik der Suffragettes kann jemand ungestraft Häuser und Theater in Brand stecken, seinen Mitmenschen Weile an den Kopf werfen, Bomben explodieren lassen oder versuchen, ein Haus durch Feuer zu vernichten, in dem die Kinder eines Ministers schlafen. Jeder Versuch, derartige Verbrechen zu verhindern, indem man den Täter einsperrt, wird als eine rachsüchtige Brutalität bezeichnet, die dadurch berechtigt werden muß, daß man den Hungerstreik proklamiert und so die Behörden zwingt, die Gefangenen auf freien Fuß zu setzen.

Nach diesem Rezept, sich praktisch Straßlosigkeit zu erzwingen, handeln die Suffragettes nun schon seit einigen Jahren. Eine militante Frauenrechtlerin zerstört vielleicht einen Brief, der für den Empfänger von höchster Wichtigkeit ist, oder brennt ein Gartenrestaurant im Regent's Park nieder, wodurch ein aller Redner arbeitslos gemacht wird; sie wird verhaftet und verurteilt, hungert dann freiwillig, wird krank und wird darauf nach einigen Tagen auf freien Fuß gesetzt, weil die Behörden befürchten, daß die Fortsetzung des Hungerstreiks oder die künstliche Ernährung das Leben der Gefangenen gefährden könnte. Nun hat diese Propaganda

schließlich zu einem Zustand geführt, zu dem jede Straßlosigkeit führen muß. Die Deffinitivität verleiht sich selbst Gerechtigkeit. Das war so in der gefesselten Zeit des Mittelalters und vor nicht langer Zeit in dem unzivilisierten Westen Amerikas, wo die Bauern den Dieb einfach an dem nächsten Baum aufhängten, weil die Justiz verlagte. In den letzten Wochen ist es den Suffragettes in vielen Orten Englands recht süß ergangen. Man hat sie mißhandelt, sie mit Rot beworfen und ihre Versammlungen gesprengt. Die akademische Jugend, die bei Kadavertagen stets in den vordersten Reihen steht, um ihre „Bildung“ zu beweisen, hat sich in diesen Ausschreitungen besonders hervorgetan. Jeder gefesselte Mensch wird die öffentliche Mißhandlung der Frauen lebhaft bedauern, aber niemand wird verneinen können, daß diese Ereignisse nur die natürlichen Folgen der von Frau Pankhurst gepredigten Taktik sind. Ein Zustand der Straßlosigkeit muß notwendigerweise die Lynchjustiz auf den Plan rufen.

Die Regierung hat sich bis jetzt den Kopf darüber zerbrochen, wie den Suffragettes beizukommen ist, die das Gesetz zu einer Farce machen und dadurch anarcho-sittliche Zustände heraufbeschwören. Bernhard Shaw schlägt vor einiger Zeit vor, man sollte den Gefangenen die Nahrung einfach in die Hand stellen; mehr, meinte er, ließe sich nicht machen. Ein anderer hat den Vorschlag gemacht, den Gefangenen reichlich Milch zu verabreichen. Ein Selbstmord durch Verdursten soll nämlich noch nicht vorgekommen sein. Jetzt verlautet es, daß die Regierung eine Vorlage einbringen wird, die dem Minister des Innern das Recht geben soll, Gefangene, die sich durch den Hungerstreik freigemacht haben, nach der Genesung wieder zu verhaften und einzusperren, und zwar so oft bis sie ihre Strafe abgelesen haben. Ein zweiter Gesetzesentwurf soll sich mit dem Problem befassen, wie die Geldstrafen besser einzutreiben sind und wie die Zahl der Geldstrafen auf Kosten der Freiheitsstrafen vermehrt werden kann. Vielleicht wird die Aussicht, die Strafen auch wirklich bezahlen oder abtun zu müssen, dazu beitragen, einer Form der Propaganda den Garaus zu machen, die der Frauenbewegung nicht zum Vorteil gereicht.

Verfammlungen.

Die Arbeiterchaft der Firma Bergmann, Hennigsdorfer Straße, ist in Erregung geraten über mancherlei Vorkommnisse im Betriebe und verlangte eine öffentliche Besprechung derselben. Vom Deutschen Metallarbeiterverband wurde eine Betriebsversammlung einberufen, die am Donnerstagabend in den Pharusälen, Müllerstraße, stattfand und außerordentlich stark besucht war, auch von den Arbeiterinnen. Adolf Cohen als Referent gab den erhobenen Beschwerden der Arbeiter bereiten Ausdruck, die sich in der Hauptsache gegen schlechte, hochfahrende Behandlung, gegen ungerechte Entlassungen und gegen das eigenartige Verhältnis richteten, das in manchen Abteilungen zwischen Weisern und Werkführern und den Arbeiterinnen besteht. Mißstände anderer Art sind in früheren Betriebsversammlungen der Firma schon vorgetragen worden. Diesmal handelte es sich darum, daß die Arbeiter nicht ruhig zusehen wollen, wie ihre Vertrauensleute und gewählten Vertreter in den Arbeiterausschüssen drangaliert, schikaniert, schikaniert und in ungeredelter Weise entlassen werden. Ferner wollen sie nicht dulden, daß Weiser und Werkführer ihre Stellung den Arbeiterinnen gegenüber mißbrauchen und diese in eine Abhängigkeit bringen, die nicht stark genug beurteilt werden kann. Cohen machte besonders den Direktor Bundzius für die Verhältnisse, die so viel Unzufriedenheit erregt haben, verantwortlich, weil Beschwerden, die ihm vorgelesen werden, fruchtlos bleiben. Die Mitglieder des Arbeiterausschusses beklagten sich bitter über die Behandlung, die ihnen durch Direktor Bundzius zuteil wird; er nennt ihre Angaben, die nur noch genauer Prüfung vorgebracht werden, Lügen und spart auch sonst nicht mit Grobheiten den Vertretern der Arbeiter gegenüber. Die Beschwerdenführer sind gewöhnlich in Gefahr, unter nichtigen Vorwänden entlassen zu werden. Diese Entlassungen haben besondere Erbitterung hervorgerufen, weil sie immer nur Arbeitervertreter treffen oder Leute, die nach Ansicht der Arbeiter gerade recht behandelt haben. Ein Mann war schon 6 Jahre im Betriebe und mußte plötzlich ohne ersichtlichen Grund aufhören; er war mißliebiger geworden. Ein 60jähriger Arbeiter, der acht Jahre im Betriebe tätig war, mußte gehen, weil er sich „einem Vorgesetzten gegenüber nicht so benommen habe, wie es sich gehört“. Dieser alte Arbeiter hatte nämlich Leberleiden verweigert, womit er in den Augen seiner Kollegen nur recht handelte. Die Bestimmung, daß solche Entlassungen nur mit der Zustimmung der Direktion vorgenommen werden dürfen, ist bedeutungslos geworden, denn Direktor Bundzius unterjocht diese Fälle nicht, sondern bestätigt die Entlassungen einfach.

Die Ausführungen von Cohen fanden in der Diskussion volle Bestätigung und mancherlei Ergänzung. An die anwesenden Arbeiterinnen wandte sich noch Fraulein Grabow mit einer Ansprache als Mitglied des Arbeiterinnen-Agitationskomitees. Sie forderte die Arbeiterinnen zu größerer Einmütigkeit auf und zum Anschluß an die Organisation, wo sie mit ihren Beschwerden immer Gehör finden werden, wenn die anderen Stellen, die dazu in einem Betriebe eingesetzt sind, versagen.

Deutscher Transportarbeiterverband. Die Bau- und Arbeiterkammer aus den gewerkschaftlichen Fahrbetrieben Groß-Berlins hielten am Sonntag ihre Jahres-Generalversammlung ab. Den Geschäftsbericht erstattete Branchenberater Otto Franke. Nachdem die in Betracht kommenden Ausführe bereits im Jahre 1911 in den Betrieben Lichtenbergs und Neufölling eine Lohnbewegung erfolgreich durchgeführt hatten, hat die Organisation in der Gruppe weitere Fortschritte gemacht. Es waren dabei harte Kämpfe durchzuführen, bei denen sich die Mitglieder gut gehalten haben. Der neue Tarif konnte bei 111 Firmen, die zusammen 1437 Arbeiter beschäftigten, durchgesetzt werden. Einige Firmen schieden den von ihnen mitunterzeichneten Vertrag schon nach einigen Wochen willfürlich außer Kraft, so daß es hier zu einem Abwehrkampf kam. Auch dieser Kampf endigte mit dem vollen Siege der Arbeiter. Die allgemeine Bewegung der Ausführe in den Schwerfuhrwerksbetrieben hatte eine Lohnbewegung in der Berliner Räderbranche im Gefolge, indem die Ausführe bei den Firmen Wehr, Zappert und Weidner es absehten, Streikarbeit zu leisten und lieber einmütig die Arbeit niederlegten. Die Differenzen endigten damit, daß auch für diese Branche ein Tarif für 380 Ausführe und Stalleute abgeschlossen wurde.

Weiterhin kam ein Vertrag für die Arbeiter in der Zementbranche zustande. Was diesen Tarifabschluß besonders bemerkenswert macht, ist der Umstand, daß dieser Vertrag nie auch schon anders in neuerer Zeit die Unterwürigkeit des Zentralverbandes deutscher Arbeitgeber in dem Transport-, Handels- und Bergbauvergewerbe trägt.

Nachdem somit in diesen Branchen tarifliche Grundlagen geschaffen waren, hätte man annehmen können, daß die Unternehmer die von ihnen unterzeichneten Bestimmungen auch respektieren würden. Weit gefehlt! Ein großer Teil wenigstens von ihnen verfuhr, auf nicht mehr ganz originellem Wege die lästigen Kesseln abzustreifen; sie unternahmen den Versuch, eine gelbe Arbeiterorganisation zu gründen. Der Anschluß ist nicht gelungen. Die Ausführe waren auf dem Koffen, sie merzten auch fernerhin dafür sorgen, daß die gelbe Seuche nicht auch noch auf das Fuhrgewerbe übergreift.

Der Tätigkeitsbericht der Branchenleitung ergibt folgendes Bild. Es haben stattgefunden: 106 Branchenversammlungen, 628 Betriebsversammlungen, 48 Vertrauensmännerversammlungen und 102 Verhandlungen, macht insgesamt 884 Zusammenkünfte. Renouvements waren 227 zu verzeichnen.

An Unterstützungen hat die Branche der Bau- und Arbeiterkammer in dem vergangenen Geschäftsjahre nicht weniger als 36 000 R. alles in allem ausgegahlt.

Wie der Referent des weiteren mitteilt, muß bereits für die nächste Zukunft mit einem schweren Abwehrkampf gerechnet werden. Dringend notwendig sei es, die Unternehmer zur Einhaltung der

von ihnen abgeschlossenen Tarife zu erzielen. Mit einem einbringlichen Appell, rühmlich für die Organisation zu arbeiten, schloß Franke unter dem stürmischen Beifall der Versammelten seine Ausführungen.

Nachdem Sadow noch Bericht von der Delegiertenversammlung in Groß-Berlin erhalten hatte, wurde die Neuwahl der Branchenleitung vorgenommen. Diefelbe wurde einstimmig wiedergewählt. Ferner wurden 48 Delegierte zur Generalversammlung ernannt.

Ein Antrag, wonach monatlich pro Mitglied 10 Pf. extra bezahlt werden sollen, zwecks Entschädigung der Funktionäre, fand einstimmige Annahme. Es wurde ferner bekanntgegeben, daß der Vertrag mit der Firma Nikolai vom Transportarbeiterverband gekündigt worden ist.

Die Branchenleitung umfaßt folgende Personen: C. Franke, Branchenleiter; Schade, Branchenleiter; Sadow, Schriftführer; Froehling, Beisitzer, ferner Günther, G. Otto, Sommering, Fall, Becker und Jorz.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet Lindenstraße 69, vorn vier Treppen — Sprechstunde —, wochentags von 4 1/2 bis 7 1/2 Uhr abends, Sonnabends von 11 bis 12 Uhr abends statt. Jeder für den Briefkasten bestimmten Antrags ist ein Zehnmark und eine Post als Versicherung beizufügen. Briefliche Antwort wird nicht erteilt. Anfragen, denen keine Abnehmerantwort beigesetzt ist, werden nicht beantwortet. Gütige Fragen trage man in der Sprechstunde vor.

2. 100. Ja — S. 6. 16. Nur Ausführung derartiger Arbeiten ist der Vermittler verpflichtet, sofern nicht im Mietvertrag etwas anderes vereinbart ist. — **Beilage 10. Ja.** — **Katzen 11. Nein.** — **H. R. 100.** Der Verleiher bleibt für die Dauer eines Jahres haftbar. — **J. B. 28.** Anfechtung handelt es sich um eine Abtretung der Mieten, die zulässig ist. — **Abkündung Buch.** Die Verträge, die der Testamentsvollstrecker gemacht hat, erscheinen rechtskräftig. Sie sind daher auch zur Zahlung der Zinsen verpflichtet. Ein Anspruch auf Erstattung der Kosten würde nur dann bestehen, wenn nachweisbar ist, daß der Testamentsvollstrecker dem Prozeß verschuldet hat. Die Verjährungsfrist in dem bezeichneten Fall beträgt 30 Jahre. — **J. 1889.** Wiederholen Sie Ihre Anfrage und fügen Sie eine Abschrift des Testaments bei.

Eingegangene Druckschriften.

Lungen tuberkulose und Ankechtungsgefahr von Dr. A. Ritter von Ledwith-Richter. 28 S. G. Sclimski, Wien 1.
Das Invalidenhandbuc in Berlin. Von S. Strauch. Geh. 25 Pf.
Vor dem Halleischen Tore. Aus der Vergangenheit und Gegenwart der Tempelhof- Parkstadt. Von G. Schaeffer. Geh. 50 Pf.
Die Leistungen der höheren Lehranstalten in Preußen im Lichte der Statistik. Von Prof. Dr. Guder. 260 S., geb. 3 M.
Ausländische Kultur und Nutzpflanzen. Von Oberlehrer K. Trinius-Walter. 180 S., geb. 2,40 M.
Wissenschaft und Bildung. Bd. 116. Einführung in Goethes Faust. Von F. Henrich. — Bd. 103. Orientalische Kultur im Bilde. Von Dr. J. Dünker und Dr. G. Ramer. — Bd. 115. Staatsbürgerkunde. Von Geh.-Rat Prof. Dr. G. Bernheim. Quelle u. Meyer, Leipzig.
Titan. Roman von R. Kllas. 3 M., geb. 4 M. Th. Bestenbergs, Leipzig.
Geist des Orients. Monatschrift für Afrikanistik. 1. Jahrgang. Heft 1. Herausgeber: Dr. G. v. Staden. Jahrl. 10 M. Verlag des Orients, München.
Die Streitigkeit im Ruderklub. Herausgegeben vom Vorstande des Verbandes der Bergarbeiter. 50 Pf. — Die Streitigkeit vor Gericht. Stenograph. Bericht vom Prozeß Dr. Levi, Neumann u. Schöred. 51 S. G. Neumann u. Co., Bochum.

Marktpreise von Berlin am 15. März 1913. nach Ermittlungen des königl. Polizeipräsidiums. 100 Kilogramm Weizen, gute Sorte 19,40 bis 19,50, mittel 19,20—19,30, geringe 19,00—19,10. Roggen, gute Sorte 16,14—16,15, mittel 16,12—16,13, geringe 16,10—16,11 (ab Bahn). Futtergerste, gute Sorte 16,20—16,30, mittel 16,00—16,10, geringe 15,00—15,50. Hafer, gute Sorte 17,40—17,70, mittel 16,30—17,30 (incl. Wagen und ab Bahn).

Markthallenpreise. 100 Kilogr. Erbsen, gelbe, zum Kochen 30,00—50,00. Speisebohnen, weiße 35,00—60,00. Linien 35,00—60,00. Kartoffeln (Kleinbbl.) 5,00—10,00. 1 Kilogramm Rindfleisch, von der Keule 1,70—2,40. Rindfleisch, Bauchfleisch 1,30—1,80. Schweinefleisch 1,90—2,00. Kalbfleisch 1,40—2,40. Hammelfleisch 1,50—2,20. Butter 2,40—3,00. 60 Stück Eier 3,60—5,60. 1 Kilogramm Karotten 1,20—2,40. Kale 1,60—3,20. Janber 1,60—3,60. Gerdte 1,60—2,80. Barische 1,00—2,40. Schote 1,60—3,20. Weize 0,80—1,60. 60 Stück Äpfel 4,00—24,00.

Witterungsübericht vom 17. März 1913.

Stationen	Barometer-stand mittl.	Windrichtung	Wolkenhöhe	Wetter	Temp. u. d. Tag	Stationen	Barometer-stand mittl.	Windrichtung	Wolkenhöhe	Wetter	Temp. u. d. Tag
Wilmersdorf	754	SW	4	bedeckt	4	Haparanda	743	SW	2	Wolkenl.	-18
Hamburg	751	SW	3	bedeckt	4	Petersburg	743	SW	3	bedeckt	1
Berlin	750	SW	5	bedeckt	5	St. Petersburg	749	SW	6	Wolkenl.	5
Königsberg	757	SW	4	Wolkenl.	7	Aberdeen	746	SW	3	Wolkenl.	1
Frankfurt	762	SW	3	Wolkenl.	3	Paris	753	SW	3	bedeckt	7
Wien	763	SW	3	Wolkenl.	3						

Wetterprognose für Dienstag, den 18. März 1913.

Gutes Wetter, zeitweise auffarend, vorwiegend noch frühe mit geringen Niederschlägen und langsam abnehmenden westlichen Winden.
Berliner Wetterbureau.

Wasserstands-Nachrichten

der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau

Wasserstand	am 16. 3.	am 15. 3.	Wasserstand	am 16. 3.	am 15. 3.
Wemel, Mühl	138	+16	Saale, Großh.	143	-5
Pregel, Unterburg	138	+9	Havel, Spandau	78	-3
Wesche, Thon	232	+10	Mathenow	120	+2
Oder, Ratibor	148	-2	Spree, Spremberg	116	-2
Krausen	145	+8	Beckow	88	0
Brandenburg	139	+8	Bejer, Müden	212	-9
Barthe, Schrimm	94	0	Wimber	322	-8
Landberg	73	+2	Rhein, Maximiliansau	331	+4
Rege, Sordam	44	0	Saub	154	+1
Elbe, Zeitmerg	82	-8	Böhm	156	-7
Dresden	-68	+1	Redar, Heildorn	65	-15
Berlin	217	-9	Rain, Hanau	165	0
Magdeburg	174	-6	Wesche, Zier	66	-2

+) + bedeutet Hoch, - Fall. - *) Unterpegel. - *) möglicher Gang. - *) Eisfrei.

Todes-Anzeigen

Sozialdemokratischer Wahlverein i. d. 2. Berl. Reichstagswahlkreis.

Hierdurch die traurige Mitteilung, daß unser Mitglied **Frau Hedwig Röhl** am 14. März unerhofft aus dem Leben geschieden ist.

Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 19. März, nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Halle des Heilig-Kreuz-Kirchhofes in Mariendorf, Eisenacher Straße, aus statt.

Der Vorstand.

Sozialdemokratischer Wahlverein i. d. 4. Berl. Reichstagswahlkreis.

Hierdurch die traurige Mitteilung, daß unser Mitglied **Wilhelm Rehdanz** am 14. März unerhofft aus dem Leben geschieden ist.

Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 19. März, nachmittags 2 1/2 Uhr, von der Halle des Emmaus-Kirchhofes in Neukölln, Hermannstraße, aus statt.

Der Vorstand.

Deutscher Bauarbeiter-Verband Zweigverein Berlin.

Hierdurch die traurige Mitteilung, daß unser Mitglied **Wilhelm Rehdanz** am 14. März unerhofft aus dem Leben geschieden ist.

Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 19. März, nachmittags 2 1/2 Uhr, von der Halle des Emmaus-Kirchhofes in Neukölln, Hermannstraße, aus statt.

Der Vorstand.

Sozialdemokratischer Wahlverein i. d. 4. Berl. Reichstagswahlkreis.

Hierdurch die traurige Mitteilung, daß unser Mitglied **Berta Gutzeit** am 14. März unerhofft aus dem Leben geschieden ist.

Die Beerdigung findet heute nachmittags 4 1/2 Uhr, von der Halle des Heilig-Kreuz-Kirchhofes in Mariendorf, Eisenacher Straße, aus statt.

Der Vorstand.

Sozialdemokratischer Wahlverein i. d. 4. Berl. Reichstagswahlkreis.

Hierdurch die traurige Mitteilung, daß unser Mitglied **Berta Gutzeit** am 14. März unerhofft aus dem Leben geschieden ist.

Die Beerdigung findet heute nachmittags 4 1/2 Uhr, von der Halle des Heilig-Kreuz-Kirchhofes in Mariendorf, Eisenacher Straße, aus statt.

Der Vorstand.

Hermann Löffler

Hierdurch die traurige Mitteilung, daß mein lieber Mann und guter Vater, der Arbeiter **Hermann Löffler** am Sonnabend verstorben ist.

Die Beerdigung findet am Dienstag, nachm. 1/2 Uhr, vom Trauerhause, Brunnenstr. 122 aus nach dem städtischen Kirchhof statt. Dies zeigen hierbeiliegend an **Frau Löffler geb. Baribel** nebst Kindern. 2954b

Sozialdemokratischer Wahlverein i. d. 6. Berl. Reichstagswahlkreis

Hierdurch die traurige Mitteilung, daß unser Mitglied **Hermann Löffler** am 15. d. Mts. verstarb unser Genosse, der Arbeiter

Die Beerdigung findet heute Dienstag, nachmittags 1/2 Uhr, vom Trauerhause aus nach dem städtischen Kirchhof in der Müllerstraße, Ecke Seestraße, statt.

Um rege Beteiligung ersucht **Der Vorstand.** 226/9

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Hierdurch die traurige Mitteilung, daß unser Mitglied, der Masch.-Arbeiter **Hermann Löffler** am 15. März cr., an Lungenerkrankung gestorben ist.

Die Beerdigung findet am Dienstag, den 18. März, nachmittags 1/2 Uhr, vom Trauerhause aus nach dem städtischen Kirchhof in der Müllerstraße statt.

Um rege Beteiligung ersucht **Die Ortsverwaltung.** 115/9

Verhand der Fabrikarbeiter Deutschlands.

Hierdurch die traurige Mitteilung, daß unser Mitglied **August Müller** am 14. März verstarb unser Genosse, der Arbeiter

Die Beerdigung findet heute Dienstag, den 18. März, nachmittags 4 1/2 Uhr, von der Halle des Emmaus-Kirchhofes in Neukölln, Hermannstraße, aus statt.

Um rege Beteiligung ersucht **Der Vorstand.** 141/10

Sozialdemokratischer Wahlverein i. d. 4. Berl. Reichstagswahlkreis.

Hierdurch die traurige Mitteilung, daß unser Mitglied **Emil Buchholz** am 14. März unerhofft aus dem Leben geschieden ist.

Die Beerdigung findet heute nachmittags 4 1/2 Uhr, von der Halle des Heilig-Kreuz-Kirchhofes in Mariendorf, Eisenacher Straße, aus statt.

Der Vorstand.

Deutscher Transportarbeiter-Verband.

Hierdurch die traurige Mitteilung, daß unser Mitglied **Hermann Böhlke** am 14. März im Alter von 45 Jahren verstorben ist.

Die Beerdigung findet am Dienstag, den 18. März, nachmittags 4 1/2 Uhr, von der Halle des Emmaus-Kirchhofes in Neukölln, Hermannstraße, aus statt.

Um rege Beteiligung ersucht **Die Bezirksverwaltung.** 63/4

Dankfagung.

Für die zahlreichen Beweise herzlicher Teilnahme und die herrlichen Kranzgebunden bei der Beerdigung unserer lieben Mutter **Auguste Hoffmann geb. Speck** sagen wir allen Verwandten, Freunden und Bekannten unseren tiefgefühltesten Dank. **Die trauernden Kinder.** 64K

Dankfagung.

Für die vielen Beweise herzlichster Teilnahme beim Heimzuge unseres lieben Vaters, Bruders, Onkels, Schwagers, Schwieger- und Großvaters **Otto Wolff** sagen wir allen Freunden und Bekannten, dem Verband der Zimmerer Deutschlands, dem Beerdigungsberein der Zimmerer Neukölln, dem Gelangsberein der Köpfer und insbesondere unserem lieben Onkel, dem Zimmermeister Fritz Wolf für alles, was er unserem Vater gutes getan hat, unseren herzlichsten Dank. 2944b

Dankfagung.

Für die vielen Beweise herzlichster Teilnahme und die herrlichen Kranzgebunden bei der Beerdigung meines lieben Mannes sage ich allen meinen besten Dank. **Frau Giese nebst Kindern.** 39K

Dankfagung.

Für die vielen Beweise herzlichster Teilnahme und die herrlichen Kranzgebunden bei der Beerdigung meines lieben Mannes sage ich allen meinen besten Dank. **Frau Giese nebst Kindern.** 39K

Dankfagung.

Für die vielen Beweise herzlichster Teilnahme und die herrlichen Kranzgebunden bei der Beerdigung meines lieben Mannes sage ich allen meinen besten Dank. **Frau Giese nebst Kindern.** 39K

Dankfagung.

Für die vielen Beweise herzlichster Teilnahme und die herrlichen Kranzgebunden bei der Beerdigung meines lieben Mannes sage ich allen meinen besten Dank. **Frau Giese nebst Kindern.** 39K

Dankfagung.

Für die vielen Beweise herzlichster Teilnahme und die herrlichen Kranzgebunden bei der Beerdigung meines lieben Mannes sage ich allen meinen besten Dank. **Frau Giese nebst Kindern.** 39K

Dankfagung.

Für die vielen Beweise herzlichster Teilnahme und die herrlichen Kranzgebunden bei der Beerdigung meines lieben Mannes sage ich allen meinen besten Dank. **Frau Giese nebst Kindern.** 39K

Dankfagung.

Für die vielen Beweise herzlichster Teilnahme und die herrlichen Kranzgebunden bei der Beerdigung meines lieben Mannes sage ich allen meinen besten Dank. **Frau Giese nebst Kindern.** 39K

Dankfagung.

Für die vielen Beweise herzlichster Teilnahme und die herrlichen Kranzgebunden bei der Beerdigung meines lieben Mannes sage ich allen meinen besten Dank. **Frau Giese nebst Kindern.** 39K

Dankfagung.

Für die vielen Beweise herzlichster Teilnahme und die herrlichen Kranzgebunden bei der Beerdigung meines lieben Mannes sage ich allen meinen besten Dank. **Frau Giese nebst Kindern.** 39K

Dankfagung.

Für die vielen Beweise herzlichster Teilnahme und die herrlichen Kranzgebunden bei der Beerdigung meines lieben Mannes sage ich allen meinen besten Dank. **Frau Giese nebst Kindern.** 39K

Dankfagung.

Für die vielen Beweise herzlichster Teilnahme und die herrlichen Kranzgebunden bei der Beerdigung meines lieben Mannes sage ich allen meinen besten Dank. **Frau Giese nebst Kindern.** 39K

Dankfagung.

Für die vielen Beweise herzlichster Teilnahme und die herrlichen Kranzgebunden bei der Beerdigung meines lieben Mannes sage ich allen meinen besten Dank. **Frau Giese nebst Kindern.** 39K

Dankfagung.

Für die vielen Beweise herzlichster Teilnahme und die herrlichen Kranzgebunden bei der Beerdigung meines lieben Mannes sage ich allen meinen besten Dank. **Frau Giese nebst Kindern.** 39K

Dankfagung.

Für die vielen Beweise herzlichster Teilnahme und die herrlichen Kranzgebunden bei der Beerdigung meines lieben Mannes sage ich allen meinen besten Dank. **Frau Giese nebst Kindern.** 39K

Dankfagung.

Für die vielen Beweise herzlichster Teilnahme und die herrlichen Kranzgebunden bei der Beerdigung meines lieben Mannes sage ich allen meinen besten Dank. **Frau Giese nebst Kindern.** 39K

Dankfagung.

Für die vielen Beweise herzlichster Teilnahme und die herrlichen Kranzgebunden bei der Beerdigung meines lieben Mannes sage ich allen meinen besten Dank. **Frau Giese nebst Kindern.** 39K

Dankfagung.

Für die vielen Beweise herzlichster Teilnahme und die herrlichen Kranzgebunden bei der Beerdigung meines lieben Mannes sage ich allen meinen besten Dank. **Frau Giese nebst Kindern.** 39K

Dankfagung.

Für die vielen Beweise herzlichster Teilnahme und die herrlichen Kranzgebunden bei der Beerdigung meines lieben Mannes sage ich allen meinen besten Dank. **Frau Giese nebst Kindern.** 39K

Deutscher Holzarbeiter-Verband

Die Bureaus und Arbeitsnachweise sind der Feiertage wegen geschlossen: Am **Sonnabend**, den 22. März, nachmittags von 1 Uhr ab; am **Montag**, den 24. März, und **Dienstag**, den 25. März, den ganzen Tag.

Achtung! Arbeitslose. Achtung!

Die Auszahlung der Arbeitslosen-Unterstützung erfolgt für die Kollegen, welche am **Donnerstag**, den 20., und **Freitag**, den 21. März, an der Reihe sind, am **Donnerstag**, den 20. März.

Die Kollegen, welche **Sonnabend**, den 22., und **Montag**, den 24. März, an der Reihe sind, müssen am **Donnerstag**, den 20. März, Mitgliedsbuch und Arbeitslosenkarte auf dem Arbeitsnachweis abgeben und erhalten am **Sonnabend**, den 22. März, ihre Unterstützung in der für **Sonnabends** festgesetzten Reihenfolge.

Die am **Dienstag**, den 25. März, fällige Unterstützung wird am **Mittwoch**, den 26. März, mit ausgezahlt.

Sonntag, den 23. März (1. Osterfeiertag): Urania-Vorstellung

Laubenstraße 48/49: **Paris und die Königsschlösser** (Vortrag mit Lichtbildern). 80/14
Eröffnung des Hoftheaters 4 Uhr, Beginn der Vorstellung pünktlich 5 Uhr.
Billets incl. Garderobe a 65 Pf. sind im Bureau, Engelfufer 14, zu haben.

Korbmacher.

Mittwoch, den 19. März, im „Gewerkschaftshaus“, Saal 4 (Arbeitslosenlokal), Engelfufer 14:
Branchen-Versammlung.

1. Der Arbeitsnachweis als Sammelmittel im Wirtschaftsleben. Referent: Kollege H. Leopold. 2. Verhandlungsangelegenheiten. 3. Branchenangelegenheiten. — Mitgliedsbuch legitimiert.

H. & P. Uder, Berlin SO. 16, Engel-Ufer 5.

Tabak-Großhandlung und Tabakfabrik.
Rauch-, Kau-, Schnupftabake, Zigarren, Zigaretten.
Vorteilhafteste Bezugsquelle für Wiederverkäufer.
Größte Auswahl gelagerter Zigarren in allen Preislagen.
Sämtliche be- **Zigaretten** zu **Originalpreisen.**
kannten Marken **Amt 4, 3014.**

Trinkt WERF WERmuth Frucht Trunk

schmackhaft — magenstärkend
Kein Branntwein — Kein Likör

Engelhardt

Caramel-Bier
Alkoholarm — Aerztl. empfohlen
extraktreich, nahrhaft, bekömmlich

Möbel-Angebot.

Einzelne Möbelstücke
Größe Rücksicht bei Krankheit und Arbeitslosigkeit.
Lieferer auch auswärts, Abzahlung wöchentlich, monatlich resp. nach Vereinbarung.
Vorzeiger dies. Inserats erhält beim Kauf 5 M. gutgeschrieben.
Karfreitag 12—2 geöffnet.

Billige Backartikel.

- Feinstes Kaiser-Auszugmehl . . . 20 Pf.
- „ Deutsches Auszugmehl . . . 18 Pf.
- „ Weizenmehl . . . 16 Pf.
- Zulfana, feinste Auslese . . . 70 Pf.
- „ „ . . . 60 Pf.
- Rosinen, große helle Frucht . . . 60 Pf.
- Corinthen, feinste . . . 38 Pf.
- Riesen-Mandeln, süß und bitter . . . 140 Pf.
- Mandeln II., süß . . . 110 Pf.
- Zuccade (Zitronat) . . . 70 Pf.
- Feinste Hamburger Getreidehefe . . . 60 Pf.
- Zucker, fein gemahlen . . . 20 Pf.
- Feinste gemahlene Brotraffinade . . . 45 Pf.

Kaffee billiger! garantiert rein schmeckend pro Pfund M. 1,40.

Georg Bethke

Zentrale: Berlin SO 33, Muskauer Str. 44.
Neukölln Treptow
Elbestraße 33, Kaiser-Friedrich-Straße 64, Graetzstraße 64.
Weserstraße 199, Friedelstraße 23.

Möbel-Cohn

1. Geschäft: Gr. Frankfurter Str. 58
2. Geschäft: Grüner Weg 109
Bitte genau auf Hausnummern zu achten.

Möbel auf Kredit

Riesen-Auswahl
Anzahlungen auf Stube und Küche:
Mark 15 30 50 75
bis 25 bis 45 bis 70 bis 160

Moderne
Schlaf-, Speise-, Herren- und Wohnzimmer
jeder gewünschten Art von 40 M. Anzahlung an.
Einzelne Möbelstücke
Größe Rücksicht bei Krankheit und Arbeitslosigkeit.

Lieferer auch auswärts, Abzahlung wöchentlich, monatlich resp. nach Vereinbarung.
Vorzeiger dies. Inserats erhält beim Kauf 5 M. gutgeschrieben.
Karfreitag 12—2 geöffnet.

Kranzspenden

sowie familiäre Blumenarrangements
Nehert schnell und billig **Paul Gross**, Lindenstr. 69, Tel. 241. 7203.

Verband der sozialdem. Wahlvereine Berlins und Umgegend.

Dienstag, den 18. März, abends pünktlich 8¹/₂ Uhr:

General-Versammlungen

der sechs Berliner Reichstagswahlkreise.

Gemeinsame Tagesordnung aller Versammlungen:

1. Vortrag über:

Märzerrungenschaften und preußische Wahlrechtsbewegung.

2. Aufstellung der Kandidaten zur Landtagswahl.

1. Wahlkreis

Corona-Prachtsäle, Kommandantenstr. 72

Referent: Genosse Heinrich Ströbel.

2. Wahlkreis

Boß-Brauerei, Tempelhofer Berg

Referent: Genosse Hermann Müller.

3. Wahlkreis

Dresdener Kasino, Dresdener Straße 96

Referent: Genosse Theodor Glocke.

4. Wahlkreis

Konzert- und Festsäle, Koppenstraße 29

Referent: Genosse Adolf Hoffmann.

5. Wahlkreis

Königsäle, Neue Königstraße 26 (Eingang Wabzigerstr.)

Referent: Genosse Robert Schmidt.

6. Wahlkreis

Germania-Prachtsäle, Chausseestraße 110

Referent: Genosse Georg Ledebour.

Die Besetzung der Generalversammlung im vierten und sechsten Wahlkreis erfolgt durch Delegierte.

Im vierten Wahlkreis wird außerdem noch über folgende Anträge Beschluß gefaßt:

- den Antrag betreffend die Abholung der fälligen Monatsbeiträge.
- Zahlung einer Entschädigung an die Einkassierer.
- Abänderung der Ausführungsbestimmungen zu §§ 2, 6, 8 und 10.
- Wahl eines Kreis-Bildungsausschusses.

==== Mitgliedsbuch resp. Delegiertenkarte legitimiert! ====

Die Vorstände.

Verband der Maler, Lackierer, Anstreicher usw.

Bureau: Reichsstraße 28, part.
Fernsprecher Amt Wpl. Nr. 4787.

Filiale Berlin.

Arbeitsnachweis: Rüdigerstraße 9
Fernsprecher: Amt Norden 8708

Heute Dienstag, den 18. März 1913, abends 6¹/₂ Uhr,

Mitglieder-Versammlung

in der Brauerei Friedrichshain (Königstor).

Tagesordnung:

Unsere Lohnbewegung.

Wir erwarten, daß alle Kollegen vollzählig erscheinen!

Mitgliedsbuch oder Streikkarte legitimiert.

Die Ortsverwaltung.

138/1*

Oeffentl. Versammlung.

Ist Jesus gekrenzt?

Vortrag des Landtagsabgeordneten Adolf Hoffmann
am Karfreitag, den 21. März, abends 6¹/₂ Uhr, in Riems Fest-
sälen, Hasenheide 13-15.

Nach dem Vortrage Diskussion.

Eintrittspreis 10 Pf.

537*

Der Einberufer.

A. Harndt, Doppelallee 16.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Verwaltungsstelle Berlin. C. 54, Finienstr. 83-85.

Verwaltung: Amt Norden 1987. Kassierer: Amt Norden 185. Arbeitsnachweis: Amt Norden 1239, 2714.

Mittwoch, den 19. März 1913, abends 8¹/₂ Uhr:

Branchen-Versammlung der Schmiede, Kesselschmiede und Autogenschweißer in Bölers Festsälen, Weberstraße 17.

Tagesordnung:
1. Vortrag des Kollegen Adolf Cohen. 2. Diskussion. 3. Branchen-angelegenheiten und Verschiedenes.

Mitgliedsbuch legitimiert.
Kollegen! Wir erwarten zahlreichen Besuch. Die Branchenkonferenz für Monat März fällt aus.

Mittwoch, den 19. März 1913, abends 8¹/₂ Uhr:

Mitglieder-Versammlung für Adlershof

im Lokale von Raul, Bismarckstraße 16.

Tagesordnung:
1. Bericht von der außerordentlichen Generalversammlung. 2. Stellungnahme zur ordentlichen Generalversammlung. 3. Bericht der Delegierten von der Unterkommision. 4. Verschiedenes.

Mitgliedsbuch legitimiert.
Zahlreicher Besuch wird erwartet.

Donnerstag, den 20. März 1913, abends 8 Uhr: Monatsversammlung der Bauanschläger im Gewerkschaftshause, Engelauer 15, Saal I.

Tagesordnung:
1. Verbands- und Branchenangelegenheiten. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.

Kollegen, es stehen wichtige Angelegenheiten zur Beratung. Darum ist es Pflicht eines jeden Kollegen, in der Versammlung zu erscheinen.

Der Feiertag wegen bleibt das Bureau an folgenden Tagen geschlossen: Sonnabend, den 22. März, nachmittags. — Montag, den 24. März, den ganzen Tag. — Dienstag, den 25. März, nachmittags. 115/2

Die Ortsverwaltung.

Oeffentliche politische Versammlung Anarchisten! Sozialisten!

Am Dienstag, den 18. März 1913, abends 8¹/₂ Uhr, findet bei
Hrn. Brunnenstraße 181, eine

Oeffentliche Versammlung

am

Der 18. März.

Referent: G. Loos.

Freie Rede. Zahlreiche Beteiligung erwartet.

Union anarchistischer Vereine Berlins.

Der Einberufer: Ernst Deder, Berlin-Pantow, Solankstraße 126.

Verband der Steinsetzer, Pflasterer u. Berufsg.

Tarifbezirk Groß-Berlin.

Donnerstag, den 20. März 1913, abends 7 Uhr:

Versammlung aller im Tarifgebiet gelegenen Filialen in den Sophiensälen, Sophienstr. 17/18, gr. Saal.

Tagesordnung:
1. Bericht der Schlichtungskommission über die stattgefundenen Tarifverhandlungen. 2. Diskussion.

Der wichtigen Tagesordnung halber ist es Pflicht jedes einzelnen Verbandkollegen pünktlich zu erscheinen. 175/6

Die Schlichtungskommission.



**LÖWEN
BIERE**
SIND AUF DER HÖHE

Jahresumsatz:
1902/3 ca. 43.600 hl.
1911/12 ca. 200.000 hl.
Export nach allen
Weltteilen.

Löwen-Urgold
in Kannen, Siphons, Flaschen
überall käuflich

oder Fernsp. Nord. 10 370-10 372.
Löwen-Brauerei A.-G.,
Berlin N.



Wolff
scheuern Ihr
sauber u. feste,
nehmt

Blendax
denn das ist das
Beste!

Pakete zu 10, 20 und 25 Pfennig.
Fabrik: Urban & Lemm, Charlottenburg.

Kios
Cigaretten



Kurprinz 3 Pf.
Fürsten 4
Welt-Macht 5
Auto-Klub 6
Aero-Klub 10

Kleine Berliner
Stück 2 Pf.

Statistisches zur Rechtsprechung in Unfallversicherungssachen.

g. h. Der soeben erschienene Geschäftsbericht des Reichsversicherungsamtes für das Jahr 1912 bringt wieder die Uebersicht über die Rechtsprechung in Unfallversicherungssachen.

Die Zahl der berufsfähigen Bescheide weist eine eigentümliche Schwankung auf. Es wurden erlassen im Jahre 1908 im ganzen 422 012 berufsfähige Bescheide

In den Jahren 1910 und 1911 sehen wir einen beträchtlichen Rückgang, dem aber im letzten Jahre eine um so größere Zunahme gefolgt ist.

gestiegen. In der landwirtschaftlichen Unfallversicherung dagegen ist sie fast unverändert geblieben:

Wodurch die Schwankung in der gewerblichen Unfallversicherung herbeigeführt ist, läßt sich im einzelnen nicht genügend übersehen, da die Angaben, die hier in Betracht kommen — die Zahl der zum erstenmal entschädigten Unfälle und die Zahl der Bescheide wegen veränderter Verhältnisse — nur für die ganze Unfallversicherung vorliegen.

Nach einer vorläufigen Ermittlung belief sich die Zahl aller Unfälle, die bei den Berufsgenossenschaften, Reichs-, Staats-, provincial- und gemeindlichen Ausführungsbehörden zum ersten Mal entschädigt worden sind,

Table with 2 columns: Year, Number of cases. Rows for 1908, 1909, 1910, 1911, 1912.

Das letzte Jahr weist eine verhältnismäßig große Zahl derartige Unfälle auf. Sie erreicht jedoch nicht die Zahl des Jahres 1908. Trotzdem ist die Zahl der berufsfähigen Bescheide im Jahre 1912 um fast 3000 größer als im Jahre 1908.

Unter den berufsfähigen Bescheiden waren solche, die eine neue Feststellung der Entschädigung infolge Veränderung der Verhältnisse, Ruhen der Rente und Abfindung zum Gegenstand hatten,

Table with 2 columns: Year, Number of cases. Rows for 1908, 1909, 1910, 1911, 1912.

Hier finden wir das letzte Jahr mit einer recht hohen Zahl, die hinter der höchsten — des Jahres 1909 — nicht weit zurückbleibt.

Demnach ist anzunehmen, daß zu der außergewöhnlich hohen Zahl der Bescheide in der gewerblichen Unfallversicherung sowohl eine größere Zahl von Unfällen als auch eine größere Zahl von Herabsetzungen der Rente infolge Veränderung der Verhältnisse mitgewirkt haben.

Die Berufsgenossenschaften konnten nach dem bisherigen Recht die Unfallentschädigung durch Bescheid nur innerhalb der ersten fünf

Jahre von der Rechtskraft der ersten Feststellung ab neu feststellen. Später durfte dies nur auf Antrag durch Entscheidung des Schiedsgerichts geschehen.

Table with 2 columns: Year, Number of cases. Rows for 1912, 1911, 1910, 1909, 1908.

Wiederum zeigt sich eine verhältnismäßig große Zunahme, deren Bedeutung wir aber erst dann richtig erkennen können, wenn wir die Zahlen für die gewerbliche Unfallversicherung und für die landwirtschaftliche neben einander stellen.

Table with 3 columns: Year, Industrial cases, Agricultural cases. Rows for 1912, 1911, 1910, 1909, 1908.

Die Zunahme beschränkt sich fast ausschließlich auf die gewerbliche Unfallversicherung. Im letzten Jahre weist die landwirtschaftliche Unfallversicherung sogar eine Abnahme auf.

Die Zahl der Streitfachen, mit denen sich die Schiedsgerichte (Oberversicherungsämter) zu befassen hatten, betrug:

Table with 2 columns: Year, Total cases. Rows for 1912, 1911, 1910, 1909, 1908.

Von den Fällen, die die Schiedsgerichte entschieden haben, fielen aus zu Gunsten des

Table with 3 columns: Year, Pensioner cases, Insured cases. Rows for 1912, 1911, 1910, 1909, 1908.

Das Verhältnis hat sich im Laufe der letzten Jahre nur unwesentlich verschoben. Die große Mehrzahl der Streitfälle wird zu ungunsten der Rentenbewerber entschieden.

Zunächst sind die gesetzlichen Bestimmungen für die Rentenbewerber sehr ungünstig. Viele Rentenbewerber können es nicht begreifen, daß sie nicht mehr zu verlangen berechtigt seien, als ihnen die Berufsgenossenschaften bieten, und glauben den Sachverständigen nicht, die ihnen von einer Berufung abraten.

Grünberzeit sein eigentliches Feld zu finden wußte: die Einführung der Wiener Cafés in seiner Vaterstadt, die Errichtung des Kaiserhofes, die Anlage der Hofstraße u. a. m. gehen auf ihn zurück.

Am 18. März, einem Sonnabend, ging ich nachmittags über den Schloßplatz nach dem Laboratorium des Römischen Gymnasiums.

Der lange Abend und die Nacht vergingen in hanger Erwartung: man hörte das Kleingewehrfeuer, das Donnern der Artillerie an verschiedenen Stellen war der Horizont von Feuerfchein erleuchtet.

Die Zahl der beim Reichsversicherungsamt anhängig gewordenen Rekurse betrug:

Table with 2 columns: Year, Total cases. Rows for 1912, 1911, 1910, 1909, 1908.

Die Zahl ist seit dem Jahre 1910 ständig gefallen: ein Beweis, daß das Geschrei über die immer schlimmer werdende Belastung des Reichsversicherungsamtes übertrieben war.

Die Abnahme ist dadurch herbeigeführt, daß in einem immer kleineren Teile der Fälle Rekurse eingelegt wird.

Der Rückgang zeigt sich sowohl in der gewerblichen Unfallversicherung, als auch in der landwirtschaftlichen und sowohl bei den Rekursen der Rentenberechtigten als auch bei denen der Versicherungssträger.

Der Ausgang der Klagen ist auch vor dem Reichsversicherungsamt in den meisten Fällen für die Rentenbewerber ungünstig, jedoch ist eine allmähliche Besserung in dieser Beziehung nicht zu verkennen.

Um m. Ob die Besserung, die hier von den seit dem 1. Januar in Kraft getretenen Vorschriften erhofft wird, in der Tat eintreten wird, erscheint sehr fraglich.

Zum Sternnickel-Prozeß.

Aus Arbeiterkreisen gehen uns unter anderem folgende Zeilen zu: Der Sternnickel-Prozeß, der in so schrecklicher Weise beendet wurde, gibt doch zum Denken besonderen Anlaß.

Pflastersteinen, die hinaufgeschleppt waren, um den stürmenden Soldaten auf die Köpfe geworfen zu werden.

Geschmückt mit dreifarbigem, schwarz-rot-goldenen Kolarkben und Schleifen, die in improvisierten Buden feilgehalten wurden, ludt der Abiturient in Begleitung eines Mitschülers seinen Direktor August auf, den er durch einen Säbelschlag verwundet und in tiefer Trauer über den Tod seines Kessens Holzenborff findet; dieser war für den Versuch, seine Lante zu schlingen, von den eindringenden Soldaten grund- und zweifelslos massakriert worden.

Angeht dieser Ereignisse war an das mündliche Gedenken, das dem Beendeten schriftlichen hätte folgen sollen, vorderhand nicht zu denken, vielmehr hatten die Herren Primaner auch nichts Besseres zu tun, als „Bürgerwehr“ zu spielen und unter Führung ihres Direktors ein fliegendes Korps zu bilden; equipiert mit Artilleriegeschlepppfebel, weißer Mütze mit tricolorerm Rand und einer Art Schützenjoppe nahm man das Kasinierzimmer der Hauptpost zum Hauptquartier.

Unbegreiflich ist es mir stets gewesen, wie der Mann, der damals so gänzlich den Kopf verloren hatte, sich so tief erniedrigt hatte, später es aber Herz bringen konnte, andere wegen lange nicht so schlimmer Taten in dieser Zeit zu bestrafen.

Prostitution und Schauspielkunst. In der Nachtversammlung, in der über die Rot der Kinoschauspieler verhandelt wurde, kam auch zur Sprache, daß Prostituierte als Kinoschauspielerinnen agieren.

Daß eine Prostituierte sich unter die Kinoschauspielerinnen vertiert, würde sich am Ende ertragen lassen. Schlimmer ist es schon, daß in unserem ganzen normalen Theaterleben die Prostitution sozusagen zum Handwerk gehört.

Totenklage.

Doch von Tränen wollen wir nichts wissen, nichts von Klagen oder stillem Schmerz um die Opfer, die er hingerissen, jener zweimal blutigrote März.

Sie, von denen uns die Lieder melden, fielen ohne Wehr und Gegein. Nimm es uns, den Enkeln jener Helden, die wir feiern wollen, weich zu sein?

Anders töne unsre Totenklage, fest und festlich, wie ein Kämpfer singt, daß sie laut an alle Ohren schlage, daß sie werdend durch die Länder klingt.

Wie ein Aufschrei soll das Lied erschallen, wie ein Schwur und eine Zuversicht, daß auch uns, wenn dann die Würfel fallen, daß auch uns nicht Heldenmut gebricht.

Preißt die Welt seit alters den Helden, der im Kampfe fiel fürs Vaterland, haben endlich wir den wahrhaft hohen, einzig höchsten Opfertod erkannt.

Lauter tönt das Lied zu ihrem Preise, die gefallen für das beste Gut. Nicht für eines Volkes enge Kreise, für der Völker Freiheit floß ihr Blut.

Ja, kein Opfer will ihr Tod bedeuten nur für eines Volkes kurze Zeit; dieses Opfer gilt für alle Zeiten, gilt der Menschheit und der Menschlichkeit.

Rudolf Franz.

Erinnerungen an die Märztage. Die authentischen Dokumente über die Berliner Märztage von 1848 mehren sich beargwöhnigend nur spärlich. Einmal werden der Augenzeugen immer weniger, dafür wird andererseits, da sie vorwiegend dem gesättigten Bürgerstum angehören, das Bedürfnis, den revolutionären Geist ihrer Vergangenheit zu verleugnen, immer stärker.

urteilen Schlemens und Georg Kersten in der Herberge in Münchenberg. Als sie infolge Krankheit die Arbeit nicht leisten konnten, pflegte die Christenheit sie nicht, sondern jagte sie davon. Da kam die Versuchung. Der Versuchter sprach: Ein Bauer hat fünfzigtausend Mark geerbt, so viel brauche er nicht, also nehmen wir, die bedürftig sind, einen Teil. War da schwer zu entscheiden, ob man im kalten Januar im Freien kumpieren sollte, um vielleicht erfrizierend im Chausseegraben zu enden, oder es lieber vorzuziehen, den Griff in eine gefüllte Kassetten zu tun? Im Geiste sahen sich die Wanderer bereits in dem Hause des Bauern, dem ja nichts zuwide geant werden sollte. Sie sahen sich wieder mit geldgefüllten Taschen fortgehen. ... Also nicht bezwecken, sondern leben! Gaben die Drei daran gedacht, daß sich dies Bild verändern könnte? Wohl kaum! Der Versuchter hätte sicher nicht so leichtes Spiel gehabt, wenn den Kranken Arbeitern die bekannte Kompostschüssel nicht — vorzuziehen worden wäre.

Man sieht also, daß die Besitzenden die Armen verkommen lassen. Die stillos hoch stehen dagegen diejenigen, die trotz ihrer Armut den Mitmenschen helfen. Hier einen Fall. Meine erste Wanderung führte mich nach Frankfurt a. O. Eine Eintragung im Verbandsbuch fehlte und dieses wurde vom Funktionär nach Berlin geschickt. Ich war nun drei Tage lang ohne einen Pfennig Geld. Da waren es alte Leute, die vom Betteln leben mußten und ganz uneigennützig für mich jungen Fremden sorgten. Die drei Tage waren sehr lehrreich. Ich erkannte hier wie auch später Intelligenz, Moral und Herzengüte unter manchem zerrissenen Mantel. Die bürgerliche Gesellschaft hat freilich diese Artikel in Geld ertrudelt.

Wie man zum Räuber werden kann, zeigt folgende Begebenheit. Die mir und zwei anderen Deutschen im südlichen Italien passierte. Es regnete furchtbar. Um einen kürzeren Weg zu nehmen, mußten wir einen Waldweg überschreiten. Wir verirrten uns und mußten mehrere Stunden in einem vom Wasser gezeichneten und jetzt auch vom Regen gefüllten Weg gehen. Der Wald selbst war unpassierbar. Schließlich ging es durch ein Tornengebüsch, das unsere leichten Mäntel zerriss. Dann kam endlich eine Festung in Sicht. Der Anhaber weigerte sich, uns etwas zu essen zu geben, auch nicht gegen Geld. Da übermannte uns doch der Jörn und wir nahmen in seinem Weisem Feldfrüchte, Rüben aus seinem Garten und Äpfel. Das hatte der gute Mensch nicht erwartet und — schämte sich; er bot uns Speise an, die wir dann ablehnten. Was wäre wohl geschehen, wenn der Mann rapirt worden wäre? Dann würden die bürgerlichen Zeitungen geseiert haben über die Bande, die eine friedliche Festung überfiel usw. Und wir wollten doch nur unseren Hunger stillen. Wir hatten durchaus nicht das Bedürfnis, silberne Köffel zu stehlen.

Auch im berühmten Sommerland konnte ich recht ideale Hände in den Wandererpflegungsstellen feststellen. Ideal nach den Begriffen derjenigen, die an ihrer Tür das Schild haben: „Mitglied des Vereins gegen Wanderbettelei“. Behauptet wird stets, daß der Handwerker, ohne betteln zu müssen, auskommen könne. Das wollte ich gründlich probieren, entledigte mich aller Vorräte, was ja nicht schwer war, und ging von Siestin aus ins Land der Putzameruner. Nach sechs Tagen erhielt ich Arbeit. Mein Magen war aber so zugeriecht, daß ich in den nächsten Wochen nur sehr wenig essen konnte und Mühe hatte, die Arbeit zu leisten. Außer auf einer Station, die durch ein Vermächtnis erhalten wird, gab es tagtäglich Bellkartoffeln und Beringe, selbstredend von der besten Sorte. Die Beschäftigung war spärlich. Nachtlager zumeist Stroh, dessen Bewohner auch nicht ruhig waren. Morgens dafür Strohsägen, Hähnelchen u. a. Nach der Arbeit Bescheinigung holen, und weiter geht es zur nächsten „Beschäftigung“ mit demselben Menü. Soll da ein Mensch nicht zusammenbrechen, der monatelang so leben muß, kann nicht leicht die Versuchung über ihn kommen und er etwas tun, was seine Lage scheinbar bessern könnte, ihn aber mit den Strafgesetzen in Konflikt bringt? Ist es geschehen, dann schreit „man“ über Verwahrlosung.

Die bürgerliche Presse kann sich nicht genug tun in abfälligen Streifungen über die Arbeiterjugend, die den Dingen freier und freier steht. Möge sie dem Würder Kapitalismus gegenüberzutreten, Tausende sterben in den Bergwerken eines gewaltigen Todes, Tausende müssen auf dem Felde der Arbeit ihr Leben ausshandeln, wo ist hier der Ankläger? Jedem ehrlichen Menschen muß die Umgestaltung der jetzigen Wirtschaftsordnung als höchstes Ziel gelten.

Das weiß jeder Theaterkenner: das wissen auch die Journalistenredakteure im „Berliner Tageblatt“.

Nun bemühen sich die Schauspielerinnen besänftlich, im kommenden Reichstheatergesetz die Kosten des modernen Kostüms dem Direktor aufzuladen, um auf diese Weise von einem schändlichen Nebenverdienst freizukommen.

Was aber hat das „Berliner Tageblatt“ dieser Bewegung gegenüber getan?

Es drohte den Schauspielerinnen mit einer Reduktion der Löhne, falls die Direktoren die Kostümkosten tragen müßten. Es wollte mithin die Quelle der Prostitution erhalten wissen, die das Leben von Hunderten von Schauspielerinnen in der niederträchtigsten Weise vergiftet.

Nun aber ist die Bewegung der Schauspielerinnen nur eine Teilercheinung des ganzen gewerkschaftlichen Kampfes, in dem die modernen Schauspieler eingetreten sind. Soll jene Gegenreduktion vermieden werden, mit der das ehrenwerte „Berliner Tageblatt“ droht, kann es überhaupt nur durch eine starke gewerkschaftliche Bewegung geschehen. Das Blatt des Herrn Woffe ist darum auch so konsequent gewesen, die gewerkschaftliche Bewegung der Schauspieler unter einem schamigen Berrat seiner angeblich „liberalen“ Prinzipien mit allen Mitteln der journalistischen Infamie herunterzureißen.

Wenn es das aber tut, soll es auch den Mut seines Standpunktes haben. Es soll kühnlich schreiben: „Auch unter den Schauspielerinnen macht sich nunmehr glücklicherweise die Prostitution bemerkbar, die wir an den normalen Bühnen mit allen Mitteln zu erhalten bemüht sind.“

Wenn es so schreibe, würden sich seine Worte mit seinen Handlungen in der vortrefflichsten Weise decken.

Notizen.

— Bühnenchronik. Stefan Großmann tritt von der Leitung der Wiener Freien Volkshöhne zurück.

— Das Komödientheater soll am 5. April unter der Direktion von Bebe Hartwig und Toni Impeloden wieder eröffnet werden. Die Zwischenregierung wird dann bis zum 1. September dauern.

— Kritikerleben und Kritikerprozesse. Der Schriftsteller Emil Ludwig, der eben einen scharf pointierten Brief gegen Wagner geschrieben hat, ist von Willi Pastor in der „Täglichen Rundschau“ kräftig mitgenommen worden. Darob eine Forderung Ludwigs und, da Pastor ablehnte, eine gerichtliche Klage (wegen ehrenrühriger Behauptungen).

— Der verspottete Nobelpreis. Wie aus Madrid gemeldet wird, wurde kürzlich im „Theatre de la Comedia“ das Lustspiel „El premio Nobel“ zum ersten Male aufgeführt, in dem die beiden bekannten Dichter Armas und Arbat geistvoll den Nobelpreis bespötteln.

— Gorli will nicht nach Russland zurück. Die russische Anstalt, die zur Feier des russischen Jubiläums erlassen wurde, ist ein reiner Föhn. Die wegen politischer Vergehen Verfolgten sind so gut wie ausgenommen davon, und die wirklich Anmerkten glauben nicht an den Schwindel. Mit Recht will daher auch Gorli, den die Regierung, um ihr europäisches Renommee zu beweisen, amnestiert hatte, nicht nach Russland zurückkehren.

Stadterordnetenversammlungen dürfen den Stadterordneten nicht generell Freifahrt auf der Straßenbahn bewilligen.

Ein interessanter Rechtsstreit beschäftigte das Preussische Obergerichtsgericht.

Die verschiedenen Städteordnungen enthalten folgende Bestimmung: „Stadterordnete erhalten weder Gehalt noch Remuneration und ist nur die Vergütung borer Auslagen zulässig, welche für sie aus der Ausrichtung von Aufträgen erwachsen.“ Unter andern ist diese Bestimmung im § 58 der Rheinischen Städteordnung und im § 64 der Städteordnung für die sieben östlichen Provinzen enthalten.

Wegen Verstoßes gegen diese Vorschrift hatte der Oberbürgermeister von Mülheim an der Ruhr einen Beschluß der Mülheimer Stadterordnetenversammlung vom 29. Februar 1912 beantragt, welcher dahin ging, allen Stadterordneten auf allen Linien der Straßenbahn freie Fahrt zu gewähren. Der Oberbürgermeister machte ferner geltend, daß der Beschluß außer gegen die Städteordnung auch gegen § 21 Abs. 3 des Kleinbahngesetzes verstoße, wonach Ermäßigungen unzulässig seien, wenn sie nicht unter gleichen Bedingungen jedermann zugute kämen.

Die Beantragung des Stadterordnetenbeschlusses erfolgte gemäß dem § 15 des Zuständigkeitsgesetzes, durch welchen die Bestimmungen der verschiedenen Städteordnungen entsprechend modifiziert sind und welcher lautet:

„Beschlüsse der Gemeindevertretung (Stadterordnetenversammlung) oder des kollegialischen Gemeindevorstandes, welche deren Befugnisse überschreiten oder die Gesetze verletzen, hat der Gemeindevorstand (Magistrat) beziehungsweise der Bürgermeister, entstehenden Falles auf Anweisung der Aufsichtsbehörde, mit aufschreibender Wirkung, unter Angabe der Gründe zu beanstanden. Gegen die Verfügung des Gemeindevorstandes (Bürgermeisters) steht der Gemeindevertretung beziehungsweise dem kollegialischen Gemeindevorstande die Klage im Verwaltungsverfahren zu.“

Die Stadterordnetenversammlung von Mülheim klagte nun beim Bezirksauschuss auf Aufhebung der Beantragungsvorgabe des Oberbürgermeisters. Sie machte geltend, sie habe sich innerhalb des Rahmens ihrer Befugnisse gehalten und auch die Gesetze nicht verletzt. Der Beschluß lasse sich sehr wohl durch die Bestimmung der Städteordnung, wonach bare Auslagen zu erstatten zulässig sei, welche für die Stadterordneten aus der Ausrichtung von Aufträgen entstehen. Darunter falle auch der generelle Auftrag zur Wahrnehmung der Geschäfte eines Stadterordneten, der in der Wahl durch die Bürgererschaft liege.

Der Oberbürgermeister stellte sich demgegenüber auf den Standpunkt, daß als Aufträge im Sinne der fraglichen Bestimmung der Städteordnung nur solche in Betracht kämen, die den Stadterordneten von der Stadterordnetenversammlung, von einer städtischen Kommission oder vom Bürgermeister (beziehungsweise Magistrat) erteilt würden im Interesse der städtischen Verwaltung. In solchen Fällen könnten die bare Auslagen berechnet werden. Auf jeden Fall sei es unzulässig, generell Freifahrt auf der Straßenbahn beziehungsweise eine generelle Freifahrt für diese den Stadterordneten auf Kosten der Stadt zu bewilligen.

Der Bezirksauschuss schloß sich dieser Auffassung des Oberbürgermeisters vollständig an und erklärte die Beantragung jenes Beschlusses der Stadterordnetenversammlung für gerechtfertigt. Nebenbei verwies er auch auf den § 21 des Kleinbahngesetzes.

Das Obergerichtsgericht hat sich nun am Freitag auf denselben Standpunkt gestellt und die von der Stadterordnetenversammlung eingeleitete Berufung verworfen.

Schülermishandlung.

Wegen Ueberschreitung seines Zuchtungsrechts hatte sich gestern der Lehrer Arnold Benzlaff vor der 11. Strafkammer des Landgerichts I zu verantworten.

Die gegen ihn erhobene Anklage lautete auf fahrlässige Körperverletzung.

Der Vorfall, um den es sich hier handelt, liegt schon zwei Jahre zurück. Die Erledigung des Strafverfahrens hat sich so lange verzögert, weil der Kompetenzkonflikt erhoben worden war und darüber erst das Obergerichtsgericht sein Stotum abzugeben hatte. Herr Benzlaff war Lehrer an der 240. Gemeindevorschule; die Klasse, in der er zu unterrichten hatte, wurde auch von dem Schüler Rog Däumlich besucht. Diesen verurteilte der Lehrer am 20. März vergebens zum Nachsprechen eines Satzes der Regelbetrug zu veranlassen. Der Angeklagte ließ sich dazu hinreichen, den Knaben mit dem Rohrstock zu züchtigen, wobei er aber das ihm zustehende Zuchtungsrecht überschritt. Zuerst mußte sich der Junge über einen Stuhl legen und einige Hiebe in Empfang nehmen; als er dann auch noch nicht antwortete und nach Ansicht des Lehrers trotz befundete, wurde er über eine Bank gelegt und wieder mit einigen Hieben mit dem Rohrstock bedacht und das wiederholte sich noch einmal, wobei der Knabe in gebückter Stellung stand. Der Angeklagte hat dem Schüler mindestens 10 bis 12 kräftige Schläge verbracht und diese trafen nicht nur das Gesicht, sondern auch das Schulterblatt und den linken Oberschenkel. Der Arzt Dr. Lindemann, der den Knaben bald nach dem Vorfall untersucht hat, hat an dessen Körper verschiedene Striemen und bläulich verfärbte Stellen feststellen können, die schädliche Folgen nicht hinterlassen haben. Nach dem Gutachten des Dr. Lindemann und des Schularztes Prof. Dr. Jacob Wolff hat die Züchtigung zwar eine Gesundheitschädigung nicht verursacht, nach der Zahl und der Art der Schläge war aber die entfernte Möglichkeit der Gesundheitschädigung gegeben. Da hiernach das Zuchtungsrecht überschritten worden, so beantragte der Staatsanwalt gegen den Angeklagten, der seine Unschuld nicht unbedingte Errohung nicht habe zugehen können, 50 M. Geldstrafe eventl. 3 Tage Gefängnis. Justizrat Chodjessner wies darauf hin, daß der Angeklagte, dem von seinen Vorgesetzten das günstigste Zeugnis gegeben wird und der im übrigen sein Bedauern über den Vorgang ausgesprochen hat, seinerseits wohl nicht der Meinung gewesen sei, das Zuchtungsrecht überschritten zu haben. Das Gericht erkannte auf 30 M. Geldstrafe eventl. 3 Tage Gefängnis.

Aus aller Welt.

Bestrafter Terbilismus.

Der stolze russische Dumapräsident Rodjanko hatte sich auch bei der Romanow-Feier genötigt gesehen, für die Würde der Reichsduma einzutreten. In der Kaiserlichen Kathedrale hatte das Jeremonteam die Dumaabgeordneten ihre Plätze weitab von den „allerhöchsten“ Herrschaften angewiesen, während die Reichsratsmitglieder in aller Nähe derselben placiert wurden. Nach seinem Eintreffen forderte Rodjanko die Dumaabgeordneten auf, ihm zu folgen und neben den Reichsratsmitgliedern aufzustellen zu nehmen, was auch geschah. Der Jeremonteam protestierte und verlangte, daß sich die Dumaabgeordneten mit ihrem Präses auf die ihnen angewiesenen Plätze begeben sollten. Herr Rodjanko antwortete, daß er dem Jeremonteam die Plätze angeben werde, die den Dumaabgeordneten zukommen. ... Ah, wenn der Herr Rodjanko in der Duma selbst ein bißchen mehr Rücksicht hätte!

Ein ähnlicher Zwischenfall ereignete sich auch am Paraden im Winterpalais. Dem Dumapräsidenten war sein Platz nicht im Georgssaal, in dem die „Allerhöchsten“ speisen, angewiesen worden. Angewiesen, erklärte er, falls der ihm zugewiesene Platz der Würde des Dumapräsidenten nicht entsprechen sollte, sich von der Beteiligung am Festessen loszusagen zu müssen. Und da geschah ein Wunder! Der Oberzeremonienmeister gab ihm die Erklärung ab,

es sei ihm irrtümlich ein Platz in einem Nebensalon angewiesen worden. Und er wurde im Georgssaal placiert und durfte die „Allerhöchsten“ mit eigenen Augen beschauen. Und die rebellischen Sozialdemokraten wollen noch immer nicht glauben, daß wir in Russland eine Konstitution haben!

Das nächste Wespensterluftschiff

spielt in Oberschlesien weiter. Nachdem vor etwa zwei Wochen nachts ein angeblich russisches Luftfahrzeug von mehreren Personen beobachtet sein wollte und der Landrat des Kreises Tarnowitz sogar eine Belohnung von 100 M. für die Feststellung der Besatzung von Flugschiffen und Flugapparaten ausgesetzt hat, berichtet sich jetzt die Spitzgeschichte mit dem nächsten Besuch fremder Luftschiffe immer mehr. Aus Radzionka O.S. berichtet der „Oberschlesische Courier“ allen Ernstes, daß der Bergmann Langner in der dritten Morgenstunde am 5. März ein fremdes Luftschiff beobachtet habe, das sogar eine Landung auf der Victoriastraße vorgenommen habe. Langner soll sogar um Auskunft über die Gegend erfragt worden sein. Nach Erhalt derselben sollen die Luftschiffer mit ihrem Fahrzeug wieder davongefahren sein in der Richtung nach der russischen Grenze zu. Nach den Wahrnehmungen Langners befanden sich vier zum Teil bewaffnete Passagiere (!) in dem fremden Luftschiff, außerdem führten sie ein Fahrrad mit.

Anscheinend handelt es sich um einen vorzeitigen Aprilscherz. Im Ernst wird doch kein Mensch glauben, daß ein Luftschiff in einer Straße eines dicht besiedelten Industriortes landen kann, und dabei nur von einer einzigen Person beobachtet wird.

Aus dem heiligen Rudertale.

Auf dem Elberfelder Marktplatz wurde vor einigen Jahren der Jubiläumbrunnen, eine Nachbildung des schönen Reptunbrunnens in Trient, errichtet. Dieser besteht aus einer Gruppe von Tritonen, Satyren und Najaden, in Sandstein ausgeführt. Da die erwähnten Gestalten der Mythologie sich, wie anderwärts, auch hier ohne Kleidungsstücke repräsentierten, die weil in jener Zeit das Schneiderhandwerk noch nicht erfunden war, so erregten die Gestalten den Groll aller Frommen des Buppertales. Man veranstaltete Protestversammlungen gegen die ärgerrregenden Schandfiguren. Als diese wirkungslos blieben, griff man im Namen der Sittlichkeit zur Eigenhilfe. Gegen die massigen Tritonen vermochte die christliche Menschenhand nichts auszurichten und auch nicht gegen die runden Leiber der Najaden. Aber die nackten männlichen Figuren bildeten treffliche Angriffspunkte der Sittelpolizei. In einer schönen Frühlingsnacht wurden die nackten Satyre der Attribute ihrer Männlichkeit beraubt. So stehen sie heute noch auf dem Markte vor dem Rathaus als ein erhebendes Zeichen der im heiligen Rudertale herrschenden Sittlichkeit. Die Dichter Walter Koenig und Wilhelm Hegeler haben die Affäre als Drama und Roman der Literatur dienstbar gemacht.

Ein Pendant zu diesem Elberfelder Rudertale ereignete sich dieser Tage im benachbarten Varmen. In einer Sitzung der „fortschrittlichen Volkspartei“, wo man sich vorher mit der Auffstellung des Kandidaten zur Landtagswahl beschäftigt hatte, wurde unter „kommunale Angelegenheiten“ folgende Sache vorgebracht:

Bei der Kreisinspektion sei eine Beschwerde des Herrn Pastor Körper gegen den Rektor der Volksschule an der Alfensstraße eingelaufen, daß dort die Kinder zu unfittlichen Handlungen gebraucht worden seien. Als man der Sache nachgegangen sei, habe sich als Ursache dieser Anschuldigung herausgestellt, daß bei Esternabendem Teufel aus „Wilhelm Tell“ aufgeführt wurden, wobei besonders talentierte Mädchen in Hofenrollen mitgewirkt hätten; es sei weiter die Anschuldigung erhoben worden, die Lehrer der Schule hätten Jesu Wunder als natürlich erklärt und den Apostel Paulus als Epileptiker bezeichnet. Für die heidnischen Lehrpersonen dieser Schule sei auch im Rottter Vereinshaus ein Gebet veranstaltet worden. (!) Die Anschuldigung habe natürlich zu einem Einschreiten der Behörde seinen Anlaß geben können, der Rektor der Schule sei aber infolge der Aufregung über diese Anschuldigung erkrankt. Ein anwesendes Mitglied der Schulinspektion frug, wann sich der Vorfall ereignet habe, worauf ihm geantwortet wurde: „In der vorigen Woche“.

Es handelt sich hier ja um einen ganzen Rattenkönig von Unfittlichkeiten: Zunächst die Esternabendem, wobei beide Geschlechter anwesend sind und die deswegen schon höchst unfittlich sind. Dann der revolutionäre Wilhelm Tell, der den sauerländischen Polizeipräsidenten Gehler umbringt. Und als Krönung des Sclandals gar talentierte Mädchen in Hofenrollen, also zwiefache Anzucht! Da berührt es dann doppelt empfindlich, daß die heiligen Ruder, nachdem sie den Rektor bei seiner vorgesehnen Behörde denunziert hatten, in ihr Bethaus gingen und für die heidnischen Lehrer, die „Jesu Wunder als natürlich erklären“ wollten, ein stilles Gebet zum Himmel sandten!

Kleine Notizen.

Schwerer Bauunfall. In Siestin ist das Treppenhause des Warenhausneubaus der Firma Hartstädt aus Kiel am Montag nachmittags eingestürzt und begrub vier Arbeiter unter seinen Trümmern. Zwei von ihnen sind so schwer verletzt, daß an ihrem Aufkommen gezweifelt wird.

In Wurttemberg gestorben. In einem Württembergischen Krankenhaus verstarb am Montag ein Patient infolge einer Wurttembergischen Unterleibsoperation.

Vom Eiffelturm herabgestürzt. Am Sonntag nachmittags stürzte sich eine unbekannte Frau von der zweiten Plattform des Eiffelturmes herab, obwohl zufällig sich auf dieser Plattform aufhaltende Passanten sie von ihrem Vorhaben abzuhalten versuchten. Die Englische stürzte 75 Meter tief auf die erste Plattform herab und blieb dort mit zerschmetterten Gliedmaßen liegen.

Absturz eines französischen Aviatikers. Auf dem Flugplatz von Amberu stürzte am Sonntag der Aviatiker Egon Percier aus 20 Meter Höhe ab und blieb sofort tot.

Einer eines Pferdewagens. Während der Pferderennen, die am Sonntag in Mont de Marsan, Frankreich, stattfanden, stürzte im Prix de Landes das Pferd „Le Ricobar“ und verwickelte weitere fünf Pferde in diesen Sturz. Drei Todess erlitten schwere Verletzungen. Der Jockey Nora starb eine halbe Stunde später im Hospital.

Abgeirrte Schiffsgrenate. Nach einer Blattermeldung aus Toulon traf ein während der gestrigen Schießübungen vom Panzerhülle „Jules Ferry“ abgeworfenes Geschos ein Haus in dem am Meer gelegenen Ort Roubouss und drang durch das Dach und die Dede des ersten Stockwerks, wo es explodierte und vier Personen schwer ver wundete.

Cholera in Konstantinopel. Unter der Bevölkerung herrscht große Furcht über das Wiederauftreten der Cholera. Die Behörden verheimlichen sorgfältig alle Einzelheiten über den Umfang der Epidemie. Wäntlich sind bis jetzt nur zwei Cholerafälle und ein choleraverdächtig Fall gemeldet worden. Doch soll die Zahl der Erkrankungen weit größer sein.

Sturmverheerungen an der Nordsee. In der Nordsee herrscht seit einigen Tagen ein furchtbarer Sturm, der verheerend sich Schaden anrichtete. In Emden ist ein Haus eingestürzt. Ziegel wurden den Dächern gerissen und Fensterscheiben zertrümmert. Das Dach der Gasanstalt wurde abgedeckt und stürzte teilweise auf die Häuser der Nachbarschaft. Ein Neubau wurde eingedrückt.

Wegen gänzlicher Aufgabe Total-Ausverkauf

der Charlottenburger Filiale
Nehringstr. 34.
In allen Geschäften dieselben billigen Preise

Lewinsohn

1. Geschäft: Rosenthaler Str. 40-41 Hackescher Markt
2. Geschäft: Gr. Frankfurter Str. 110 Straßburger Platz
3. Geschäft: Charlottenburg, Nehringstr. 34 Ecke Magasinstr.

Herrnstiefel jetzt nur 4,95
Damen-Lackschuhe jetzt nur 5,75
Damenstiefel jetzt nur 4,95
Braune Halbschuhe jetzt nur 3,95
Damenstiefel braun jetzt nur 5,75

HUMBOLDT-AKADEMIE.

Das neue Vorlesungs-Verzeichnis ist erschienen und in den Verkaufsbureaus und Buchhandlungen unentgeltlich zu haben.



Josef

JUNO

2 1/2 CIGARETTE

Unserem zweiten Abteilungsleiter Genossen **Degenhardt und Gemahn** die herzlichsten Glückwünsche zur Silberhochzeit. Die Genossen der 17. Abteilung 4. Kreis.

Für die anlässlich des 25. Stiftungs-Festes der **Arbeiter-Samariter-Kolonie Groß-Berlin** so zahlreich dargebrachten Glückwünsche, insbesondere für die Ehrungen unseres Jubilars, des Genossen **Gustav Dietrich**, als Mitbegründer der Kolonie, sagen hierdurch besten Dank. 294/8

Der Vorstand.
I. A.:
Paul Krause, I. Vorsitzender.

Gelegenheitskauf.

Als Geschenk zur Schul-entfaltung besonders geeignet.

Wilhelm Hauffs sämtliche Werke.
Mit dem Bildnis des Dichters und einer Einleitung.
4 Bände gut gebunden 4 M.

Friedrich Nösselts Mythologie der Griechen und Römer.
Mit einem Stahlstich als Titelbild und 75 Abbildungen.
Gut gebunden 2,50 M.

Buchhandlung Vorwärts
Lindenstr. 60.

1 M. wöchentl. Teilzahlung liefert elegante Herren-Moden

Ersatz für Mass
Mass-Anfertigung
Feinste Verarbeitung.
Garantie: tadel- loser Sitz

J. Kurzberg, Mass-Schneidererl

Rosenthaler Str. Nr. 36, 1 Hackescher Markt
Frankfurter Allee 104, parterre Ecke Präsidentstr.
Reinickendorfer Str. Nr. 4, 1 am Weddingplatz

Würzburger Hühneraugenmittel

von Dr. H. Unger. — Gegen 30 Pfennig auf 10 Pf. Anweisung frei. Ohne Zweifel die bequemste u. wirksamste Hilfe. Der Schmerz ist in 5 Min. fort. Das Hühnerauge selbst in 3 Tagen. (Enthält Salicylsäure u. indischen Conifertraft.)

Dr. H. Unger in Würzburg.
Berlin (20 Pf.): Salomon-Apothek, Charlottenstraße 54. — Groß-Apothek, Barnimstr. 33. — Wo nicht, zu haben: Rosen-Apothek, Würzburg.

Ohne jede Anzahlung

Pratklassisches Fabrikat
(3x prämiert Staatsmedaille) in allen Holz- und Stahlarbeiten, von wunderbarer Tonfülle (Flügelton)

Pianos Flügel und Harmoniums

regent kleine monatliche Teilzahlung. Für jedes Instrument gewähre ich langjährige schriftliche Garantie.

Conrad Krause Nachf., Berlin, Ansbacher Str. 1,
Ecke Kurfürstenstr. Tel. Ch. 10410.
Auch Sonntags geöffnet.

Größtes Spezial-Geschäft sämtlicher **Gastwirts-Artikel.**

L. Katz & Co.,
Spandauer Str. 45, am Molkenmarkt.

Filialen:
Neukölln, Bergstraße 65, am Bahnhof u. Hermannstraße 35, Ecke Wanslikstraße.

Elegante **Herren-Moden** fertig u. nach Mass von 1 Mark wöchentliche Teilzahlung.

S. Boltuch
Frankfurter Allee 75
Eingang Tilsiterstrasse

H. Pfau, Bandagist
Berlin, Direksenstraße 20
zwischen Bahnhof Alexanderplatz und Volkspark. — Tel. 2908.
Für Damen Frauen-Bedienung. *
Lieferant für alle Krankenkassen.

Bruchbandagen, Leibbinden, Geradhalter, Irrigatoren, Spritzen etc., **Suspensorien**, sowie alle Artikel z. Krankenpflege empfiehlt **Fabrikant Pollmann,** jetzt Berlin N., Lothringer Str. 60. Eigene Werkstatt. Lieferant für Krankenkass. Fachgem. Bedienung.

Stoffe
Deutsch-englische Neuheiten für Herren und Damen. Einzelverkauf zu billigsten Engrospreisen.
Tuchagentur, Vorekstr. 75 pt.

Spezialarzt
i. Genuß. Genuß. Frauenleiden, nerv. Schwäche, Weinfrenke jeder Art, Ebrlich Genuß. Sturen in u. G. fona. Zahoval. i. Blut. unterjuchung. Haben i. Genuß. gegenüber Banophilum. Gpr. 10-2, 5-9, Sonnt. 11-2. Honorar mäßig, auch Teilzahl. Separates Damenzimmer.

Dr. Homeyer
Friedrichstr. 81, Banophilum.

FREDY GOLD

Qualitäts Cigarette
2 1/2

Simpli-Kakao als Hausgetränk



erheblich billiger als Kaffee!

50 Tassen Kakao = 1/2 Pfund = 60 Pfg.

Bei der herrschenden Teuerung ist Kakao das rationellste und billigste Hausgetränk. Kaffee ist im Preise fast unerschwinglich geworden. Simpli-Kakao ist nicht bloß billiger und ausgiebiger als Kaffee, sondern besitzt auch einen hohen Nährwert und trägt beim Genuß im Gegensatz zum Kaffee zur Sättigung wesentlich bei. Kakao ist dem Körper zuträglich, Kaffee schädigt ihn. Simpli-Kakao ist anerkannt gut, man hat ihn deshalb in vielen Kreisen als Hausgetränk eingeführt. Simpli-Kakao wird nur in Originalpackung zu 1/2 und 1/4 Pfund verkauft, in garantierter Original-Fabrikfüllung. Die Simpli-Fabrikate (auch Schokoladen, Pralinen, Katsenzungen usw.) werden in vollendeter Weise hergestellt von der Firma „Sarotti“ A.-G., Berlin.

Man frage überall nach Simpli-Kakao!

Vorwärts-Lesern Rabatt!

Möbelstoffe

Letzte Neuheiten, auch Reste!
Mocquetplusch 4 65 130 cm breit.
Master bei näher. Angabe franko

Emil Lefèvre Berlin, Oranienstraße 158

Die Landtags-Wählerlisten liegen nur noch heute von 12 Uhr mittags bis 8 Uhr abends zur Einsichtnahme aus!

Steht mein Name in der Wählerliste?

Man konnte diese Frage all den vielen schon am Kunde ableiten, die den letzten Sonntag unter andern dazu bemüht hatten, sich zu überzeugen, ob sie bei der Aufstellung der Listen zur Landtagswahl nicht etwa „vergessen“ worden sind. Das war denn auch ein notwendiger Weg, bietet doch das „elendeste und widerwärtigste aller Wahlsysteme“ der Listen und Rücken ohnedies schon genug, durch die dem Manne aus dem Volke die Ausübung seines ureigensten Rechtes erschwert, wenn nicht ganz unterbunden wird. Jede Stimme wiegt! Das wissen die sozialdemokratischen Wähler und so stellten sie auch den Hauptprozentfuß derer, die am Sonntag sich vergewisserten, ob ihre Personalien in den diesen Heften enthalten — und auch richtig enthalten sind.

Stumm und ruhig lagen die Schulhöfe da. Wo sonst die fröhliche Jugend lärmte und ihre Spiele pflegt, schritten am Sonntag die Väter mit eruster Miene über den feuchten Kies und verschwanden hinter den breiten Türen der Turnhallen. Durch die kahlen Äste der Bäume auf den Höfen, deren Art und Herkommen kleine Schilder an den Stämmen bezeichnen, strich der rauhe Märzwind und erinnerte daran, daß der sterbende Winter seine letzten Trümpe ausspielt.

Die und da aber sah ein Hint im Gezwänge, dick und rund aufgeplustert, der hoffnungsfroh von kommenden, märchenhaft schönen Zeiten plauderte. Immerhin, wer in die geräumigen Hallen trat, die sonst der körperlichen Ausbildung unserer jungen Generation dienen, der sympatisierte doch unverhohlen mit den mächtigen gußeisernen Defen, die, reichlich gefüllt, eine behagliche Wärme verbreiteten.

Von einem Andrange war freilich bis auf wenige Ausnahmen in den Morgenstunden nichts zu sehen — auch nicht in den dichtbesiedelten Gegenden der Reichshauptstadt. Nur langsam, schleppend vollzog sich das Kommen und Gehen. Die Herren an den Tischen hatten genügend Zeit, ihres Leibes Notdurft zu befriedigen und sich zu erquiden. Das Suchen nach der Person des Wählers nimmt eine nicht unerhebliche Zeit in Anspruch. Da die Wähler nicht wie bei den Reichstags- und Stadtverordnetenwahlen nach Straßen und Häusern, sondern nach Steuerleistung rubriziert sind, muß oft die gesamte Liste für den Wahlbezirk durchgesehen werden, ob der Name des Erwahnten in der Liste verzeichnet steht. Jedenfalls hat der Sonntag wiederum manchem Wähler gezeigt, wie unumgänglich notwendig eine Vergewisserung in dieser Hinsicht ist.

In den Nachmittagsstunden verstärkte sich die Zahl der Kommenden, besonders im hohen Norden und Osten, zu sehend, zuweilen passierten ganze Trupps von Arbeitern die Schulhöfe, während Angehörige aus anderen Schichten seltener in Erscheinung traten.

Ein älterer, kleiner und sehr rundlicher Herr — Sechserrentier oder so etwas ähnliches — wurde von einem seiner Bekannten vor einem Schulhause gefragt, ob er die Listen schon eingesehen habe.

„Ach wat, Unsinn“, lautete die prompte Antwort, „sowat mach ich nich mit. Hab in meinem ganzen Leben nich jewählt un wähle och nich.“

Uns kann's schließlich gleich bleiben, wenn die Spießer ihre Staatsbürgerrechte dergestalt würdigen. Um so höher wird man sie in den proletarischen Schichten wahrnehmen und dafür sorgen, daß selbst unter dem jetzigen schmählichen Wahlsystem weitere Vreschen in die Domäne der Schnapphähne und Kuffenmänner gelegt werden.

Erleichtert wurde den Beamten in den Auslagestellen ihr Amt dadurch, daß auch unsere Genossen sich Abschriften der Wählerlisten besorgt hatten. Infolgedessen vergewisserten sich viele Wähler durch die Einsichtnahme in diese abgeschriebenen Listen und sparten sich den Weg nach der Auslagestelle. Da nur noch heute die Einsichtnahme möglich ist, wird nochmals dringend auf diese Pflicht hingewiesen, sich jein Wahlrecht zu sichern.

Partei-Angelegenheiten.

Zweiter Wahlkreis. Die erste Kinder-Kinder-Vorstellung findet statt am Mittwoch, den 19. März, nachmittags von 1/4 Uhr bis 1/2 Uhr im Union-Theater (Unions-Brauerei), Posenstraße. Die Billets kosten für Kinder 10 Pf., für Erwachsene 20 Pf.; sie sind nur an der Kasse zu haben. Wir ersuchen um rege Beteiligung. Die zweite Vorstellung findet am Mittwoch, den 26. März, statt. Der Bildungsausschuss.

Neulöbn. Heute abend in Bartischs Festhale, Hermannstraße 49: Märzfeier, bestehend in Chor- und Kammerchor Neulöbn, Festrede (Genosse Emil Eichhorn) und Rezitationen (Herr Stauffen). Der Eintritt ist frei. Wir bitten jedoch, zwecks Kontrolle das Mitgliedsbuch vorzuzeigen.

Die Bibliothek des Wahlvereins ist heute am 18. März geschlossen.

Friedenau. Am Mittwoch, den 19. März, abends 8 1/2 Uhr, im „Kaiser-Wilhelmsgarten“: Mitgliederversammlung. Genosse Richter wird über die Tätigkeit der sozialdemokratischen Vertreter im Gemeindeparlament berichten.

Köpenick. Die Wahlvereinsversammlung findet heute abend im Stadttheater statt. Vortrag der Genossin Regina Kubens über „Märzgedanken“.

Mariensfeld. Der Wahlverein veranstaltet am Karfreitag eine Besichtigung der Arbeiter-Wohlfahrtsanstalt in Charlottenburg. Abfahrt 12.08 Uhr vom Bahnhof Mariensfeld.

Mariendorf. Heute Dienstag, den 18. März, abends 8 Uhr: Öffentliche Versammlung in Herolds Festhale, Schauffstraße 283. Tagesordnung: Das Mariendorfer Gemeindeparlament und Tätigkeitsbericht der sozialdemokratischen Fraktion. Freie Aussprache.

Teltow. Am Mittwoch, den 19. d. M., im Lokal von B. Bonow, regelmäßige Mitgliederversammlung des Wahlvereins. Tagesordnung: Landtagswahl und Ratfeier.

Neiniedorf-West. Heute abend 8 Uhr findet in den „Eichbornhale“, Eichhornstr. 60, eine öffentliche Versammlung statt. Tagesordnung: „Preußen 1813—1913“. Referent: Redakteur Ernst Däumig. Arbeiter, Parteigenossen, erscheint in Massen.

Potsdam. Zahlabend findet am Mittwoch, abends 8 1/2 Uhr, in allen Bezirkslokalen statt.

Berliner Nachrichten.

An unsere Abonnenten! Unsere Zeitungsausgabestelle, bisher Nazarethstr. 49, befindet sich von heute an Müllerstraße 34a, Ecke Utrechter Straße, Laden. Eingang Utrechter Straße. Die Hauptredaktion.

Die städtischen Arbeiter im städtischen Etat.

Der von der Stadtverordnetenversammlung zur Beratung des Etats eingesetzte Ausschuss hat seine Arbeiten in drei Sitzungen beendet, im Gegenzug zu früher, wo sechs lange Sitzungen nötig wurden. Der Etat hat erhebliche Änderungen nicht erlitten. Man hat beim Tiefbauetat eine halbe Million in Ausgabe gestrichen und dafür die vom Magistrat für die Biersteuer eingesetzte Einnahme um die gleiche Summe gefügt. Bei 100 Proz. bleibt es nach wie vor.

Soweit es sich um die Lohnfrage der städtischen Arbeiter handelt, erübrigten sich Spezialdebatten bei den einzelnen Etats. Der Magistrat hat diesmal eine Million Mark in den Etat eingestellt zur Aufbesserung der Arbeitslöhne. Die sozialdemokratischen Vertreter im Staatsauschuss ersuchten um Aufklärung darüber, in welcher Weise diese Mittel verteilt würden, insbesondere wünschten sie Auskunft, welche Arbeiterkategorien vom Magistrat berücksichtigt werden sollten. Eine solche genaue Aufklärung sei schon um deswillen notwendig, weil allem Anscheine nach der Kammerer sich über die Lohnverhältnisse der Betriebsarbeiter der Gaswerke geirrt habe. Vom Magistrat wurde erklärt, daß eine Magistratskommission bei der Arbeit sei, die bereitgestellten Mittel auf die in Betracht kommenden Arbeitergruppen zu verteilen. Herr Stadtrat Fischek erklärte, daß die Arbeit so beschleunigt werde, daß hoffentlich mit dem Beginn des neuen Etatsjahres die Arbeiter die erhöhten Löhne bereits erhalten könnten; er hoffe, auch der Stadtverordnetenversammlung vorher eine Uebersicht über die Beschlüsse zugehen lassen zu können.

Von sozialdemokratischer Seite wurde noch bemerkt, daß in den letzten Jahren das Verhältnis der einzelnen Verwaltungen zu den Arbeitern und zu der Arbeiterorganisation ein besseres geworden sei; nur eine einzige Verwaltung mache hiervon eine wenig rühmliche Ausnahme. Das sei die Verwaltung der Straßencleaning. Dort führe der Direktor Szalla noch heute ein Regiment, das der Stadt Berlin nicht würdig sei. Nach wie vor würden dort die Arbeiter wie Rekruten behandelt. Es würde endlich Zeit, mit dem leitenden Herrn ein ernstes Wort zu reden. Seit Jahren mollen die Klagen der Arbeiter über das persönliche Regiment des Herrn Szalla kein Ende nehmen.

Was die Frage der Angestelltenversicherung betrifft, so sind durch einen Bescheid der Verwaltungsbehörde Schwierigkeiten entstanden, die man zu beheben bemüht sein will. Eine mit dieser Materie beschäftigte gemischte Deputation wird sich in Kürze mit der endgültigen Regelung der Angelegenheit beschäftigen.

Patriotenrummel am Stillen Sonntag.

Unsere Patrioten haben am sogenannten Stillen Sonntage einen recht geräuschvollen Rummel in Szene gesetzt. Ein Fackelzug unter Beteiligung aller möglichen Vereine, die studentischen voran, nahm am Sonntag in den Abendstunden seinen Weg von der Kaserne am Kupfergraben nach dem Schloßplatz, dem Schlosse vorbei nach dem Kreuzberg. Eine Zeitlang war der Schloßplatz zu einem wirklichen Rummelplatz geworden, was selbst die „Vossische Zeitung“ zugibt. Hoch auf Hoch ertönten zu den Schloßfenstern hinauf, wo der Kaiser dem Trubel zusah. Die verschiedensten Kapellen spielten durcheinander patriotische Weisen. „Heil Dir im Siegerkranz“ tönte es aus den Reihen der Guldigen. Enttäuscht waren diejenigen, die glaubten, der Kaiser würde vom Balkon herab eine Rede halten.

Auf dem Wege nach dem Kreuzberg regnete es in Strömen. Am Kreuzbergendmal hielt der Generalleutnant v. Brocken eine Rede. Man ging unter „Deutschland, Deutschland über alles!“ nach dem Tempelhofer Feld, wo die Fackeln zusammengeworfen wurden. Mancher Teilnehmer war vom Regen bis auf die Haut durchgeweicht.

Die Spandauer Waldangelegenheit.

Der Ausschuss des Zweckverbandes beendete gestern seine Beratung über die im Interesse Spandaus dem Zweckverband gemachte Vorlage. Bekanntlich hat Spandau ein an der Havel belegenes größeres Gelände für 8 bis 9 Millionen zur Ausschlagung für industrielle Zwecke verkauft. Der Bezirksauschuss hat seine Genehmigung noch nicht erteilt, vielmehr beim Verband angefragt, wie sich der Verband zu dem Verkauf stelle. Die Stadt Spandau hat dann mit dem Verbandsausschuss Verhandlungen geführt, die zum Abschluß eines Vertrages führten, nach dem die Stadt sich verpflichtete, 3000 Morgen Wald, die sie auch ohne diesen Vertrag nicht zu verkaufen beabsichtigt, 50 Jahre lang für den Verkehr der Bevölkerung zur Benutzung überläßt, während der Verband erklärt, daß er fünfzig Jahre lang rücksichtlich des Verkaufsgeländes und des Waldes von den ihm nach dem Zweckverbandsgesetz zustehenden Befugnissen keinen Gebrauch machen werde. In der Verbandssammlung vom 6. Januar wurde von verschiedenen Seiten gegen die beabsichtigte Verkaufsgelände der Havel Einspruch erhoben und von unserem Redner geäußert, daß die erste Arbeit des Verbandes — ein Aufgeben seiner Pflichten sein solle. Die Vorlage wurde einem Ausschuss überwiesen. In diesem wurde von mehreren Seiten verlangt, daß das Ufer von industriellen Anlagen frei bleiben sollen, daselbst müsse eine Uferpromenade erhalten und sollte auf eine Länge von 700 Meter nur villenhausmäßig bebaut werden, es solle ein Stichkanal nach dem Tempelhofer Feld gestochen werden. Spandau erklärte, wenn diese Bedingung erfüllt werde, so wolle der Käufer 800 000 M. weniger zahlen, auch könnte Spandau den Wald nicht unentgeltlich hergeben. Von unserer Seite wurde dargelegt, der Vertrag sei unannehmbar, weil nach keiner Richtung für die Interessen des Verkehrs, der Gesundheit und des Wohnungsbaus gesorgt sei. Spandaus Wohnungsverhältnisse seien schon jetzt unzulänglich. Das habe Professor Oberstedt dargelegt. Er habe im

Jahre 1910 mit vier Kommissionen, bestehend aus je einem Offizier, einem Baufachverständigen, zwei Arbeitern der Militärbetriebe und zwei bis drei Vertretern des Magistrats und der Haus- und Grundbesitzer, Wohnungsbeschäftigungen vorgenommen. Das Ergebnis habe General Wandel in der Reichstags-sitzung vom 3. März 1911 dahin zusammengefaßt: „Nach den Ermittlungen kommen wir entgegen der Ansicht des Magistrats dazu, daß in Spandau eine Wohnungsnot für die Arbeiter oder wenigstens nicht eine genügende Zahl von Wohnungen vorhanden ist.“ Jetzt wolle Spandau Fabriken errichten lassen, in denen Tausende von Arbeitern beschäftigt werden, ohne daß für Wohnungen gesorgt wird. Dagegen müsse der Verband sich wenden und in erster Reihe im Interesse hinreichender gesunder Wohnungen, sowie im Interesse des Verkehrs und der Gesundheit von seinem Recht Gebrauch machen, Fluchtlinien und Bebauungspläne festzusetzen. Unter Ablehnung der Vorlage sollte der Verbandsausschuss mit Verlegen solcher Pläne beauftragt werden. Der dahingehende Antrag fiel gegen drei Stimmen. Ein vom Oberbürgermeister Dominicus (Schöneberg) gestellter Antrag, den Wald anzukaufen, wurde gegen zwei Stimmen abgelehnt. Ein von Kaiser-Charlottenburg gestellter Antrag, nach dem eine Strecke von 700 Meter villenhausmäßig bebaut und eine Uferpromenade gegen eine an Spandau zu zahlende Entschädigung angelegt werden solle, wurde unter Streichung des auf Entgelt bezüglichen Passus angenommen. Nachdem in der Vorlage selbst einige nicht erhebliche Änderungen angenommen waren, wurde dann die so amendierte Vorlage abgelehnt. Dem parlamentarischen Brauch zuwider beschloß die Mehrheit, nochmals über die Vorlage ohne das Amendement Kaiser abzustimmen. Diese wurde dann mit 6 oder 7 Stimmen in der stark gelichteten Versammlung angenommen.

Ueber den Berliner Schutzmänn

veröffentlicht der Dezerent des Berliner Verkehrsvereins Oberregierungsrat Dr. Haafelau im polizeifremden Scherl-Blatt einen zwei Spalten langen Artikel, der nach mehreren Richtungen hin, obwohl er nicht allzu viel Neues sagt, der Beachtung wert ist. Der Verfasser beklagt es, daß zu Schutzeuten nur ausgediente Unteroffiziere aus der Armeegewonnen werden dürfen, während in England der „in Deutschland oft über Gebühr gelobte Londoner Schutzmänn gleich in jungen Jahren, ohne eine militärische Dienstzeit hinter sich zu haben, diesen Beruf ergreift und ihn bis zur Dienstunfähigkeit verfolgt.“ Das ist wohl nur der persönliche Standpunkt des Herrn Dr. Haafelau. Im allgemeinen hält doch unsere Polizei militärischen Geist und militärischen Drill in der Schutzmännschaft, den blinden Gehorsam der Masse gegenüber bis zur Todschlächterei, für das Vater-unser des Polizeistaates. In Verbindung damit ist der Hinweis des Verfassers, daß die Anforderungen, die an den Schutzmänn in Berlin bei Streits gestellt werden, sehr erheblich sind, recht lehrreich. Auch die fernere Bemerkung, daß ein „intelligentes Offizierskorps seit Jahrzehnten den guten Geist in der Schutzmännschaft zu pflegen geruht und es verstanden habe, aus dem oft recht spröden Material für den schwierigen Dienst geeignete Beamte heranzubilden“, sieht nicht darnach aus, als ob man ernstlich gewillt sei, an der Militarisierung der preussischen und speziell der großstädtischen Schutzmännschaft irgend etwas zu ändern. Wenn Herr Dr. Haafelau sagt, daß die Gründe für die Unbeliebtheit des Berliner Schutzmänn bei einem größeren Teile der Bevölkerung lediglich in der eigentümlichen, von Hause aus kritischen, an staatlichen Einrichtungen möglichst viel aussehenden Veranlagung des Berliner Publikums zu suchen sind, so trifft gerade das Umgekehrte zu. Das Publikum hat nicht so sehr etwas an den Schutzeuten persönlich auszusetzen als vielmehr an dem System, das die militärisch gedrillten und in militärischem Drill erhaltenen Schutzeute zwingt, einem größeren Teile der Bevölkerung feindlich zu begegnen. Die gemeinte Bevölkerung müßte aus lauter elenden Anekdöten bestehen, wenn sie der Gemütheit der Schutzeute, die bei hartnäcktesten Anlässen systematisch auf die Menge losgelassen wird, dafür noch ein besonderes Wohlwollen entgegenbringen wollte. Nur am volksfeindlichen preussisch-reaktionären System, Herr Oberregierungsrat, rächt sich, was Sie für den einzelnen Fall, in dem „das breitere Publikum bei Esittierungen usw. fast ausnahmslos gegen den Schutzmänn Partei nimmt oder sich mindestens passiv verhält“, bedauern. Das ist oft genug gesagt worden und kann nicht oft genug wiederholt werden. Das Publikum verlangt vom Schutzmänn vollendete Höflichkeit, sagt Dr. Haafelau weiter, aber es könne nicht zugegeben werden, daß Vorwürfe berechtigt sind, wenn solche angenehmen Eigenschaften dem Beamten fehlen. Zu diesem merkwürdigen Schluß kommt der Polizeivertreter, weil — Leute, die vollendet höflich, nachsichtig, hilfsbereit sind, doch wohl zu einem höheren Berufe als zu dem des Schutzmänn geeignet wären und daher nicht nötig hätten, das dornenvolle Amt des Schutzmänn zu wählen. Bisher waren wir der Meinung, daß Höflichkeit, Nachsicht und Hilfsbereitschaft jeden anständigen Menschen zieren sollen. Aber nun wissen wir es, weshalb der Schutzmänn die Entschuldigung seiner Vorgesetzten findet wenn er nicht zum Publikum höflich, nachsichtig und hilfsbereit genug ist. Recht hat aber Dr. Haafelau darin, daß er es überraschend findet, wenn das Publikum trotz aller Abneigung gegen die Polizei bei kleinsten Anlässen nach dem Schutzmänn schreit. Bedeutend weniger wäre hier tatsächlich mehr. Man sollte die Polizei so wenig wie möglich antuschen, falls es sich nicht um ganz wichtige Dinge handelt, die in den Machtbereich der Polizei gehören. Gerade die allzu häufige Bemühung des Schutzmänn daß ihm die Vorstellung erweckt, daß er der Herr der Stadt und der Straße sei. Reiz ist folgender Satz in dem Polizei-Artikel: „Obgleich die neuere Gesetzgebung entsprechende Abneigung gegen Erweiterung der polizeilichen Befugnisse zeigt und eine unerschöpfliche Fülle von Rechtsmitteln gegen polizeiliche Verfügungen geschaffen hat, ist die öffentliche Meinung durchaus geneigt, die Polizei für alles und jedes verantwortlich zu machen.“ Ja, wenn die Polizei die Gesetzgebung respektierte! Das tut sie aber bekanntlich in ihrem Machtbewußtsein nicht. Sie setzt sich mit Konkalanche über Gesetze ebenso hinweg wie über richterliche Urteile und handelt so wie es ihr von einzelnen Nachhabern diktiert wird. Wir haben es ja erst in diesen Tagen wieder gesehen bei der Beschlagnahme von Kransschleifen, obwohl dieses ungesetzliche Verhalten der Polizei gerichtlich verurteilt worden ist. Es bleibt also dabei, daß die Unbeliebtheit der Berliner Polizei nicht vom Publikum herborgerufen wird, sondern einzig und allein,

dem reaktionären Volkseigenschaft, das ein System der Willkür und der Geseßmässigkeit ist.

Der wahre Jakob gelangt in der Buchhandlung Vorwärts, Lindenstr. 89, des Karfreitags wegen, bereits am Donnerstag, den 20. d. M., von morgens 8 Uhr ab, zur Ausgabe.

Ein schwerer Bootsunfall

hat Schüler der Siemens-Oberrealschule in Charlottenburg am Sonntag in die größte Lebensgefahr gebracht. Vier Schüler konnten mit Mühe und Not gerettet werden, der fünfte, ein Primaner Walter Eifen aus Charlottenburg, hatte schon die Besinnung verloren und waren bei ihm alle Wiederbelebungsversuche in der Villa des Dr. Guthmann in Madow am Wannsee erfolglos.

Die fünf Knaben hatten trotz des stürmischen Wetters eine Bootsfahrt vom Schülerbootshaus am kleinen Wannsee unternommen. In der Nähe von Madow gegenüber dem großen Fenster an der Maren-Lanthe und Schwannenerde kenterte das Boot infolge eines plötzlichen Sturmwindes. Da eine Menge Boote in der Nähe waren, gelang es, die fünf Schüler bald aus dem Wasser zu holen und bei Neu-Madow zu landen. Vier von ihnen erholten sich schnell und konnten mit ihrem Boot die Rückfahrt antreten. Bei dem 17-jährigen W. Eifen waren leider die Rettungsversuche vergeblich. Vermutlich hat ein Herzschlag den Tod herbeigeführt. Auf der Obersee belebten übrigens am Sonntag Tausende von Schülerbooten das Wasser. Einige waren schon früh von Niederschöneweide abgefahren und kehrten abends wohlbehalten zurück.

Um eines Kindes willen.

Durch drei Revolvergeschosse verletzte Sonntag nachmittag der 30 Jahre alte Chauffeur Alexander Bied aus der Friedrichstr. 1310 den im selben Hause wohnenden 88 Jahre alten Impresario Edward Martins so schwer, daß dieser nach der Königl. Klinik in der Jägerstraße gebracht werden mußte, wo er in sehr bedenklichem Zustande daniederliegt. Bied stellte sich darauf selbst der Polizei. Ueber den Revolveranschlag erfahren wir folgende Einzelheiten:

In dem Hause Friedrichstraße 1310 betreibt im dritten Stock des Vorderhauses eine Frau Marie Fromm eine Pension. Bei dieser wohnt zugleich der Chauffeur Bied, ein Verwandter der Pensioninhaberin, mit seiner etwas jüngeren Frau und seiner fünfjährigen Tochter. Seit dem 1. Februar d. J. logiert in dem Pensionat der Impresario einer sibirischen Goullerttruppe „The Imperial Mandschu-Truppe“, die zurzeit im Wintergarten auftritt, Edward Martins, der den Künstlernamen Ma-Joo-Young führt. Der Impresario knüpfte ein Liebesverhältnis mit der Frau des Chauffeurs an, das dazu führte, daß diese mit dem Kinde ihren Mann verließ und sich hier in Berlin verborgen hielt. Der Chauffeur suchte ihren Aufenthalt zu ermitteln, um sie zur Herausgabe des Kindes zu veranlassen. Als Martins erfuhr, daß Bied sich auch im Wintergarten erkundigt hatte, meldete er sich vor acht Tagen dort krank und ließ sich zu seiner Erholung Urlaub geben. Diesen benutzte er dazu, die Frau mit dem Kinde nach London zu entführen. Am Sonnabendabend kehrte er von dieser Reise wieder in das Pensionat zurück. Bied, der inzwischen von dieser Entführung gehört hatte, drang Sonntag mittag gegen 1 Uhr in das Zimmer des Impresarios ein und verlangte, daß dieser ihm die Adresse seiner Frau gebe. Er wolle, daß diese ihm sein Kind herausgeben soll, während ihm an dieser selbst nichts gelegen sei. Es kam zu einer erregten Auseinandersetzung zwischen den beiden Männern. Plötzlich hörte die Pensioninhaberin drei Schüsse fallen. Als sie daraufhin in das Zimmer ihres Gastes eilte, fand sie diesen aus zwei Wunden an der Brust blutend bewußungslos auf dem Fußboden liegen. Während sie sich um ihn bemühte und seine Ueberführung nach der Klinik veranlaßte, entfernte sich Bied. Er ging auf der Straße zu dem ersten Schuttmann, den er traf, erzählte ihm den Vorgang und folgte ihm daraufhin zur Wache.

Jubiläumdenkmäler sind von der königlichen Münze hergestellt worden und werden mit einem Aufschlag von 50 Pf. abgegeben. Das hat unter denjenigen Personen, die solche Münzen begehren, lebhaften Unwillen hervorgerufen. Die Münze erklärt ihr Verhalten damit, daß es sich um polierte Münzen gehandelt habe, die hauptsächlich für Sammler als Schmuckstücke bestimmt seien. Die 50 Pf. Aufschlag seien für die Politur berechnet. Die nichtpolierten Zweimark- und Dreimarkstücke würden von der Generalstaatskasse verausgabt.

Ein neues städtisches Krankenhaus. Der Magistrat Berlin hat beschloffen, auf dem Gelände des ehemaligen Johannestiftes bei Blücherstr., das zum großen Teil für den künftigen Westhafen reserviert ist, eine Anstalt für Leichterkrankte einzurichten. Das Gelände ist bequem vom Kubitz-Birchow-Krankenhaus und dem Krankenhaus Moabit zu erreichen. Die seiner besonderen Pflege mehr bedürftigen Leichterkrankten können in dieser neuen Anstalt untergebracht werden. Operationsäle und andere modernen Einrichtungen sind daher hier nicht mehr erforderlich. Der Magistrat glaubt mit 200 000 M. auskommen zu können. Das vorhandene Stützgebäude soll ausgebaut und zweckentsprechend eingerichtet werden.

Eine Gehaltszulage von 5000 Mark hat der Magistrat dem Bürgermeister Reide gewährt, so daß das Gehalt von 20 000 Mark auf 25 000 Mark erhöht wird. Die Zulage ist stillschweigend in den Etat eingesetzt worden, ohne daß den Stadtverordneten eine besondere Vorlage gemacht worden wäre. Die sozialdemokratischen Mitglieder des Stadtausschusses erklärten, daß sie einer solchen Gehaltserhöhung nicht zustimmen vermöchten, zumal auch sonst keinerlei Minderung der Besoldungsordnung der Beamten vorgesehen sei.

Flucht von zwei Polizeikranken aus der Anstalt Wuhlgarten.

Am Sonntag zwischen 6 und 7 Uhr abends entwichen aus der Anstalt für Epileptiker in Wuhlgarten die beiden als Verbrecher bekannten Kranken Kläuser und Dittmar. Gelegenheit zur Flucht nahmen sie, als das auf dem Hause M. II beschäftigte Personal mit anderen Arbeiten beschäftigt war. Daß es den Entwichenen so leicht wurde, die Anstalt zu verlassen, liegt daran, daß die Direktion der Anstalt angeordnet hat, daß die auf dem Hause an den Türen angebrachten Sicherheitschloßer nicht mehr geschlossen werden sollen. Diese Anordnung ist auf die „Sparsamkeit“ der Direktion zurückzuführen. Das Wartepersonal auf den festen, d. h. doppelt verschlossenen Häusern erhält nach einer Verfügung des Magistrats monatlich 5 M. Gehaltszuschuß. Um diesen Zuschuß zu sparen, hat der Direktor Hebold verfügt, daß nur das einfache Türschloß auf M. II geschlossen werden soll und so dem Hause der Charakter des „festen“ Hauses genommen wird. Diesen Umstand machten sich die beiden Kranken zunutze und so sind durch die „Sparsamkeit“ der Publizisten Direktion zwei Verbrecher, von denen der eine ein Geldstrafenknacker war, zu ihrer Freiheit gekommen.

Deckeneinbruch unter den Linden.

Geschäftseinbrecher waren in der Nacht zu Sonntag unter den Linden an der „Arbeit“. Sie hatten es hier auf das Herrenartikelgeschäft von Budwig u. Lediger im Hause Nr. 19 abgesehen. Nachdem sie sich mit Nachschlüssel Eingang in die Kellerräume verschafft hatten, bohrten sie hier ein Loch durch die Decke und gelangten so in den Laden des Geschäfts, wo sie die Kasse erbrachen und daraus etwas über 300 M. Wechselgeld raubten. Außerdem packten sie für über 1000 M. Wäsche aller Art zusammen. Mit der Beute entkamen sie unentdeckt. — Wohnungseinbrecher hatten am Sonnabend nachmittag einer Mieterin des Hauses Sparrstr. 15 einen Besuch ab. Während die Frau Verwandte aufsuchte, kletterten Diebe die Wohnung auf und nahen 1100 M. in Gold, zwei Hypo-

thekbriefe über zusammen 20 000 M. und einen Schuldschein über 525 M. Einer der Hypothekbriefe ist von der Rheinisch-Westfälischen Bodenkreditbank und trägt die Nummer 525. Auch hier fehlte von den Einbrechern, von deren Anwesenheit im Hause niemand etwas gemerkt hatte, noch jede Spur.

Schlafstellenschwindler.

150 Diebstähle hat ein Schlafstellenschwindler auf dem Herdhol, der unter vielen falschen Namen in Groß-Berlin auftrat. Die hiesige Kriminalpolizei erwißte kürzlich beim Verkauf von gestohlenen Sachen einen Mann, der sich Friseur Julius Meyer aus Wittenberge nannte. Dieser Meyer wurde wegen Betruges, Unterschlagung und Diebstahls vom Landgericht Stettin gesucht und zunächst auch dorthin gebracht. Jetzt hat aber die hiesige Kriminalpolizei festgestellt, daß „Julius Meyer“ niemand anders ist als ein berühmter Schlafstellendieb, der 21 Jahre alte, aus Königsberg i. Pr. gebürtige Friseur Bruno Behring, der jeden Tag eine andere Schlafstelle mietete, um die Wirtleute oder die Zimmergenossen zu bestehlen. Behring wechselte fortgesetzt seinen Namen, blieb aber immer beim Beruf, er nannte sich Döring, Behrendt, Osterlandt, Schüg, Schwedter, Neuhans, Frey usw. Auf der einen Seite aber Barbier, auf der anderen Friseur, hier Perückenmacher und dort wieder Damenhaarlüster. Von Stettin wird der endlich ergriffene nun wieder hierher gebracht, um mit dem Strafgericht seine lange Rechnung zu begleichen.

Jungengeld. Personen, die am 8. März gesehen haben, wie ein Mann von einem Wäschewagen in der Zeit zwischen 8—9 Uhr abends, am Bahnhof Wedding in der Müllerstraße überfahren wurde und dann nach der Unfallstation Lindower Straße gebracht wurde, werden um Angabe ihrer Adresse an Frau Thiesler, Wittstocker Straße 6, vom 1. Treppchen, ersucht.

Feuer in einer Pilsbrennerei. Gestern früh kurz nach 1 Uhr brach am Kottbuser Dam 24 in der Juponbetriebswerkstätte und Pilsbrennerei von Karl Hefz, die im ersten Stock des Fabrikgebäudes auf dem zweiten Hofe untergebracht ist, ein größerer Brand aus. Als man die Gefahr bemerkte, stand ein Raum schon vollständig in Flammen. Die Feuerwehr war bald zur Stelle und mußte in erster Linie darauf bedacht sein, eine angrenzende Tischlerei, die stark bedroht war, zu schützen. Durch kräftiges Wassergeben konnte das Feuer aber schließlich auf die Pilsbrennerei beschränkt werden. Ein größerer Schaden an Maschinen und Stoffen wurde vernichtet, so daß der Schaden erheblich ist. Die Ursache des Feuers ist nicht ermittelt worden.

Gefunden. In der am Sonntag stattgefundenen Versammlung der A. G. im Friedrichsbain ist ein Portemonnaie mit Inhalt gefunden worden. Der Eigentümer kann dasselbe im Bureau des Deutschen Metallarbeiterverbandes, Linienstr. 83/85, Zimmer 8, in Empfang zu nehmen.

Arbeiter-Abstinenzbund, Ortsgruppe Berlin-West. Mittwoch, den 19. März, abends 8 1/2 Uhr, öffentliche Versammlung im Charlottenburger Volkshaus, Köstenerstraße 3. Tagesordnung: Arbeiterchaft und Alkoholfrage. Referent Genosse Fritz Ohlhoff.

Vorort-Nachrichten.

Friedenau.

Die Beratung des Etats für 1913 füllte die beiden letzten Sitzungen der Gemeindevertretung aus. Zum erstenmal übertrug der Gesamtvoranschlag der ordentlichen Verwaltung drei Millionen Mark (3 065 000 M.). In der außerordentlichen Verwaltung erscheint der Rest der letzten 8-Millionen-Anleihe mit 428 800 M. Unter „Gemeinnützige Einrichtungen“ sind neu bemerkt: die Schulmehrspeisung mit 3500 M., Arbeitsnachweise 2000 M. und 1500 M. für Jugendpflege. Bei der Feuerwehr ist die Brandwache von 18 auf 25 Mann erhöht worden. Im Grundeigentumsstat erscheint die Einnahme des neuen Marktes an der Rheingaustraße mit 10 000 Mark. Im Voranschlag VI sind Armen- und Waisenvverwaltung getrennt worden. Es fordern die Positionen einen Zuschuß von 91 575 M. Das sind pro Kopf der Bevölkerung 2,19 M. Beim Steueretat wurde von einer Erhöhung des Einkommensteuereinzugs über 100 Proz. abgesehen. Ebenso bleiben die Sätze der Gemeindegrunderwerbsteuer unberührt; trotzdem von interessierter Seite alles versucht wurde, dieselben herabzusetzen. Die Umsatzsteuer, die im Vorjahr 186 000 M. brachte und mit 90 000 M. eingestellt war, ist für 1913 mit 85 000 M. in Ansatz gebracht. Die neue beschlossene Milliarde soll 10 000 M. bringen. Das Gesamtgemeindevermögen ist mit 13 435 000 M. angegeben. Dem stehen an Schulden 9 208 000 Mark gegenüber. Die Schulen erfordern einen Zuschuß von insgesamt 448 139,57 M. Nach dem Entwurf kostet pro Kopf der Bevölkerung ein höherer Schüler nach Abzug aller Einnahmen 7,23 M., ein Volksschüler 7,44 M. Ueber das Elektrizitätsnetz, das die Haupteinkommensquelle der Gemeinde darstellt, haben wir vor einigen Tagen an dieser Stelle gesondert berichtet. Für 1913 sind 468 550 Mark in Einnahme gestellt. In der außerordentlichen Verwaltung erscheint der Rest der 8-Millionen-Anleihe, soweit noch nicht über denselben verfügt worden ist. Trotzdem man für 1913 die Aufnahme einer neuen Anleihe nicht für nötig erachtet, wird darauf hingewiesen, daß es zweckmäßig sei, schon jetzt in Verhandlungen einzutreten, da für 1914 bestimmt mit einer neuen Anleihe gerechnet werden müsse. Die angesammelten Reserven bis Ende 1911 betragen 1 1/4 Millionen, mit den voraussichtlichen Ueberschüssen für 1912 1 1/2 Millionen Mark. Als weitere Reservebestände sind die nebenher noch angesammelten Fonds für Pensionen, Waisen- und Waisenerziehung anzusehen, deren Gesamtwert sich auf rund 1 023 000 M. beläuft. Nach Abzug der aus dem Reservefonds zu leistenden Ausgaben bleibt als Gesamtreserve ein Kapital von 2 448 000 M. Von größeren Ausgaben, die der Gemeinde bevorstehen, werden angeführt: für Umlegung des Wannseebahnhofs (Saarstraße) 100 000 M., 40 000 M. für Ausrüstung der Feuerwehr mit Autobetrieb. Hierzu kommen noch der Rathausbau sowie zwei große Schulbauten an der Raubothner sowie an der Aldestraße.

Die erste Lesung nahm zwei Sitzungen, die sich bis nach Mitternacht ausdehnten, in Anspruch. Von der im Entwurf vorgesehenen Errichtung eines Arbeitsnachweises soll abgesehen werden, da die Stadt Schöneberg mit dem Ersuchen an die Gemeinde herangetreten ist, Friedenau dem Radweg der Stadt Schöneberg anzuschließen. Beschlossen ist allerdings in dieser Sache noch nichts. Der Friedenauer Verein zur Bekämpfung der Tuberkulose, der bisher von der Gemeinde mit 2000 M. unterstützt wurde, beantragte, 4000 M. zu gewähren. Da die sonstigen Einnahmen dieses Vereins aus Mitgliedsbeiträgen usw. nur circa 800 M. betragen, wurde beschloffen, 4000 M. einzustellen und die Fürsorgestelle für Tuberkulose und Alkoholtrank in Gemeindevergie zu übernehmen. Der Verein für Ferienkolonien wurde mit 2000 M. subventioniert. Um mehreren Kindern den Segen dieser Einrichtung zugute kommen zu lassen, beantragte Genosse Richter die Einstellung von 3800 M., was beschloffen wurde. Außerdem beantragte unser Genosse, 200 M. für Ferienausflüge der Arbeiterkinder bereitzustellen. Er wies darauf hin, daß diese Ausflüge, welche von einigen Frauen aus Arbeiterkreisen geleitet werden, von Jahr zu Jahr eine stärkere Beteiligung aufweisen, so daß sich im letzten Herbst im Durchschnitt 90 Kinder pro Tag daran beteiligten. Es sei eine dankbare Aufgabe der Gemeindevertretung, es zu ermöglichen, daß die blühwichtigen Meinen der Fernisten an den paar Ferienjahren sich im Grünen tummeln können. Gemeindevorordneter Raibrenner unterstützte diesen Antrag, während der Vertreter des Friedenauer Ortsabteilens, Herr Schulz, sich dagegen wandte. Herr Schulz, der Vorstandsmittglied des Fortschrittlichen Vereins am Ort ist und neben seiner Tätigkeit als Zeitungsmann auf seinem Gute bei Frankfurt a. O. die Schweinezucht mit großem Erfolg betreibt, gab damit dem Empfinden der Geldmänner Ausdruck. Außer unseren Genossen stimmten nur die Herren Berger und Raibrenner für den Antrag. Bei der nächsten Position wurde einem „Arbeitslosen Frauenverein“ von derselben Mehrheit 200 M. bewilligt. Für Jugendpflege wurden 1500 M. hergegeben. Gleich wurde ein Zuschuß gewährt,

der den schon bestehenden Ortsausschuß für Jugendpflege in bezug auf seine politische und religiöse Stufenarbeit übermachen soll. Das Dezernat für Jugendpflege wurde Herrn von Brochtem übertragen. An eine Erhöhung der Gemeindegeldbeiträge ist auch bei der diesjährigen Etatsaufstellung nicht gedacht worden. Es bleibt also bei dem beschämenden Zustand, daß eine der finanziell mit am besten fundierten Gemeinden von Groß-Berlin mit die niedrigsten Arbeitslöhne bezahlt. Auf diese Weise können einige kirchliche Betriebsvereine den Gemeindegeldbeiträgern gegenüber ständig die Wohlthäter markieren.

Friedrichsfelde.

Aus der Gemeindevertretung, deren Tagesordnung hauptsächlich in geheimer Sitzung verhandelt wurde, ist zu berichten, daß über den Antrag unserer Parteigenossen, den Wetterbetrieb des russischen Fleisches betreffend, nicht verhandelt wurde, weil die bürgerliche Mehrheit — mit Ausnahme zweier Herren — die Dringlichkeit nicht anerkannte. Da eine Sitzung vor Anfang April nicht mehr zu erwarten ist, kann die Angelegenheit als unauflöslich der ärmeren Bevölkerung entschieden gelten. Dr. Gundel glaubte bei dieser Gelegenheit einen Meisterstreich gegen die Sache zu führen, indem er die Frage aufwarf, ob einer der Antragsteller Mitglied der Konsumgenossenschaft sei und — einen pekuniären Vorteil davon habe! Genosse Binseler ließ den vorlauten Fragesteller ganz gehörig abfahren. Die Frage zeigt klar und deutlich, daß diese Herren gar nicht anders können, als alle Dinge ausschließlich unter dem Gesichtswinkel des persönlichen Interesses zu betrachten und daher die gleichen selbstsüchtigen Motive auch anderen unterstellen. Die Einwohnerschaft aber sollte sich das merken und künftig nur noch solche Vertreter wählen, die das Allgemeininteresse zur Richtschnur ihres Handelns nehmen.

Mariendorf.

Aus der Gemeindevertretung. Zunächst ersuchte der Gemeindevorsteher auf Veranlassung des Rektors der 1. Gemeindegemeinschaft die nachträgliche Einsetzung von 1518 M. für Anbringung von Doppelfenstern für die Schule in der Friedenstraße. Nachdem sich Genosse Weber dafür ausgesprochen, wird diese Summe bewilligt. Durch die vielen Neuanmeldungen für das Lyzeum macht sich die weitere Anstellung einer Pilsbrennerei notwendig. Es wurde beschloffen, noch eine Summe von 1100 M. zu diesem Zweck in den Etat einzustellen. Der noch nicht erledigte Antrag des Genossen Weber, das Schulgeld für die Vorklassen des Lyzeums von 80 M. auf 100 M. zu erhöhen, wurde angenommen. — Sodann kam der Sonderetat für den Volkspark zur Beratung. In geheimer Sitzung hatten sich die Gegner des Projekts dahin geeinigt, demselben im Prinzip zuzustimmen. Genosse Reichardt stellte deswegen den Antrag, in öffentlicher Sitzung diese Angelegenheit weiter zu behandeln. Die Mehrheit stimmte aber für Erledigung in nicht öffentlicher Sitzung. — Darauf erfolgte die Genehmigung eines Nachtrages zur Grundsteuerordnung. Außerdem lagen der Vertretung eine Reihe von Anträgen verschiedener Vereine um Bewilligung von Mitteln vor. Gemeindevorsteher Treppens stellte den Antrag, aus Anlaß der Jahrbuchfeier eine Summe von 500 Mark aus Gemeindegeldern zu bewilligen; über 200 M. seien bereits von den verschiedenen Vereinen gesammelt, welche den würdigen und bedürftigen Veteranen des Ortes zugedacht sind. In Betracht kämen ungefähr 60 bis 70 Mann. Gemeindevorsteher Schmidt befragte die Anträge dahingehend, daß die durch die Vereine gesammelte Summe an die Gemeinde abgeführt werde und die Verteilung an die Veteranen nicht durch die Vereine, sondern durch die Gemeinde zu erfolgen habe. Nachdem sich die Genossen Weber und Reichardt im Sinne des Vorschlages Schmidt ausgesprochen, wurden die 500 M. bewilligt. Abgelehnt wurde ein Antrag des Groß-Berliner Vereins für Kleinwohnungsweesen; ebenfalls ein Antrag der Vereinigung Kund um Berlin und ein solcher, welcher Mittel zur Abhaltung eines ersten Kongresses für alkoholfreie Jugendbewegung wünscht. Die weiteren noch vorliegenden Anträge wurden zurückgestellt; es erfolgte hierauf eine geheime Sitzung, die sich mit der Beratung des Sonderetats für den Volkspark beschäftigte.

Ablerhöf.

Ueber den Imperialismus referierte in einer von der Untere Kommission und dem Wahlverein einberufenen, von 800 Personen besuchten öffentlichen Versammlung Genosse Haase. Unter großer Spannung der Zuhörer entwarf der Redner ein Bild der internationalen kapitalistischen Entwicklung. Eingehend zeigte er, wie das Bestreben des Kapitals, sich in noch unerforschten Gebieten fremder Erdteile niederzulassen, um dieselben ihren Interessen nutzbar zu machen, den Rüstungswahn der verschiedensten Nationen steigere und durch einen drohenden Weltkrieg das Wohl und Hebe aller Kulturnationen bedrohe. Die Katastrophe eines Weltkrieges abzuwenden, müsse Aufgabe des sozialistischen Proletariats alle Länder sein. Die Ausführungen Haases wurden mit stürmischem Beifall aufgenommen. Diskussion fand nicht statt. Der Gesamtverein „Frohsinn“ verabschiedete und erhobte den Eindruck der Versammlung durch seine bei Anfang und Schluß der Versammlung dargelegenen Kampfeslieder. Genosse Kronewald machte dann die Anwesenheit darauf aufmerksam, daß in den nächsten Tagen Genossen vorzutreten und zum Eintritt in den Wahlverein auffordern würden. Man solle sie nicht abweisen, sondern das heute Gehörte beherzigen und sich der Arme des Sozialismus anschließen. Nach einem begeisterten Hoch auf die internationale Sozialdemokratie schloß die imposante Versammlung.

Trebbin (Kreis Teltow).

Die letzte Stadtverordnetenversammlung nahm zunächst den Bericht der Staatsberatungskommission, den Genosse Schönsee erläuterte, entgegen. In der hierauf einsetzenden Generaldebatte machte Genosse Richter im Hinblick auf die beabsichtigte Herabsetzung des Kommunalsteuereinzugs um 9 Proz. zur Vorsicht. Wesentlich sei nach seiner Ansicht die Befestigung des Bürgerrechtsgesetzes. Aus politischen Gründen seien die bürgerlichen Herren jedoch hierfür nicht zu haben. Genosse Schönsee beantragte, daß der Allgemeinheit dadurch, daß der Unterricht in der Fortbildungsschule nicht eine Stunde früher beginne, eine Preisausgabe von 420 M. erwachse. Alsdann kritisierte Redner das allzu schnelle Vorgehen der Polizeigeorgane an Feiertagen gegenüber den Vergnügern, das in der Bevölkerung mitunter schon erhebliches Unvergnügen hervorgerufen habe. Etwas unternahm es dem Bürgermeister, daß der Stadtv. Dinge Kritik an ihm wegen der vielen Nebenämter übte. Ist der Bürgermeister doch noch Amtsanwalt, Amtsvorsteher und Chauffeurpächter. Der Etat balanciert mit 115 000 M. Die Zuschläge wurden wie folgt festgesetzt: Einkommensteuer 160 Proz., Gemeindesteuer 185 Proz., Betriebssteuer 100 Proz., Grundsteuer 2 M. pro 1000 M. — Der Wasserwerksbetrie balanciert mit 13 900 M. Die Mindestgebühren betragen 2 Proz. gegen 1 Proz. im Vorjahr. Dies ergibt einen Einnahmeausfall von 2200 M. Während dieser Etat einstimmig angenommen wurde, erklärten unsere Genossen zur Verwunderung des Gemeindevorstehers, dem Gesamtetat ihre Zustimmung versagen zu müssen.

Wahlsdorf an der Dübahn.

In einer außerordentlichen Sitzung beschäftigte sich die Gemeindevertretung mit der Feststellung des Haushaltsvoranschlages, der in Einnahme und Ausgabe mit 178 088,50 M. abschließt. In der ersten Lesung wurde von unseren Genossen gerügt, daß bei der Reinigung der Straßen durch die Gemeindegeldbeiträge ein Abfordersystem angewendet wird; daraufhin beschloß sich die Straßenbaukommission mit der Angelegenheit; es wurde beschloffen, vom 1. April ab die Arbeiten wieder im Tagelohn ausführen zu lassen. Unsere Schulverwaltung erforderte von der Gemeinde einen Zuschuß von 59 950 M. Bei diesem Titel wies Genosse Budwig darauf hin, daß die Eltern derjenigen Kinder, die von Wahlsdorf-Süd nach Wahlsdorf-Ost zur Schule müssen, pro Kind eine Extratreue von jährlich 24 M. zahlen müssen; er forderte die Uebernahme dieser Kosten auf die Gemeinde. Auch wurde von unseren Genossen kritisiert, daß die

Turnhalle sowohl wie die Aula nur den sogenannten national-germanischen Vereinen zur Verfügung steht. Besonders zu verurteilen sei es, daß einem Verein unter der Leitung des Herrn Kellers die Aula zu Übungsabenden und zur Abhaltung von Konzerten unentgeltlich zur Verfügung steht, während ein anderer Verein, der für die Benutzung bezahlen wollte, abschlägig beschieden worden sei. Außerdem wurde von unseren Genossen darauf hingewiesen, daß namentlich im Vorjahre in einigen Klassen der Unterriech häufig ausgefallen sei; es müsse Vorsorge getroffen werden, daß dies für die Zukunft unterbleibe. Beim Titel Gesundheitspflege wurde einem schon vor Jahren von unseren Vertretern gestellten Antrag Rechnung getragen, indem die Mittel für die Anstellung einer Gemeindefrankeinschweifer bereitgestellt wurden. Für Armenpflege sind 5000 M. im Etat vorgesehen. Die Steuerjäge bleiben dieselben wie im Vorjahre: 120 Proz. Zuschlag zur Staatssteuer, 2 pro Mille Grundwertsteuer, für unbedachte Grundstücke an gepflasterter Straße 2,5 pro Mille. Bei Einkommen bis zu 900 M. wird die Kommunalsteuer nicht erhoben.

Nieder-Schönhausen.

Die Durchberatung des Etats zeitigte in der letzten Gemeindevertreterversammlung eine längere lebhafte Debatte. Bürgermeister Abraham gab zum Etat selbst einen kurzen Überblick über die finanzielle Lage der Gemeinde. Die wirtschaftliche Krise habe ihre Wirkung auch auf die diesigen Verhältnisse nicht verfehlt, trotz größter Sparsamkeit und aller erdenklichen Abstriche in allen Zweigen der Verwaltung seien 141 300 M. durch neue Steuern zu decken. Um den Etat balancieren zu können, mache sich die Erhöhung der Grundwertsteuer notwendig, und zwar für bedachte Grundstücke von 2,8 auf 3 Proz., für unbedachte von 5,2 auf 6 Proz., ferner sei der Kommunalzuschlag von 120 auf 130 Proz. zu erhöhen. Die Hundesteuer sei bereits in der letzten Sitzung von 20 M. auf 25 M. erhöht worden, von einer Luftbarkeitssteuer habe er Abstand genommen. Der Voranschlag weist in Einnahme und Ausgabe die Summe von 1 405 233,36 M. auf (im Vorjahre 1 623 112 M.). Die Einnahmequellen gestalten sich folgendermaßen:

A. Ordentliche Verwaltungen: Allgemeine Verwaltung 78 300 M. Einnahme, 924 525 M. Ausgabe; Steuerverwaltung 632 785 M. Einnahme, 69 935 M. Ausgabe; Schuldenverwaltung 250 603 M. Einnahme und Ausgabe; Straßverwaltung 24 500 M. Einnahme, 145 400 M. Ausgabe; Armenverwaltung 17 000 M. Einnahme, 43 130 M. Ausgabe; Volksschulen 13 000 M. Einnahme, 250 000 M. Ausgabe; Gymn. 37 275 M. Einnahme, 78 100 M. Ausgabe; Realprogymnasium 30 970 M. Einnahme, 30 640 M. Ausgabe; Friedhofsverwaltung 12 600 M. Einnahme, 8900 M. Ausgabe. B. Betriebsverwaltungen: Wasserwerk 104 600 M. Einnahme und Ausgabe; Kanalisation 72 000 M. Einnahme und Ausgabe. C. Außerordentliche Verwaltung: 130 400 M. Einnahme und Ausgabe. Neu erscheint im Etat die gewerbliche Fortbildungsschule, für welche 2000 M. eingestellt sind. Unter dem Titel „Wohlfahrtsanstaltungen“ sind insgesamt 2548 M. eingestellt worden. Es erhalten die Berliner Ferienkolonie 450 M., Verein „Frauenhilfe“ 500 M., die Volksbücherei 300 M., Verein „Einberlei“ 300 M., Freiwillige Sanitätskolonne 200 M., zur Unterhaltung des Kindergartens 550 M., für Schülerwanderungen 300 M., außerdem für Vademecums 100 M. Dem diesigen Ortsausschuß für Jugendpflege sollten ebenfalls 600 M. zur Verfügung gestellt werden, bezüglich dieser Summe will man erst beim Landrat anfragen. In der vertraulichen Vorbesprechung des Etats hatte sich Genosse Hiege in scharfer Weise dagegen ausgesprochen, daß Gemeindegelder für derartige Zwecke auszugeben werden. Um es nicht zu einer öffentlichen Debatte kommen zu lassen, hatte man deshalb vorsichtigerweise die Forderung zurückgestellt. Beim Titel „Wohlfahrtsanstaltungen“ forderte Genosse Hellrich die Anschaffung eines Krankenwagens, damit bei

Krankheiten und Unglücksfällen mit erst immer stundenlang auf den Krankenwagen aus Pankow oder Berlin gewartet zu werden braucht. Ferner sei die Desinfektion unentgeltlich auszuführen. Die erste Forderung wurde der Armenkommission überwiesen, bezüglich der Desinfektion wurde vom Bürgermeister mitgeteilt, daß bei Minderbemittelten die Desinfektion kostenlos geschehe. Unter Titel „Volksschulen“ erludeten unsere Vertreter um einen Tätigkeitsbericht des Schularztes, diese Forderung soll erfüllt werden. Herr August Kuhlmann stellte beim Titel „Friedhofsverwaltung“ den von unseren Genossen unterstützten Antrag auf „Anschaffung eines Leichenwagens“; mit dieser Angelegenheit soll sich die Friedhofscommission beschäftigen. Hierbei erludete Genosse Hellrich um Auskunft, was mit der Bestimmung der Friedhofsordnung: „Leichen sind am Grabe nicht gestattet“, gemeint sei, ob darunter auch der Nachruf von Vereinen und Korporationen zu verstehen sei. Bürgermeister Abraham erwiderte, daß hierfür die Polizeibehörde zuständig sei. Auf die Frage, wie er sich denn als Amtsvorsteher dazu stelle, bekamen unsere Vertreter die Antwort, darüber könne er sich hier nicht auslassen. Eine lebhafte Debatte entspann sich bei der Festsetzung der Steuergeschläge. Ein Teil der bürgerlichen Redner war für Erhöhung der Grundwertsteuer, da diese Kosten das kleinere Übel bedeuteten gegenüber dem Wegzug der Mieter, der durch die Erhöhung des Kommunalzuschlages eintreten werde. Die anderen Redner betonten, daß die Hausbesitzer am Ende ihrer Leistungsfähigkeit seien. Die Allgemeinheit müsse einen Teil der Lasten übernehmen. Von unseren Vertretern erklärte Genosse Hellrich, daß er die Befürchtung, Pankow werde bei 110 Proz. bleiben, trotzdem im Voranschlag 120 Proz. festgesetzt seien, nicht teilen könne. Recht sonderbar berührten ihn, Redner, die Debatten in den beiden Grundbesitzervereinen, wo man sich stets als Beschädigter der Mieter aufspielte; Tatsache sei, daß die Hausbesitzer nach Möglichkeit den größten Teil der Lasten auf den Mieter abwälzen. Werde der Kommunalzuschlag in diesem Jahre nicht von 120 auf 130 Proz. erhöht, so könne mit Sicherheit erwartet werden, daß zum nächsten Jahre mindestens 140 Proz. erhoben werden müssen. Damit die sozialen Aufgaben nicht vernachlässigt werden, würden die sozialdemokratischen Vertreter für 130 Proz. stimmen. Die Debatte endigte damit, daß mit großer Mehrheit (12 gegen 4 Stimmen) die Erhöhung des Zuschlages von 120 auf 130 Proz. beschlossen wurde, ebenso die Grundwertsteuer, wie oben bereits angeführt. Trotzdem der Bürgermeister vorher so warm für die Erhöhung sprach, stimmte er dagegen. Die Beteiligung an dem Groß-Berliner Verein für Kleinwohnungswesen wurde vertagt. In nichtöffentlicher Sitzung wurde mitgeteilt, daß am 19. März die Einweihung des Anziums stattfindet. Hierzu wurden zur Vertretung der Gäste 250 M. bewilligt. Unsere Genossen Breitmänn und Hiege bezeichneten es als ein starkes Stück, bei dieser Finanzlage noch Gelder für solche Zwecke zu bewilligen. Unsere Vertreter mühten es daher abzuweisen, zu erscheinen.

Spandau.

Eine ganze Woche tot in seiner Wohnung gelegen hat der Arbeiter Hermann Jannich, Hamburger Straße 72 wohnhaft. Andern Hausbewohnern war es aufgefallen, daß der Mann seit mehreren Tagen gar nicht mehr sichtbar wurde, während seine Ehefrau wie geistesgestört einherging. Man benachrichtigte die Polizei und es erschien ein Beamter, der in die Wohnung des Ehepaars eintrat und den Mann inseelet im Bette vorfand. Die Frau machte über die Zeit und Art des Ablebens ihres Mannes unklare Angaben; sie wurde wegen ihres geistigen Zustandes nach dem städtischen Krankenhaus übergeführt. Die Leiche des Mannes ist beschlagnahmt worden, um die Todesursache aufzuklären.

Rotawes.

Die Gemeindevertreterwahl am Montag brachte den sozialdemokratischen Kandidaten in allen drei Bezirken den Sieg. Im ersten Bezirk wurden von 1414 eingeschriebenen Wählern 975 Stimmen für unseren Genossen abgegeben, im zweiten Bezirk von 1465 eingeschriebenen Wählern 464 und im dritten Bezirk von

781 eingeschriebenen Wählern 181 sozialdemokratische Stimmen. Die Gegner hatten keinen Kandidaten aufgestellt.

Hohen-Neuendorf.

Aus der Gemeindevertretung. Zunächst teilte der Vorsitzende mit, daß dem Antrage der Gemeindevertretung auf Erlass einer Polizeiverordnung, welche u. a. auch den Zwangsantrieb der bebauten Grundstücke an das Wasserwerk vorsch, nicht entsprochen worden ist. Desgleichen ist ein Antrag der Gemeinde auf Bildung eines eigenen Amtsbezirktes vom Landrat abgelehnt worden. Der Entwurf eines Ortsstatuts, welches die Reinigung der Straßen und öffentlichen Wege nach Regende des am 1. April d. J. in Kraft tretenden Gesetzes regelt, wurde angenommen. Anstelle des im September vorigen Jahres beschlossenen Ortsstatuts, betreffend den Anschluß an das Wasserwerk usw., welches durch den Richterlah der Polizeiverordnung hinfällig ist, wurde ein neues gegen die Stimme unseres Genossen beschlossen, der dagegen stimmte, weil dieses Statut eine Rentabilität nicht nur nicht gewährleistet, sondern sogar einen sehr erheblichen, aus Gemeindegeldern zu leistenden Zuschuß erfordert. Hierauf wurde des längeren über eine Arzeneisache verhandelt. Der öffentlichen folgte eine geheime Sitzung, in welcher über die bei dem Bau des Wasserturnes entstandenen Differenz mit der Firma Franke u. Verghold beraten wurde.

Potsdam.

Die Errichtung einer Landfrankenkasse wurde von der letzten Stadtverordnetenversammlung entsprechend dem Antrage des Magistrats beschlossen. In dem liberalen Reichstagskandidaten K e n n e s fand die Vorlage einen warmen Vertreter. Der einzige Stadtverordnete, der sich gegen die Vorlage wandte, war der Stadtverordnete P e t e r s, der in seiner Eigenschaft als Vorstandsmitglied und früherer Vorsitzender der Allgemeinen Ortskrankenkasse jedenfalls praktische Erfahrungen im Krankenwesen hat. Welche Unkenntnis über das Krankenwesen noch unter den Stadtverordneten herrscht, bewies die Debatte, in der zum Teil zum Ausdruck kam, es bei dem Dienstbotenabonnement im städtischen Krankenhaus zu belassen, da durch die Errichtung einer Landfrankenkasse den Dienstherren neue Ausgaben auferlegt werden. Unter solchen Umständen konnte es natürlich auch nicht wundernehmen, wenn sich die Stadtverordneten von dem Justizrat Kennes vorerzählen ließen, daß die Errichtung der Kasse gesetzlich verlangt werde. Daß sich das Versicherungsamt und die gehörten Arbeitgeber und Arbeitnehmer gegen die Errichtung ausgesprochen haben, wurde gar nicht weiter erörtert. In der gleichen Sitzung wurde der Etat der Stadt Potsdam für das Rechnungsjahr 1913 festgelegt. Er beträgt 8 335 403,18 M., gegen das Vorjahr ein Mehr von 406 795,63 M. Die Festsetzung des Etats der Allgemeinen Verwaltung brachte eine längere Debatte darüber, daß der Magistrat seine Kohlen nicht von den Potsdamer Händlern bezieht. Die im Interesse der Stadt wirkenden Stadtverwäter können es nicht verstehen, warum der Magistrat nicht den Potsdamer Händlern 8 bis 10 Proz. mehr zahlen will, als er außerhalb zahlt, denn das Geld bleibt doch dann wenigstens in der Stadt. Mit diesen „recht weiten“ Ansichten der Stadtverwäter war der Magistrat selbstverständlich nicht einverstanden und belehrte die Herren, daß der Magistrat die Aufgabe habe, nicht die Interessen der einzelnen, sondern die der Gesamtheit wahrzunehmen. Dieser Grundjah des Magistrats will den Stadtverwäter nicht recht einleuchten, und so wählten sie eine Kommission, die hier „Abhilfe“ schaffen soll. Für die Pflasterung der Riechstraße wurden 12 100 M. bewilligt.

Sitzungstage von Stadt- und Gemeindevertretungen.

Reutheu. Heute Dienstag, 18. März, nachmittags 6 1/2 Uhr, im Amtsbaus.
 Marienfelde. Am Mittwoch, den 19. d. Mts., im Felsencaal der Gemeindefchule, Dorfstraße 53.
 Mahlsdorf. Am Donnerstag, den 20. März, 6 1/2 Uhr.
 Hermsdorf bei Berlin. Heute Dienstag, den 18. März, abends 8 Uhr, im Sitzungssaal des Gemeindefchauls. Festsetzung des Voranschlages der Gemeinde und der zu erhebenden Gemeindegeldern.
 Diese Sitzungen sind öffentlich. Jeder Gemeindegchörige ist berechtigt, ihnen als Zuhörer beizuwohnen.

Sechs besonders empfehlenswerte Angebote

Jackett-Anzüge

Modernste Stoffe und Fassons • Vorzüglichster Sitz • Höchste Leistungsfähigkeit unserer Kleiderwerke

Jackett-Anzüge braun, grau oder oliv mellierte Cheviots nach englischer Art 27 M.

Jackett-Anzüge Kammgarne u. Cheviots, neueste Ausmusterung, eleg. Verarbeitung. 45 M.

Jackett-Anzüge marengo und blau Cheviot, erprobte Qualitäten 33 M.

Jackett-Anzüge braun, grau, oliv und blaugrau, mellierte Kammg.-Stoffe, sehr schick 50 M.

Jackett-Anzüge in 16 versch. Farbenstellungen, klein karr. Cheviot. Marke B.S. 36 M.

Jackett-Anzüge extra feiner blauer Melton-Cheviot, Ersatz für Maß 60 M.

Marengo-Rock und Weste mit fein gestreifter Hose in vielen Preislagen.

Jünglings- und Knaben-Anzüge vom billigsten bis zum feinsten Genre in großer Auswahl

Abteil. Maß-Anfertigung Neueste Stoffe. Garantie für tadellosten Sitz. Sehr billige Preise

BaerSohn

Kleiderwerke — Deutschlands größte Fabrik dieser Art.
 Chausseestraße 29-30 | 11 Brückenstraße 11
 Gr. Frankfurter Straße 20 | Schöneberg, Hauptstr. 10



Der neueste reichillustrierte Haupt-Katalog Nr 47 (Letzte Moden) kostenlos und portofrei

NEPOMUK-BOCK
 DER AUSSTOSS HAT BEGONNEN
 Überall zu haben in Flaschen, Kannen und Siphons
BÖHMISCHES BRAUHAUS
 NO 18. Teleph.: Amt Königstadt 5028, 4028/90

Urban

det seh' ick jetzt janz klar,
 putzt doch die Stiebel wunderbar!

In Dosen aller Grössen überall erhältlich.
 Fabrik: Urban & Lomm, Charlottenburg.

